

*Ehlers:* Wie wollen wir es machen, Herr Simpfendorfer?

*Simpfendorfer:* Herr Zimmer sollte ausscheiden! (*Zurufe:* Nein!)

*Ehlers:* Herr Zimmer ist doch von uns vorgeschlagen. Nun sind noch vorgeschlagen die Frauen Dr. Weber und Heiler und als Stellvertreterinnen Pitz und Praetorius. Sind Sie damit einverstanden?

*Tillmanns:* Wir können neben Frau Praetorius als Stellvertreterin Frau Brökel-schen<sup>23</sup> nehmen.

*Ehlers:* Wer ist Frau Pitz? (*Zuruf:* Aus Hessen!) Schon wieder Hessen!

*Tillmanns:* Wir müssen jemand aus dem niedersächsischen Raum haben.

*Ehlers:* Darf ich vorschlagen, daß wir den Frauenausschuß bitten, sich die Sache zu überlegen. Ich muß sagen, für den ganzen norddeutschen Raum Hamburg, Bre-men, Schleswig-Holstein usw. ist bisher kein Vertreter dabei. (*Zuruf:* Samsche!) Ja, Hamburg. Wäre es nicht zweckmäßig, unter den stellvertretenden Mitgliedern je-mand aus dem norddeutschen Raum zu nehmen?

*Tillmanns:* Ich schlage Herrn von Hassel vor.

*Ehlers:* Wir müssen endlich zu einem Ergebnis kommen. Sind Sie einverstanden, daß Herr Hellwig als Stellvertreter von Herrn Samsche benannt wird? – Ich stelle das fest. Dann sind wir vollständig. Wir müssen zum Schluß kommen. Ich danke Ihnen.

## 23

Bonn, 22. Mai 1953

*Sprecher:* Adenauer (zeitweise abwesend), Albers, Arnold, Bach, Cillien, Dichtel, Dobelmann, Globke, Gradl, von Hassel, Heck, Juhnen, Kaiser, Kather, Kiesinger, Lehr, Lensing, Lenz, Majonica, Müller, Scharnberg, Schröder, Strickrodt, Süsterhenn, Tillmanns, Frau Weber, Weh-king, Wiedemeier, Wuermeling, Zimmer sowie von Lojewski.

*Bericht zur inneren- und außenpolitischen Lage. Wahlrechtsfragen: Wahlrecht, Kandidatenaufstel-lung, Listenverbindungen, Wahlpropaganda.*

*Beginn:* 11.00 Uhr

*Ende:* 18.00 Uhr

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich muß um Entschuldigung bitten, daß ich Sie noch vor Pfingsten hierher gebeten habe; ich glaube aber, die Situation rechtfertigt es. Mir wurde von Sachverständigen gesagt, sie würden lieber vor als nach

---

23 Vgl. Nr. 18 Anm. 86.

Pfingsten kommen. Außerdem haben verschiedene Herren darum gebeten, heute nachmittag wieder wegzufahren. Ich denke, wir werden höchstens bis zum späten Nachmittag tagen. Wir wollen also unsere Verhandlungen so knapp wie möglich halten. Es ist vorgesehen, um 1 Uhr eine Pause einzulegen. Ich bitte Sie, mich während der Pause von vielleicht einer Stunde zu entschuldigen, weil ich eine anderweitige Verpflichtung hier im Hause habe und im kleinen Kreise ein Mittagessen gebe.<sup>1</sup>

Entschuldigt haben sich die Herren Ehlers, Lemmer, Endres<sup>2</sup> und Fay. Die Tagesordnung ist absichtlich summarisch gefaßt: Politische Lage, Wahlrechtsfragen und Verschiedenes.

#### BERICHT ZUR LAGE

Ich darf mit einem Überblick über die politische Lage beginnen; zunächst außenpolitisch. Das europäische Einigungswerk geht gut voran. Auf der Pariser Konferenz sind wir ein ganzes Stück weitergekommen.<sup>3</sup> Am 12. Juni tritt in Rom unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten de Gasperi eine Konferenz zusammen, die die Arbeit, die von der Kommission unter dem Vorsitz von Herrn von Brentano und von der Ad-hoc-Versammlung dem Ministerrat vorgelegt worden ist, prüft, evtl. auch ergänzt oder einschränkt.<sup>4</sup>

Voraussichtlich findet am 10. Juli im Haag eine Außenministerkonferenz statt<sup>5</sup>, die, wenn es gut geht, schon etwas fertigbringt. Da wir alle miteinander die Dinge auch unter parteipolitischen Gesichtspunkten und im Hinblick auf die Wahl betrachten müssen, wäre es sehr gut, wenn wir beim Eintritt in die Wahlaktion aufgrund der Verhandlungen im Haag am 10. Juli schon etwas vorlegen könnten. Die Sozialdemokraten sind natürlich dagegen, weil sie gegen alles Europäische sind, solange Europa nicht unter sozialistischer Führung steht.

---

1 Für den amerikanischen Journalisten Drew Middleton (geb. 1914), der nach dreijähriger Berichterstattung in Deutschland für die „New York Times“ nach London ging (Lenz-Tagebuch).

2 Egon Endres (geb. 1902), Mitgründer der CDU in Berlin (1. Kreisvorsitzender in Zehlendorf), 1955–1967 MdA Berlin (1957–1963 Fraktionsvorsitzender), 1960 Verwaltungsratsvorsitzender des SFB.

3 Am 12. und 13. Mai 1953 hatten die sechs Außenminister der EGKS in Paris über eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft konferiert (vgl. AdG 1953 S. 3990; BULLETIN Nr. 91 vom 16. Mai 1953 S. 773).

4 Dazu SCHMIDT 2 S. 508f. – Die sechs Außenminister tagten erneut in Paris am 23. Juni 1953; der ursprünglich vorgesehene Termin war wegen der französischen Regierungskrise (Sturz des Ministerpräsidenten Mayer am 18. Mai) nicht eingehalten worden (vgl. AdG 1953 S. 4048).

5 Der Termin wurde verschoben (vgl. Anm. 4); die Tagung fand am 8. August 1953 in Baden-Baden statt (vgl. AdG 1953 S. 4108).

Die Saarverhandlungen stehen sehr unbefriedigend.<sup>6</sup> Ich habe gestern schon den Auftrag gegeben – ich bitte Sie aber, das vertraulich zu behandeln –, einen offiziellen Schritt nicht nur in Paris, sondern auch in London und Washington zu tun. Obgleich die Regierung in Paris gestürzt ist, halte ich das doch für notwendig, weil nämlich nach „United Press“ Bidault bei der Unterzeichnung der neuen Konventionen in einer Rede Ausdrücke gebraucht hat, die wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen können.<sup>7</sup> Wir müssen aber bei der ganzen Sache doch mit einer gewissen Vorsicht zu Werke gehen, weil Bidault Aussichten hat, Ministerpräsident zu werden, und er neuerdings durch Vermittlung des Herrn von Brentano und des Herrn Teitgen<sup>8</sup> in eine persönliche Beziehung zu mir getreten ist; und man hat ja schließlich auf der Welt nicht nur die Saarfrage zu erledigen, sondern es sind auch noch andere Fragen dabei zu berücksichtigen.

Zu Churchills Rede möchte ich folgendes sagen<sup>9</sup>: Die wichtigsten Punkte der Churchill-Rede waren zwei: einmal sein Vorschlag – ohne daß vorher eine Tagesordnung festgelegt werden solle –, in Verhandlungen mit Rußland einzutreten, und zum anderen der Satz von Ost-Locarno. Ich habe mit Churchill, während ich in London war, sehr lange Gespräche geführt, und zwar bei drei Gelegenheiten – auch unter vier Augen, nur Kirkpatrick war dabei als Dolmetscher.<sup>10</sup> Ich glaube, man sollte diesen Ausführungen Churchills keine zu große Bedeutung beilegen. Churchill ist ein sehr emotionaler Mann und, wie Sie alle wissen, ein künstlerisch sehr begabter Mann. Er leidet unter seinem Gehörleiden. Dieses Gehörleiden bringt es mit sich, daß er manchmal doch nicht alles mitbekommt in einer Verhandlung, namentlich dann, wenn er – ungeduldig wie er ist – sein Maschinchen wegtut.

Es kommt hinzu, daß Eden sich infolge seiner Krankheit ganz der parlamentari-

---

6 Die französisch-saarländischen Verhandlungen seit dem 9. Februar waren am 16. Mai 1953 mit der Paraphierung neuer Konventionen abgeschlossen worden. Die Saar sollte ein Maximum an Autonomie erhalten, ohne jedoch die französisch-saarländische Wirtschaftsunion zu beeinträchtigen (vgl. AdG 1953 S. 3995f.; vgl. auch SCHMIDT 2 S. 704–723).

Die Gespräche Adenauers mit Mayer und Bidault während der Außenministerkonferenz (vgl. Anm. 3) waren ohne Ergebnis geblieben (vgl. AdG 1953 S. 3995; SCHMIDT 2 S. 511).

7 Text der Rede in SVZ vom 21. Mai 1953.

8 Pierre-Henri Teitgen (geb. 1908), französischer Politiker; 1945–1956 Abgeordneter der Nationalversammlung (MRP), 1952–1956 Vorsitzender des MRP, 1944–1945 und 1949–1950 Minister für Information, 1945–1946 für Justiz, 1947–1948 für Streitkräfte, 1955–1956 für Überseeische Gebiete und stv. Ministerpräsident. Teitgen war nach seiner Wahl am 11. September 1952 am 12. Mai 1953 in seinem Amt als Vizepräsident der Montanunion bestätigt worden.

9 Winston Leonard Spencer Churchill (1874–1965), britischer Staatsmann; 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister. Churchill hatte am 11. Mai 1953 vor dem Unterhaus eine Viermächtekonferenz angeregt, um eine Ost-West-Verständigung herbeizuführen. Wortlaut in EUROPA-ARCHIV 8 (1953) S. 5738–5744; vgl. auch AdG 1953 S. 3992f.

10 Adenauer war am 14./15. Mai 1953 in London (vgl. AdG 1953 S. 3995; ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 205–208; ADENAUER: Teegespräche S. 464–467).

schen Geschäfte enthalten muß.<sup>11</sup> Es ist zweifelhaft, ob er überhaupt jemals wieder in das Foreign Office zurückkehrt. Das hat nun Churchill übernommen. Churchill ist der letzte der drei führenden Leute auf der anderen Seite aus dem großen Kriege, und er will nun etwas tun, um auch zum Frieden beizutragen. Es spielt dabei auch eine Rolle das in Großbritannien allgemein verbreitete Gefühl des Unmutes darüber, daß die Führung in der Welt Amerika übernommen hat und daß Großbritannien doch mehr im Schlepptau von Amerika Weltgeschichte macht.

Das sind die Gefühle, aus denen er heraus seine Rede gemacht hat. Er hat die Rede gemacht, ohne sich mit dem Foreign Office vorher besprochen zu haben. Gerade die Herren vom Foreign Office waren über diese Rede nicht glücklich. Was Ost-Locarno angeht, so kam es ihm lediglich darauf an zu sagen, daß man nach seiner Auffassung – ähnlich wie damals durch den Pakt von Locarno<sup>12</sup> eine allgemeine Entspannung nach dem Westen hin eingetreten sei – versuchen müsse, durch irgendein Abkommen mit Sowjetrußland eine allgemeine Entspannung nach dem Osten hin zu erreichen. Irgendwelche bestimmte Ideen hat er nicht gehabt.

Ich bin fest davon überzeugt, daß er auch von dem Inhalt des West-Locarno-Vertrages nur eine ganz allgemeine Vorstellung gehabt hat. Ich möchte aber noch eins hinzufügen. Wenn er mit dem Foreign Office seine Rede vorher besprochen hätte, dann würde er mit seiner Rede Frankreich nicht so vor den Kopf gestoßen haben, wie er das getan hat. Ich war eingeladen bei Ministerpräsident Mayer an dem Abend, als seine Rede bruchstückweise dort eintraf. Wir waren gerade vom Tisch aufgestanden, und es wurde nun über diese Rede gesprochen. Man war mehr als verblüfft auf französischer Seite; denn man wußte vor der Rede nichts davon, daß Frankreich nicht zu den Großen Drei gehören sollte.<sup>13</sup>

Es wird nun so kommen, wie das bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten immer kommt: Sie werden sich wieder verständigen und zu einer gleichen Linie kommen. Wir Deutschen sollten uns, wenn irgendwo mal so etwas wieder aufkommt, sorgfältig davor hüten, den Finger dazu zu erheben. Da wird nur unser Finger gequetscht. Ich habe das an verschiedenen Stellen in der letzten Zeit gesagt und möchte es auch hier wiederholen. Wir Deutschen sollten uns darüber klar sein, daß wir in der Weltgeschichte z.Z. wirklich noch nicht viel zu bedeuten haben.

---

11 Eden konnte seine Amtsgeschäfte erst wieder am 5. Oktober 1953 aufnehmen (vgl. AdG 1953 S. 4188).

12 Der Vertrag von Locarno wurde am 16. Oktober 1925 paraphiert. U.a. erfolgte eine Garantie der im Versailler Vertrag festgelegten deutschen Westgrenze (Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen), während Außenminister Stresemann eine von Frankreich angestrebte entsprechende Garantie für die deutschen Ostgebiete („Ostlocarno“) verhindern konnte (vgl. Jon JACOBSEN: Locarno diplomacy. Germany and the West 1925–1929. Princeton 1972; Peter KRÜGER: Die Außenpolitik der Republik von Weimar. Darmstadt 1985 S. 269–334).

13 Zur französischen Reaktion vgl. AdG 1953 S. 3994.

Wenn man die Macht Amerikas sieht und auch, welche weitreichenden großen Verbindungen Großbritannien in der Welt noch hat auf allen Gebieten, dann sind wir Deutschen wirklich nicht von derselben Klasse. Wenn sich nun Meinungsverschiedenheiten ergeben haben, sollte man – und das habe ich immer und überall versucht – unsererseits möglichst mit dazu beitragen, daß kein Krach entsteht; denn ein Krach zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten oder auch nur das Zutatentreten von ausgesprochenen Spannungen zwischen diesen beiden Ländern ist das, worauf der Russe wartet.

Die Aufnahme, die wir in London, insbesondere bei Churchill, gefunden haben, war geradezu herzlich. Der Ausdruck freundschaftlich genügt schon nicht mehr. Es war wirklich eine große Herzlichkeit; übrigens genauso wie damals in Washington. (*Kaiser:* Könnten Sie uns nicht etwas über Ihre Amerikareise sagen, Herr Bundeskanzler?) Herr Kaiser sagt mir, ich möchte ein paar Worte über meine Amerikareise sagen.<sup>14</sup> Ja, diese Amerikareise liegt schon so weit zurück, daß es mir nicht in den Sinn gekommen ist, noch darüber zu sprechen. Ich will das aber gerne einschieben.

Die Aufnahme bei Churchill, bei den Herren des Kabinetts und auch bei den sonstigen führenden Leuten dort war ganz ausgezeichnet. Es kam Churchill in den Unterredungen immer wieder darauf an, zu erklären, daß Großbritannien zu dem, was es uns in den Verträgen zu der gemeinsamen Politik auf eine Wiedervereinigung Deutschlands gesagt hat, absolut stehe.

Es ist ein großes Manko der deutschen Sozialdemokratie – das ist also eine Fußnote für den Wahlkampf –, daß sie durch ihre ganze Taktik bisher das Zustandekommen der Verträge auf Seiten Deutschlands verhindert hat. Dadurch hat sie uns, namentlich wenn es zu irgendwelchen Verhandlungen mit Sowjetrußland kommt, in eine sehr schwierige Position gebracht. Wir wären in einer ganz anderen Position, wenn Deutschland schon ratifiziert hätte. Wir würden dann verlangen können, und zwar mit Erfolg, daß wir in unmittelbarer Nähe der Verhandlungen unseren Standort haben müßten; das wird auch so verlangt werden, aber wir würden es dann mit viel größerer Aussicht auf Erfolg verlangen können. Dadurch haben die Sozialdemokraten das deutsche Interesse wirklich in erheblicher Weise geschädigt.

Ich möchte nun ein Wort zu Amerika sagen. Sie kennen meine Reiseroute ungefähr; sie ging von New York nach Washington, von Washington nach San Francisco, von San Francisco nach Chicago, von Chicago wieder nach New York, dann nach Boston und schließlich nach Ottawa in Kanada. Die Aufnahme in den Vereinigten Staaten für uns Deutsche war so überraschend gut, daß man sie sich gar nicht besser hätte vorstellen können. Auch die Aufnahme durch Präsident Eisenhower persönlich, mit dem ich dreimal zusammen war – zweimal bei Verhandlungen, wo wir zu sechst beisammen waren –, war wirklich so, daß mir nachher in Chicago und in New York Deutsch-Amerikaner, ältere Leute, mit Tränen in den

---

14 Adenauer war vom 6.–18. April 1953 in den USA (vgl. ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 564–589).

Augen sagten: Wir danken Ihnen dafür, daß Sie gekommen sind. Jetzt ist für uns Amerikaner deutscher Herkunft der letzte Schatten genommen, der noch aufgrund des letzten Krieges auf uns lag.

Ich will Sie nicht aufhalten mit langen Schilderungen, ich kann Ihnen nur sagen, daß die Aufnahme überall gut war, auch bei der Presse, insbesondere bei einer Pressekonferenz des Presseclubs in Washington, die einen sehr guten Erfolg hatte.<sup>15</sup> Da unsere Zeit kurz ist, möchte ich Ihnen nur eine kleine Schilderung von meinem Besuch auf dem Heldenfriedhof in Arlington geben.<sup>16</sup> Dieser Ehrenfriedhof der Amerikaner in der Nähe von Washington ist wunderschön gelegen. Dort ist auch das Monument mit den Gebeinen des Unbekannten Soldaten. In Arlington wurde ich – eine ganz ungewöhnliche Ehrung für den Leiter einer Regierung – mit Salutschüssen empfangen. Dann wurde ich von einem amerikanischen General begrüßt. Es standen dort drei amerikanische Fähnriche, von denen der mittlere die deutsche Fahne trug. Der General und ich haben vor der deutschen Fahne salutiert. Dann gingen wir zu dem Sarkophag des Unbekannten Soldaten. Die deutsche Fahne wurde ständig hinter mir hergetragen.

Bei der Ehrenbezeugung vor den Gebeinen des Unbekannten Soldaten stand die deutsche Fahne wieder hinter dem General und mir. Dort waren Truppenkontingente aller vier Waffengattungen aufgestellt. Dann wurde die deutsche Nationalhymne gespielt und anschließend die amerikanische Nationalhymne – die deutsche Nationalhymne zum ersten Mal in Washington seit dem Kriege. Der Zug ging dann in derselben Weise zurück zum Ausgang. Wieder wurde die deutsche Fahne hinter mir hergetragen, und zum Abschied wurden wieder Salutschüsse abgefeuert.

Das Ganze war eine demonstrative Begrüßung für die Bundesrepublik Deutschland, die wirkungsvoller und besser nicht mehr zu denken ist. Daß wir versuchen, nach wie vor mit Washington sehr enge und gute Fühlung zu halten, versteht sich von selbst. Wir werden das in gleicher Weise auch mit England tun müssen. Wir werden weiter versuchen müssen, mit Frankreich zusammenzukommen. Die Bemühungen um Frankreich sind noch immer die schwierigsten. Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinigten Staaten und zu England ist unvergleichlich besser als das zur Französischen Republik.

Ich darf jetzt zur Innenpolitik übergehen und ein Wort über die Vertragswerke sagen. Ich fühle mich wirklich innerlich verpflichtet, den Herren im Bundesrat herzlichst dafür zu danken, daß sie unter Zurückstellung mancher Bedenken dafür gesorgt haben, daß in der Zwischenzeit dieser Beschuß herausgekommen ist.<sup>17</sup> Sie können sich gar nicht vorstellen, was dieser Beschuß außenpolitisch für eine Bedeu-

15 EBD. S. 582–585.

16 EBD. S. 588f.

17 Verabschiedung der Verträge durch den Bundesrat am 15. Mai 1953. Dabei erklärte der Bundesrat die Hauptverträge für nicht zustimmungspflichtig, die Nebenverträge von untergeordneter Bedeutung hingegen für zustimmungspflichtig (vgl. BR Sten.Ber. 107. Sitzung S. 231–236; AdG 1953 S. 3991; zum Gesamtkomplex vgl. SCHWARZ 1 S. 178f.).

tung gehabt hat, namentlich in den Vereinigten Staaten. In den Vereinigten Staaten hatte man sich daran gewöhnt, die Rolle des Bundesrates etwa gleichzusetzen mit der Rolle des Senats. Daher hatte die erste Stellungnahme des Bundesrates<sup>18</sup> sehr schlecht drüben gewirkt. Sie hatte auch für mich persönlich sehr schlecht gewirkt, weil ich auf eine vertrauliche Zusage von Ministerpräsident Maier, die er mir vor der Abfahrt gemacht hatte, annahm, die Verträge würden angenommen. Ich hatte das auch Eisenhower gesagt.

Aber dieser Rückschlag ist wettgemacht durch die zweite Beschußfassung des Bundesrates. Dulles hat aus Damaskus eine sehr herzliche Glückwunschdepesche geschickt.<sup>19</sup> Ihm ist offenbar auch ein Stein vom Herzen gefallen. Auch Großbritannien steht der europäischen Entwicklung durchaus sympathisch gegenüber, und bei dem dem Engländer angeborenen Wirklichkeitssinn wird diese Annäherung noch stark bemerkbar werden, sobald wir Europa geschaffen haben.

Was die Aussichten in Frankreich angehen, so bin ich davon überzeugt, daß die Franzosen annehmen werden, und zwar aus zwei Gründen. Wenn die fünf anderen Beteiligten den Vertrag über die EVG ratifiziert haben, wird Frankreich diese Isolierung nicht ertragen können. Es wird dann ein solcher Druck auf Frankreich ausgeübt werden, daß es unbedingt nachgeben wird. Der zweite Grund, weshalb ich trotz aller inneren Wirren in Frankreich positiv über den Ausgang der Verträge denke, ist folgender: Großbritannien ist den Wünschen der französischen Sozialisten so weit entgegengekommen, daß sie eine Aussprache mit Guy Mollet<sup>20</sup> gehabt haben, wonach sie zustimmen werden; abgesehen von einem gewissen Prozentsatz von vielleicht 25 % der Sozialisten, die sich um Jules Moch aus Deutschenhaß scharen und bei ihrer negativen Haltung bleiben werden.

Nun kommt noch das Bundesverfassungsgericht! Das Bundesverfassungsgericht, das wir in dieser Ordnung geschaffen haben – (*Heiterkeit.*) Sie werden das gleich, wenn wir über das Wahlrecht sprechen, noch hören –, ist tatsächlich der Diktator Deutschlands. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet nach seinem Gutdünken. Es gibt keine Macht in Deutschland, die es irgendwie rektifizieren kann, und es kann auch Materien, die sonst nur durch Gesetze geregelt werden können, im Falle der Not selbst regeln, so daß wir bei unserem Gespräch über das Wahlrecht – ich nehme das schon vorweg – mit in Rechnung ziehen müssen, daß unter Umständen das Bundesverfassungsgericht selbst ein Wahlgesetz festlegen wird, nach dem wir zu wählen haben. Ja, meine Damen und Herren, Sie sehen mich erstaunt an, aber ich

18 Maier hatte durch geschicktes Taktieren vermieden, daß der Bundesrat eine Stellungnahme zu den Verträgen abgab. Vgl. dazu BULLETIN Nr. 78 vom 25. April 1953 S. 668; AdG 1953 S. 3964; MAIER S. 483.

19 Dulles hatte am 10. Mai 1953 eine zwanzigjährige Reise durch zwölf Länder des Nahen Ostens und Südasiens angetreten (vgl. AdG 1953 S. 3986, 4013, 4018).

20 Guy Mollet (1905–1975), französischer Politiker; 1946–1969 Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, 1946–1947 und 1959 Staatsminister, 1954–1956 Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats, 1956–1957 Ministerpräsident.

kann nur nochmals betonen: Der Bundestag hat in weitem Umfang zugunsten des Bundesverfassungsgerichts abgedankt! (*Mehrere Zurufe*: Das ist absolut richtig!) Wir können jetzt nichts daran ändern; Sie müssen die Dinge nehmen, wie sie sind. Sie sind aber schmerzlich!

Nun komme ich zu einigen Interna und möchte zunächst namentlich an unsere Freunde aus Baden-Württemberg eine sehr herzliche Bitte richten, und zwar die, sich während der nächsten Monate sehr vornehm und zurückhaltend zu verhalten. Ich muß sagen, Herr Maier hat mir nicht immer imponiert, aber daß er die Geschichte „Renner“ so herumgedreht hat, das hat mir imponiert.<sup>21</sup> (*Heiterkeit*.) Auf diese Weise hat er nun erreicht, daß in seinem Kabinett die Sozialdemokraten nur noch vier Sitze haben. Die anderen haben zusammen auch vier Sitze, wobei er den Ausschlag gibt. Ich muß sagen, das verrät ein großes Geschick. Ich sehe ganz davon ab, daß er – wie mir mitgeteilt worden ist – jetzt Journalisten Wein kredenzt hat. Wie hieß er doch, Herr Globke?<sup>22</sup> (*Globke*: Grumbacher Vorlesen 1953!) Ja, Grumbacher Vorlese 1953. (*Müller*: Grumbacher Schwarzer Peter!) Das interessiert mich weniger, aber mich interessiert die „Vorlese 1953“.

Ich habe wirklich gute Nachrichten darüber, daß nach der Bundestagswahl eine Umbildung der Regierung in Baden-Württemberg kommen wird. (*Dichtel*: Wenn die Verfassung fertig ist!) Nein, Herr Dichtel, darauf komme ich jetzt zu sprechen. Ich würde Ihnen empfehlen, ohne Herrn Maier anzugreifen – Sie wissen, er ist sehr empfindlich –, dort alles zu tun, was Sie können, damit die Verfassung noch nicht fertig wird. Das kann man tun, wenn man sich entsprechend verhält, mit Anträgen, wenn man Reden hält usw. usw. Ich meine, die Politik für Baden-Württemberg müßte sein, dafür zu sorgen, daß vor den Bundestagswahlen die Verfassung nicht verabschiedet wird, um dann zu sehen, wie sich die Situation nach den Wahlen gestaltet. (*Müller*: Dem Maier kann man nicht mehr glauben! *Dichtel*: Gar nichts! – *Unruhe*.) Sie brauchen ihm auch nicht übermäßig viel zu glauben! (*Dichtel*: Wir glauben ihm gar nichts!) Aber Sie müssen den Tatsachen glauben, und die Tatsache ist doch da, daß jetzt zwischen der SPD und Herrn Maier ein schwerer Gegensatz entstanden ist. (*Dichtel*: Die bleiben in der Regierung!) Sicher bleiben die in der Regierung. Ich habe nie daran gezweifelt, daß sie in der Regierung bleiben. Aber das eine ist doch auch sicher, daß er gegen die Sozialdemokratie im Bundesrat

---

21 Nach der Abstimmung des Bundesrats (vgl. Anm. 17) war der baden-württembergische Justizminister Viktor Renner (SPD) aus Protest gegen das Verhalten Reinhold Maiers zurückgetreten. Danach führte ein SPD-Staatssekretär ohne Stimmrecht im Kabinett das Justizressort. Im Kabinett ergab sich nun ein Stimmenverhältnis von 3 FDP, 1 BHE und 4 (bisher 5) SPD, so daß bei Stimmengleichheit Ministerpräsident Maier den Ausschlag gab.

22 Dr. Hans Globke (1898–1973), 1932–1945 Ministerialrat im Reichsinnenministerium, 1949–1963 Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt (1953 Staatssekretär). Vgl. Klaus Gorro (Hrsg.): *Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes*. Stuttgart 1980.

gestimmt hat. Auch das andere ist sicher, daß er in sehr geschickter Weise ihnen einen Minister abgeknöpft hat. Dagegen kommen Sie doch nicht an. Es ist weiter sicher, daß Ollenhauer acht Stunden lang in Stuttgart vergeblich versucht hat, seine Leute zum Austritt zu bewegen, und daß diese also gegen den Stachel gelockt haben.<sup>23</sup> (*Dichtel*: Das war das einzige Positive!) Ja, Herr Dichtel, Sie müssen die Dinge sehr kaltblütig jetzt betrachten. Ich glaube wirklich, die richtige Politik für unsere Partei in Baden-Württemberg ist die, den Versuch zu machen, das Zustandekommen der Verfassung vor der Bundestagswahl zu verhindern. Wenn die Bundestagswahl so verläuft, wie wir das erwarten können, wird das tödsicher seine Rückwirkungen auch auf die Verhältnisse in Baden-Württemberg ausüben, so daß Sie auf diese Weise doch wohl die Möglichkeit haben werden, noch bei der Verfassung irgendwie mitzuwirken.

Ich möchte ein Wort zu Niedersachsen sagen. Niedersachsen ist ein Land, das, ähnlich wie Baden-Württemberg, sehr viele Probleme in sich birgt. Wenn die Zeit dazu reicht, wird uns Herr Cillien einiges darüber sagen. Ich möchte die Situation so zusammenfassen: Es brennen und schwelen kleine Feuer dort, die man nicht löschen sollte, sondern man sollte sie etwas am Brennen und Kochen halten im Hinblick auf eine künftige Entwicklung.<sup>24</sup>

Nun möchte ich Ihnen noch sagen, wie es im Bundestag aussieht. Im Bundestag liegen noch weit über 100 Gesetzentwürfe. Der Bundestag hat noch 14 Arbeitstage zur Verfügung. Ich habe Herrn Ollenhauer vorgestern beim Empfang des österreichischen Gesandten<sup>25</sup> gefragt, ob er glaube, daß der Bundestag im Durchschnitt an den 14 Arbeitstagen acht Stunden tagen werde – wir rechnen nämlich jetzt schon nach Stunden dort. Darauf hat Herr Ollenhauer erklärt, daran sei gar nicht zu denken. Er hat dann gefragt, ob es nicht möglich sei, uns untereinander zu verständigen, den Stoff zu beschränken und auch die Reden nicht zu lang werden zu lassen, damit die letzten Sitzungen des Bundestages in einer würdigen Weise vor sich gehen

23 Am 18. Mai 1953 hatten der Landesverband der SPD und die Landtagsfraktion in Anwesenheit Ollenhauers über ein Ausscheiden aller SPD-Minister beraten, wozu Ollenhauer geraten hatte (vgl. FAZ vom 20. Mai 1953).

24 Die Regierung Kopf stützte sich nach der Landtagswahl vom 6. Mai 1951 auf eine Koalition von SPD, Deutsche Zentrumspartei und BHE. Mit dem Ausscheiden der SRP aus dem Landtag veränderten sich die Mehrheitsverhältnisse, gleichzeitig wuchsen die Spannungen zwischen SPD und BHE (vornehmlich wegen Personalentscheidungen), so daß es im Herbst 1952 zu einer mehrwöchigen Koalitionskrise kam. Nach deren Beilegung Anfang Oktober 1952 entstanden immer wieder neue Konflikte: Ende 1953 schied Justizminister Krapp (Zentrum) aus der Regierung wegen Kontroversen in der Schulfrage, Anfang Februar 1954 schließlich das Zentrum aus der Koalition ganz aus (vgl. „Kölnische Rundschau“ vom 12. Oktober 1953; „Welt“ vom 11. Februar 1954; zum Versuch eines Regierungssturzes im Frühjahr 1953 vgl. auch LANGE S. 539f.).

25 Am 19./20. Mai 1953 statteten der österreichische Außenminister Karl Gruber und der Staatssekretär für Äußeres Bruno Kreisky der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch ab (vgl. AdG 1953 S. 4003f.; BULLETIN Nr. 91 vom 16. Mai S. 775, Nr. 93 vom 20. Mai S. 796, Nr. 94 vom 21. Mai S. 797).

könnten. Ein solcher Versuch muß natürlich gemacht werden, wobei wir unsererseits – jetzt spreche ich über Regierung und Koalition – dafür sorgen müssen, daß die entscheidenden Dinge, die uns am Herzen liegen, auch erledigt werden, damit die Sozialdemokratie nicht in der Wahlpropaganda behaupten kann: Seht, alle diese Dinge hat die Regierungskoalition unfertig liegengelassen!

Eines der wesentlichsten Gesetze, die noch verabschiedet werden müssen, ist das Wahlgesetz. Wir sollten uns nicht zumuten, darüber zu diskutieren heute, wie ein Wahlgesetz theoretisch am besten zu gestalten ist. Mit dieser Arbeit sind der Bundestag und die Bundesregierung schon seit über sechs Monaten beschäftigt, (*Zuruf: Seit über zwei Jahren!*) ohne daß sehr viel Körner bisher dabei hätten in die Mühle getragen werden können. (*Heiterkeit.*)

Wie sich die Situation auf dem Gebiet des Wahlgesetzes entwickeln wird, das läßt sich noch gar nicht überschauen. Aber der engere Parteivorstand müßte heute in der Lage sein, bindende Verpflichtungen bezüglich Listenverbindung usw. einzugehen. Es schweben Verhandlungen mit den Koalitionsparteien, mit der FDP und der DP, und es schweben Verhandlungen – über die wir heute sprechen müssen – mit dem Zentrum, ferner zwischen der CSU und der Bayernpartei, so daß es unter Umständen, je nachdem, wie das Wahlrecht zustande kommt, möglich erscheint, daß allgemeine Listenverbindungen stattfinden unter allen diesen Parteien. Das würde unter allen Umständen die Folge haben, daß wir einen überwältigenden Sieg über die Sozialdemokratie davontragen würden.

Ich darf vielleicht gleich auf diesen Punkt zurückkommen und möchte zunächst ein Wort zur Kandidatenfrage sagen. Die Kandidatenfrage macht insbesondere der Leitung der Fraktion, aber auch der Bundesregierung sehr große Sorgen. Hierbei spielt die Frage eine Rolle, daß gewisse Kreise – ich nenne in erster Linie Wirtschaftsführer, Arbeitnehmer usw. – stärker als bisher vertreten sein müssen. Auch die Frage der jungen Leute spielt eine Rolle. Es ist sehr schwer, hier direkte Einwirkungen auszuüben; aber wir müssen uns über diese Frage einmal unterhalten.

Ich möchte, ohne an jemand zu denken, folgendes hier sagen: Bei der ersten Wahl zum Bundestag vor fast vier Jahren sind in den einzelnen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt worden, ohne daß sich eine allgemeine Übersicht über das Bild der Gesamtfraktion ergeben hätte. Vielleicht werden die Herren Johnen und Schröder einiges dazu sagen. In der Fraktion sind wir in gewissen Gebieten zu schwach vertreten. Es muß da unbedingt eine Aufbesserung stattfinden. Wenn wir damit rechnen können, daß die nächste Fraktion noch stärker wird als die gegenwärtige, dann ergibt sich daraus, daß eine gewisse – nehmen Sie mir den Ausdruck nicht übel und mißdeuten Sie ihn nicht – Führerschicht in der Fraktion vorhanden sein muß.

Stellen Sie sich vor, wir würden eine Fraktion in Stärke von 180 Mitgliedern bekommen.<sup>26</sup> Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß eine solche Fraktion

---

26 Nach der Bundestagswahl 1949 umfaßte die CDU/CSU Fraktion 139 Abgeordnete, 1953 hingegen 243 (vgl. KAACK S. 196f., 216f.).

nur dann zu einer wirklich positiven Arbeit gebracht werden kann, wenn in ihr eine gewisse Auslese von Leuten vorhanden ist, die auf den verschiedensten Gebieten Bescheid wissen und die auch in der Lage und willens sind, die Arbeit, die das Parlament nun einmal mit sich bringt, wirklich auszuführen. Ich bin zwar der Auffassung, daß der nächste Bundestag nicht so viel Arbeit haben wird wie der gegenwärtige. Der gegenwärtige Bundestag fing auf einer Trümmerstätte an; es mußte alles neu gemacht werden. Dieser Bundestag – das muß ich in diesem Kreise sagen – hat in den wenigen Jahren Staunenswertes geleistet. Ob das immer sehr gut war, das ist eine Frage für sich; das ist Ansichtssache. Bei der entsetzlichen Hast, mit der gearbeitet werden mußte, wird manches Gesetz ganz sicher unausgereift gewesen sein.

Für meinen Geschmack haben der Bundestag und die Bundesregierung zu viel gearbeitet. Ich versuche immer, in meinem Kabinett zu bremsen, damit nicht zu viel Gesetzentwürfe ausgespuckt werden. Aber es ist mühsam dieses Bremsgeschäft! Denn man spuckt immer weiter, und der Strom nimmt nicht ab. Aber alles in allem genommen hat dieser Bundestag – das müssen wir auch bei der Wahlagitation sehr stark zum Ausdruck bringen – eine große und segensreiche Arbeit für das deutsche Volk geleistet.

Wir haben uns gestern mit der Frage „Propaganda und Beginn des Wahlkampfes“ beschäftigt.<sup>27</sup> Ich möchte diesen Punkt hier nur anschneiden. Ich nehme an, daß aus dem Schoß unserer Versammlung dazu noch Ausführungen gemacht werden. Ich schlage Ihnen vor, jetzt mit der Kardinalfrage, d.h. mit dem Wahlgesetz und Wahlrecht, [zu] beginnen: Ob Sie sich dazu entschließen können, dem engeren Vorstand die Vollmacht zu geben, solche Listenverbindungen zu erklären, je nachdem, wie das Wahlrecht ausfällt.

Listenverbindungen bedeuten natürlich nicht formelle Verpflichtungen zu einer Koalitionsregierung; aber man soll sich kein X für ein U vormachen. Wenn die Wahlen sich so abgespielt haben, daß auf der einen Seite die Gruppe der Parteien steht, die Listenverbindungen eingegangen sind, und auf der anderen Seite die Sozialdemokratie – die ja keine Listenverbindung mit der KP hat, die aber von der KP unterstützt wird –, dann werden sich die Folgerungen bei der Regierungsbildung ganz von selbst ergeben.

Wenn Sie mir gestatten, möchte ich dazu ein Wort sagen, obgleich ich weiß, daß ich damit Widerspruch hervorrufe in diesem Kreis. Ich möchte jetzt nicht als Parteipolitiker sprechen, sondern als deutscher Politiker und als ein Mann, der doch immerhin diese Jahre hindurch an der Spitze der Bundesregierung gestanden und sich einen gewissen Überblick verschafft hat.

Für mich ist das Wesentlichste für die nächsten vier Jahre, daß in der Bundes-

---

27 An der Lagebesprechung im Bundeskanzleramt am 21. Mai 1953 nahmen teil: Bach, Blankenhorn, von Eckhardt, Globke, Heck, Kaiser, Kiesinger, Lenz, Rust, Tillmanns, Wuermeling (vgl. Terminkalender; Lenz-Tagebuch).

republik Deutschland der demokratische Gedanke nicht nur erhalten bleibt in der Stärke und in dem Umfang, in dem er jetzt besteht, sondern daß er auch noch größere Volksmassen ergreift als bisher. Ich bin der Auffassung, daß wir uns, was das innere politische Gefüge angeht, noch in einem labilen Zustand befinden. Es gibt nach meiner Meinung in Deutschland noch große Wählermassen, die dem, was vor sich geht, insbesondere in der parlamentarischen Demokratie, mit einer gewissen Zurückhaltung gegenüberstehen, die sich noch nicht zu der echten Überzeugung hin durchringen können.

Wenn eine sozialdemokratische Führung käme und erklären würde: Alles, was in den ersten vier Jahren gemacht worden ist – die Außenpolitik, die Verträge, die Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet usw. –, ist falsch gewesen, dann würde der demokratische Gedanke in der Bundesrepublik Deutschland einen sehr schweren Schlag erleiden; denn das kann die Bevölkerung einfach nicht verstehen, daß das, was vier Jahre lang gepriesen worden ist, nun in den folgenden vier Jahren als falsch erklärt wird. Daher würde ein Sieg der Sozialdemokratie bei der kommenden Bundestagswahl nach meiner Meinung ein schwerer Schlag auch für den Gedanken der Demokratie bei uns in der Bundesrepublik sein.<sup>28</sup>

Die Sozialdemokratie hat nach meiner Auffassung keine großen Aussichten, wenn überhaupt, die führende Partei zu werden. Sie hat eine miserable Politik gemacht. Die Sozialdemokratie ist durch die Krankheit des Herrn Dr. Schumacher in eine Sackgasse hineingeraten, auch durch die ganze Entwicklung in der Welt, aus der sie einstweilen nicht mehr herausfindet. Über Herrn Dr. Schumacher urteile ich, glaube ich, sehr objektiv, weil ich eine gute Erinnerung an ihn als Mensch habe. Er war nach meiner Überzeugung ein Mann von echtem Wollen und von Treue. Herr Dr. Schumacher war im Grunde genommen ein Nationalist. Er hat die ganze Sozialdemokratie in dieses nationalistische Fahrwasser hineingebracht. Er war dann in den letzten Jahren seines Lebens ein schwerkranker Mann – er war es schon vorher – und muß entsetzliche Schmerzen ausgestanden haben. Und er war ein sehr einsam gewordener Mensch. Er war, wie das ja Enttäuschungen, Einsamkeit und Schmerzen mit sich bringen, ein ungemein mißtrauischer Mensch.

So ist es gekommen, daß die deutsche Sozialdemokratie trotz seiner großen intellektuellen Gaben in eine ganz falsche Richtung geraten ist. Sie ist in der Zersplitterung; sie ist verschiedener Auffassung in den entscheidendsten Fragen. Es ist keiner in der Sozialdemokratie vorhanden, der den Mut hätte, zu sagen: Wir wollen aus dieser Sackgasse heraus!

Aber wir dürfen andererseits nicht die Stärke der Sozialdemokratie unterschätzen. Die Stärke der Sozialdemokratie beruht auf den Gewerkschaften. Dabei meine ich jetzt nicht in erster Linie den Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sondern die einzelnen Industriegewerkschaften. Da liegt ihre Stärke und ihre Pro-

---

28 Zu diesen und ähnlichen Formulierungen über die SPD im Wahlkampf 1957 vgl. Konrad REPPGEN: Finis Germaniae, in KONRAD ADENAUER 2 S. 294–315, hier S. 295f.

pagandamöglichkeit. Diese Möglichkeit der Propaganda für die Arbeitnehmer auf ihrem Wege zu und in der Arbeitsstätte steht ihr in viel stärkerem Maße offen, als sie unserer Partei offensteht, weil unsere Partei nur zu einem Teil aus Arbeitnehmern und zu einem großen Teil aus nicht-industriellen Arbeitnehmern besteht. Diese Arbeitnehmer können nicht so erfaßt werden wie die industriellen Arbeitnehmer auf ihrer Arbeitsstätte.

Ich habe über diese Frage mit dem Kollegen Arnold nach den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen gesprochen. Bei den Kommunalwahlen hat die Sozialdemokratie gewisse Erfolge erreicht. Herr Kollege Arnold hat mir das damals so erklärt: Er habe Untersuchungen darüber angestellt und dabei festgestellt, daß die Sozialdemokraten durch ihre Gewerkschaftsmitglieder eine Propaganda hätten treiben können, wie wir es eben nicht hätten tun können. Wir dürfen daher die Bedeutung der Sozialdemokratie in keiner Weise unterschätzen und müssen uns wirklich anstrengen, um zum Siege zu kommen.

Nun kommen wir zu der Frage der Listenverbindung. Da diese Listenverbindungen – ob gewollt oder ungewollt – höchst wahrscheinlich gewisse Konsequenzen mit sich bringen, soll man [sich] einmal über die Frage der Großen Koalition aussprechen. Ich schicke voraus, ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß man sich vor der Wahl positiv oder negativ, dafür oder dagegen festlegen sollte. Aber es ergeben sich, wie schon erwähnt, aus der Listenverbindung Konsequenzen. Man muß sich daher über die evtl. möglichen Konsequenzen klarwerden.

Nun stehe ich im Gegensatz zu manchem von uns auf dem Standpunkt, daß man vom staatspolitischen Interesse aus es nicht gerade als ein Gebot betrachten soll, daß die großen Parteien in einer Regierung vereinigt sein müssen und daß man die Rolle der Opposition den kleineren Parteien überlassen soll. Ich halte das für grundsätzlich falsch und bin der Auffassung, daß gerade die Rolle der Opposition von einer starken Partei übernommen werden soll. Ich würde auch dafür plädieren, daß wir, wenn die Sozialdemokratie als stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorgeinge, die Rolle der Opposition übernehmen.

Man muß sich über diese Fragen einmal aussprechen. Dazu sind wir ja schließlich hier. Ich wiederhole nochmals: Die Rolle der Opposition muß in der Hand einer starken Partei sein. Das gilt vor allem für Deutschland in seiner heutigen Verfassung. Wenn das nicht geschieht, dann fürchte ich, daß sich die rechtsradikalen Elemente der Opposition bemächtigen. Das wäre vom deutschen Standpunkt aus eine ganz große Gefahr. Ich bin nicht der Auffassung, daß die Opposition etwa die Aufgabe hat – wie das leider bisher von der Sozialdemokratie gemacht worden ist –, zu allem und jedem, was die Regierungskoalition und die Regierung sagt und tut, nein zu sagen. Die Opposition hat ebenso, wenn auch nicht im gleichen Umfang, wie die Regierungskoalition eine staatspolitische Pflicht, in entscheidenden Fragen positiv mitzuarbeiten. Das ist meine Ansicht von der Aufgabe einer Opposition.

Ich bitte Sie, diese Frage einmal durchzudenken. Ich möchte noch ein Wort zur Freien Demokratischen Partei sagen. Sie alle kennen mehr oder weniger die Krise

innerhalb der FDP. Sie kennen namentlich die Vorgänge, die sich an die Namen Achenbach<sup>29</sup> und Middelhauve knüpfen. (*Arnold*: Und einige mehr!) Ich nenne nur die Prominentesten. Herr Achenbach ist, glaube ich, ein erledigter Mann, wenigstens für die nächsten Jahre; denn Herr Achenbach ist in der Naumann-Sache stark belastet. Mir ist es unverständlich, daß sich Herr Achenbach noch auf freiem Fuß befindet, während Herr Naumann verhaftet ist. Jedenfalls glaube ich, daß sich bei den Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen gewisse Erscheinungen zeigen, die von der Zentrale gefördert werden, daß man nämlich vernünftiger wird. Ich sage mir immer so: Es ist ein großer Vorteil für unsere parteipolitische und damit für die gesamtdeutsche Entwicklung gewesen, daß wir bisher keine starke nationalistische Partei gehabt haben. Denken Sie zurück an Weimar. Dort traten die Deutschnationalen auf und bildeten ein Sammelbecken für alle diejenigen, die mehr oder weniger nicht demokratisch waren. Ich will damit niemandem, der früher Deutschnationaler war und nun in unseren Reihen sitzt, zu nahe treten. Der große Vorteil, den wir haben, ist der, daß wir – ich gebrauche den seltenen Namen – keine große deutsch-nationale Partei bekommen haben.

Das liegt natürlich einmal daran, daß die Kräfte, die evtl. bereit gewesen wären, sich in einer deutschnationalen Partei zusammenzufinden, dies nicht tun wollten im Hinblick auf den Nationalsozialismus, weil sie doch nicht mit ihm in einen Topf geworfen werden wollten, aber auch im Hinblick auf die Haltung der Besatzungsmächte, die alle Parteien zunächst haben genehmigen und lizenziieren müssen.

Diese Elemente, die evtl. da Schaden anrichten könnten, sind zu einem erheblichen Teil in die Freie Demokratische Partei hineingegangen. Solange die Demokraten die Macht haben, diese Kräfte zu verdauen – d.h., daß sie nicht selbst zu einer nationalistischen Partei werden –, ist es vom deutschen Standpunkt aus betrachtet richtiger, daß sie dort gehalten und paralysiert werden, als daß sie sich zusammenfinden. Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß sie, wenn sie dort eine entsprechende Propaganda entfalten können, einen nicht unerheblichen Zulauf bekommen werden aus weiten Wählerschichten Deutschlands.

Daher bin ich geneigt, die Entwicklung in der Freien Demokratischen Partei mit einem trockenen und einem nassen Auge zu sehen, und zwar mit einem nassen Auge, weil es höchst bedauerlich ist, daß sich dort solche Kräfte breitmachen können, und mit einem trockenen Auge, weil der Versuch, dort zu unterwandern – wie der schöne Ausdruck heißt –, negativ war und auch weiterhin negativ sein wird und weil diese Kräfte nicht dazu gekommen sind, eine eigene nationalistische Partei zu bilden.

---

29 Dr. Ernst Achenbach (geb. 1909), 1936–1944 Beamter im Auswärtigen Dienst, 1950–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1957–1976 MdB, 1960–1964 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der WEU, 1964–1979 MdEP. – Achenbach, der auch als Verteidiger von Werner Naumann wirkte, war am 26. April 1953 als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses der FDP abgelöst worden.

Über die Deutsche Partei brauche ich nichts zu sagen.<sup>30</sup> Sie ist für unseren Geschmack ein bißchen niedersächsisch. Sie werden das verstehen, Herr Cillien, das gehört nun dazu. Aber es ist eine Partei, die auf absolut christlichem Boden steht, mit der wir in weiten Bereichen einträglich zusammenarbeiten können.

Was das Zentrum angeht, so ist sein Hauptsitz in Nordrhein-Westfalen.<sup>31</sup> Sie werden gleich Näheres darüber hören. Die beiden Vorsitzenden von Nordrhein und Westfalen sind, soweit ich unterrichtet bin, hier etwas verschiedener Auffassung. Höchstwahrscheinlich würde das Zentrum, wenn es keine Verbindung mit uns einginge, keinen Bundestagsabgeordneten mehr bekommen. Es würde aber, darüber muß man sich klar sein, mit der Stimmenzahl seiner Anhänger bei einer etwaigen Stichwahl die Sozialdemokratie unterstützen und ihr helfen.

Das Zentrum möchte am Leben bleiben. Nordrhein steht im Hinblick auf die Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Landtag und in der Landesregierung, auf dem Standpunkt, daß man dem Zentrum helfen solle, damit es am Leben bleibt, wobei wir den Hintergedanken haben: Das Leben wird sich für das Zentrum nicht mehr lange als lebenswert erweisen, wenn wir es einigermaßen geschickt anfangen, das Zentrum in der größeren christlichen Partei aufzugehen zu lassen.

Westfalen ist der Auffassung, man sollte es – wie heißt es in der Boxersprache – k.o. schlagen. Das ist eine der wichtigsten Fragen, über die wir heute zu entscheiden haben. Ich sprach eben von der CSU und der Bayernpartei.<sup>32</sup> Die Verhältnisse zwischen der CSU und der Bayernpartei sind günstiger als diejenigen zwischen der CDU und dem Zentrum. In Bayern ist man konzilianter gegenüber der Bayernpartei. Man kann mit sehr großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß noch vor Pfingsten, also morgen, oder aber sofort nach Pfingsten zwischen der Bayernpartei und der CSU irgendwelche Vereinbarungen zustande kommen, die es auch der Bayernpartei ermöglichen, weiterzuleben.

Ich möchte die Herren von Nordrhein-Westfalen dringend bitten, die ganze Sache, die das Zentrum angeht, sehr realpolitisch und nicht zu stark gefühlsmäßig zu betrachten. Es hat keinen Zweck, in der Politik solche Dinge zu stark gefühlsmäßig zu betrachten. Man kann sie gar nicht realpolitisch genug betrachten. In der CSU ist früher einmal das Wort vom lebenden Leichnam mit Bezug auf die Bayernpartei gefallen. Immerhin, der Leichnam lebt heute noch! Ich wiederhole nochmals: Man muß realpolitisch die ganzen Dinge betrachten und darf da nicht radikal vorgehen.

Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, wie wir am besten unsere Verhandlungen

30 Zur DP vgl. MEYN; STÖSS 1 S. 1025–1111.

31 Eine befriedigende Arbeit über die Deutsche Zentrumspartei nach 1945 liegt noch nicht vor (vgl. STÖSS 1 S. 1192–1242). Das Wahlabkommen zwischen CDU und Zentrum wurde am 18. April 1953 in Düsseldorf unterzeichnet (vgl. AdG 1953 S. 4123).

32 Zur CSU vgl. MINTZEL; STÖSS 1 S. 661–718, zur Bayernpartei EBD. S. 395–489; UNGER.

einteilen. Wenn Sie irgendwelche Fragen über die außenpolitische oder innenpolitische Lage haben, stehe ich gern zur Verfügung. Wir können das dann vorwegnehmen. Ich möchte Sie aber bitten, solche Fragen, wie etwa, wer nun Ministerpräsident in Frankreich wird, zurückzustellen. Sie können keinen Menschen auf der Erde finden, der Ihnen das mit annähernder Sicherheit wird voraussagen können. Ich meine, wir sollten uns jetzt wirklich auf das konzentrieren, was uns auf den Nägeln brennt, nämlich zunächst einmal die Frage des Wahlgesetzes und alles, was damit zusammenhängt, wie Listenverbindung usw. Das muß der eigentliche Kern unserer heutigen Debatte sein.

#### WAHLRECHTSFRAGEN

Ich bitte Sie nun um Entschuldigung, Herr Scharnberg, für das, was ich jetzt tue. Ich schicke voraus: Herr Scharnberg hat sich dem Problem des Wahlrechts mit einer Hingabe gewidmet, die geradezu bewunderungswürdig ist, so daß wir ihm von ganzem Herzen danken können. Ich möchte ferner Herrn Schröder bitten, der sich ebenfalls besonders mit der Frage beschäftigt hat, mir das zu verzeihen, was ich jetzt tue. Ich wollte Ihnen nämlich einen kurzen Überblick über die Situation – nicht über das Wahlrecht an sich – durch Herrn Globke geben lassen, der auch Verhandlungen mit dem Zentrum geführt hat und in diesem Zusammenhang auch über die Fragen berichten kann. Er wird nicht lange sprechen; ich schätze 10 bis 15 Minuten. Er wird sich auch darüber auslassen müssen, was wir auf dem Gebiet evtl. vom Bundesverfassungsgericht zu erwarten haben; denn das ist die entscheidende Frage für unser ganzes Verhalten auch im Parlament.

Wenn wir das Jahr 1952 schrieben, brauchten wir uns darum nicht zu kümmern, aber wir schreiben heute den 22. Mai 1953. Daher ist die Rolle des Bundesverfassungsgerichts in diesem ganzen Fragenkomplex evtl. von ausschlaggebender Bedeutung. Herr Globke, würden Sie das Wort nehmen!

*Kaiser:* Herr Bundeskanzler, vielleicht darf ich im Namen aller Anwesenden ein Wort des Dankes für die Summe Ihrer Ausführungen sagen. Es ist alles angesprochen worden, was angesprochen werden muß. Ich bin sehr erstaunt über die Frische, mit der Sie es getan haben.

Sorge im Blick auf die SPD macht mir folgendes: Wenn diese Leute vier weitere Jahre von der Verantwortung ferngehalten werden, entsteht eine Gefahr der Radikalisierung weiter Kreise unseres Volkes.

*Globke:* Das Wesentliche des Scharnbergschen Entwurfs besteht in folgendem: Das Wahlverfahren zerfällt in zwei voneinander getrennte Teile. In zwei Wahlgängen, die gleichzeitig stattfinden, sollen 480 Abgeordnete gewählt werden. Die Erhöhung der Abgeordnetenzahl hat sich als zweckmäßig erwiesen, weil zahlreiche Abgeordnete durch ihre internationalen oder supranationalen Verpflichtungen von Bonn häufig ferngehalten werden. Die Hälfte der 480 Abgeordneten soll gewählt werden nach dem absoluten Mehrheitswahlrecht, die andere Hälfte nach dem reinen

Verhältniswahlrecht. Jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine Stimme gibt er im Mehrheitswahlverfahren und die andere im Verhältniswahlverfahren ab. Wird in einem Wahlkreis die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, dann findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmen statt.

Demgegenüber hat die SPD Anträge eingereicht, die im wesentlichen auf die Wiedereinführung des 1949er Wahlrechts hinauslaufen, also auf ein reines Verhältniswahlrecht unter der Fassade des Persönlichkeitswahlrechts. Es soll aber auch hier die Erhöhung der Abgeordnetenzahl auf 480 erfolgen und nicht mehr das Verhältnis von 60 : 40, sondern von 50 : 50 zugrunde gelegt werden. Dazu ist der Gedanke aufgetaucht, eine Variante zu dem Wahlrecht von 1949 insofern zu nehmen, als man sagt: Da das 1949er Wahlrecht ein reines Verhältniswahlrecht ist, können wir besser auf das Weimarer Wahlrecht mit den großen Wahlkreisen zurückgreifen, womit eine Reihe von Mängeln, die dem 1949er Wahlrecht anhaften, vermieden werden und gleichzeitig erreicht wird, daß die Wähler sehen, daß sie nach reinem Verhältniswahlrecht wählen.

Wenn man nun überlegt, daß der Zweck des Wahlrechts nicht nur darin besteht, die unter den Wählern vorhandenen Ansichten sich im Parlament auswirken zu lassen, sondern auch dazu die Ermöglichung der Bildung einer stabilen Regierungsmehrheit gehört, würde man an sich dazu kommen, für das absolute Mehrheitswahlrecht einzutreten. Aber das ist praktisch nicht durchführbar. Schwierigkeiten und Bedenken bestehen bei der FDP gegen den Scharnberg-Entwurf, der wenigstens einen Teil des absoluten Mehrheitswahlrechts verwirklichen will. Diese Bedenken erklären sich im wesentlichen aus der Struktur der FDP. Der Scharnberg-Entwurf sucht diesen Bedenken durch den sogenannten internen Proporz Rechnung zu tragen.

Der interne Proporz bedeutet, daß die Parteien Listenverbindungen miteinander eingehen können. Die von den verbündeten Parteien in beiden Sektoren – im Sektor Mehrheitswahl und im Sektor Verhältniswahl – errungenen Mandate werden zusammengezählt. Dann erfolgt eine Neuverteilung der gesamten Mandate unter den verbündeten Parteien nach dem Verhältnis der Stimmen, die im Sektor Verhältniswahlrecht erworben worden sind. D.h. also, bei den verbündeten Parteien erfolgt die Verteilung der gesamten Mandate ähnlich wie das im 1949er System vorgesehen ist. Für den Wähler bedeutet dieses Wahlrecht, so kompliziert es vielleicht im Augenblick klingen mag, keine Schwierigkeit. Er gibt nur zwei Stimmen; dadurch hat er die Gewähr, daß er eine Stimme immer seiner eigenen Partei geben kann und die andere Stimme einer verbündeten Partei. Infolge des internen Proporzes kommt aber nachher diese Stimme auch seiner eigenen Partei wieder zugute. Bei der Ausrechnung der Wahlergebnisse entstehen auch keine technischen Schwierigkeiten.

Wir haben nun einmal durchgerechnet, welche Verhältnisse sich bei dem einen oder anderen Wahlrecht ergeben. Das kann man natürlich nicht mit hundertprozen-

tiger Sicherheit sagen; Verschiebungen sind nach den verschiedensten Richtungen hin möglich, aber man kann mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die Parteien der jetzigen Regierungskoalition, wenn sie sich miteinander verbinden, etwa 40 bis 50 Mandate mehr erhalten, als sie beim 1949er Wahlrecht erhalten würden. Das ist ein wesentlicher Vorteil.

Es entsteht nun die Frage, ist das Wahlrecht politisch durchsetzbar und ist es verfassungsrechtlich haltbar. Um es durchzusetzen, wären bei voller Besetzung des Bundestages 201 Stimmen notwendig. Wenn auch CSU und DP geschlossen dafür stimmen, so muß doch angenommen werden, daß ein Teil der FDP dagegen stimmen wird. (*Wuermeling*: 202 Stimmen sind notwendig!) Nein, 201, weil Dorls<sup>33</sup> von der SRP ausgeschieden und somit ausgeschlossen ist. Es wären also noch weitere Stimmen notwendig, die nach Lage der Dinge nur von der Föderalistischen Union<sup>34</sup> kommen würden.

Nun hat sich ergeben, daß das Zentrum und die Bayernpartei grundsätzlich bereit sind, diesem Wahlrecht zuzustimmen. Es wären dann nur noch einige FDP-Stimmen notwendig, die vorhanden sind. Ein Teil der FDP ist für dieses Wahlverfahren. Allerdings würde die Mehrheit nicht sehr groß sein.

Das Zentrum hat bei den bisherigen Verhandlungen, die mehr offiziös waren, folgende Wünsche geäußert: daß die sogenannte Sperrklausel von 5 % für das Bundesgebiet wegfallen soll (*Dichtel*: Das glaube ich!) oder daß sie nicht gilt für die Parteien, die ihre Listen miteinander verbunden haben, wenn eine dieser Parteien mehr als 5 % erhält. Außerdem möchte es, evtl. wahlweise, je ein Mandat im Rheinland, in Westfalen und in Niedersachsen garantiert bekommen, wobei das Zentrum zugesagt hat, daß es zu gewissen Verhandlungen bereit sei. Dafür will es auf eigene Mandate in Hessen und gegebenenfalls in Rheinland-Pfalz verzichten. (*Weber*: Wo sie sowieso nichts kriegen! *Zuruf*: Sehr richtig!)

*Adenauer*: Darf ich bitten, die Zwischenrufe mal sein zu lassen. Das hat keinen Zweck; es handelt sich um eine außerordentlich ernste Angelegenheit, bei der man sehr konzentriert zuhören muß.

*Globke*: Außerdem wollen sie in allen Wahlkreisen auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichten, wo durch diese Aufstellung der CDU-Kandidat gefährdet würde. Sie stellen weiter in Aussicht, daß sie die nächste Regierung unterstützen und gegebenenfalls in ein Hospitantenverhältnis zur CDU eintreten würden.

Die Bayernpartei hat den Wunsch geäußert, daß in Verhandlungen mit der CSU die Wahlkreise festgelegt werden, in denen nur ein CSU-Kandidat oder nur ein Bayernpartei-Kandidat kandidieren soll. Sie sind hier m.E. zu weitgehendem Entgegenkommen bereit. Ebenso möchten sie gern, daß die jetzt von der Sozialdemokratie eroberten Wahlkreise – insbesondere in München – etwa in dem Verhältnis

---

33 Dr. Fritz Dorls (geb. 1910), Journalist; 1947 Deutsche Rechtspartei, 1949 Mitgründer und 1. Vorsitzender der SRP, 1949–1952 (Mandatsverlust) MdB.

34 Verbindung von Zentrum/BP zu einer gemeinsamen Fraktion am 14. Dezember 1951.

2:1 aufgeteilt werden. Darüber werden aber unmittelbare Verhandlungen in München stattfinden.

Nun entsteht die Frage, wenn sich im Bundestag unter diesen Umständen eine Mehrheit findet, wie steht der Bundesrat dazu. Es ist bereits vom Bundesrat oder von einzelnen Vertretern der Regierungen gesagt worden, sie erblicken in diesem Wahlgesetz ein Zustimmungsgesetz. Nach Auffassung der Regierung trifft das nicht zu. Die Regelung, die insbesondere im Artikel 38 des Grundgesetzes über das Bundestagswahlgesetz getroffen ist, dürfte ausschließen, daß es sich hier um ein Zustimmungsgesetz handelt. Es bleibt aber möglich, daß der Vermittlungsausschuß angerufen wird.

Wie steht nun das Bundesverfassungsgericht dazu? Die SPD hat inoffiziell bereits angekündigt, daß sie gegen den internen Proporz das Normenkontrollverfahren anstrengen werde. Ein normales Gericht würde diese Klage sicher abweisen; denn die SPD erhält alles, was ihr zusteht, auch wenn es keinen internen Proporz gäbe. Der interne Proporz stellt lediglich eine freiwillige Verabredung zwischen den verbündeten Parteien dar. Aber beim Bundesverfassungsgericht ist es natürlich möglich. Man kann das nicht voraussehen.

Würde man nun eine Klausel aufnehmen entsprechend dem Wunsch des Zentrums, daß die 5%-Klausel keine Anwendung findet bei den verbündeten Parteien, dann wäre es zweifelhaft, ob diese Bestimmung verfassungsrechtlich gilt; denn man könnte darin eine unterschiedliche Bewertung der Stimmen der einzelnen Parteien erblicken, je nachdem, ob eine Partei, die nicht 5% erreicht hat, verbunden oder nicht verbunden ist. Es könnte also unter Umständen darin eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes des Grundgesetzes erblickt werden.

Es ist dann noch die Frage aufgetaucht, ob die Ausgestaltung der Landeslisten mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Es war einmal vorgesehen, daß sich die Landeslisten in erster Linie aus den Wahlkreis-Kandidaten zusammensetzen sollen, die im Wahlkreis nicht zum Zuge kommen. Das würde praktisch bedeuten, daß kaum jemand anders auf der Landesliste Aussicht hätte durchzukommen, als diejenigen, die in einem Wahlkreis direkt nicht zum Zuge gekommen sind. Bedenken wegen einer Verletzung der Unmittelbarkeit der Wahl dürften aber dabei nicht bestehen. Diese Frage, glaube ich, kann man ausscheiden; denn sie ist politischer und nicht rechtlicher Natur.

Was geschieht nun, wenn das Bundesverfassungsgericht ein Wahlgesetz für nicht vereinbar mit dem Grundgesetz erklärt? Falls nur der interne Proporz für unvereinbar erklärt würde, dann wäre das für die Koalition insgesamt genommen nicht wesentlich, da hierdurch nur eine interne Verschiebung eintreten würde, während die Gesamtzahl der Mandate bestehenbliebe. Man muß ins Auge fassen, daß das Bundesverfassungsgericht sagt: Dieser interne Proporz war für die Zustimmung einer ganzen Reihe von Abgeordneten und Parteien so wesentlich, daß man einen untrennbaren Zusammenhang in diesem Wahlsystem überhaupt sehen muß, so daß daher das ganze System fallen muß.

Die Frage der 5%-Klausel gilt praktisch nur für das Zentrum. Wenn das Zentrum irgendwie einen Kandidaten garantiert bekommt, wird diese Frage von selbst ausscheiden.

Falls das Bundesverfassungsgericht dieses Wahlsystem für ungültig erklären sollte, dann würde nicht mehr viel Zeit übrigbleiben bis zum letzten Termin, an dem eine Wahl nach dem Grundgesetz möglich wäre. Je nachdem, wann das Bundesverfassungsgericht entscheidet, könnte es eine Vollstreckungsregelung nach § 35 treffen.<sup>35</sup> Das Bundesverfassungsgericht legt diese Bestimmung sehr weitgehend aus. Es könnte nach seiner bisherigen Rechtsprechung – ich halte die Rechtsprechung nicht für richtig – ein eigenes Wahlgesetz in Kraft treten lassen. Es könnte auch sein, daß man sagt: Das 1949er Wahlrecht gilt auch für den Bundestag 1953.

Der Bundestag könnte aber auch mit einem Initiativgesetz das 1949er Wahlrecht einführen. Da sich hierbei die SPD nicht querlegen wird, könnte man damit rechnen, daß es keine großen Schwierigkeiten gibt. Es würde sich auch im Bundesrat hierfür sicherlich eine Mehrheit finden, so daß in verhältnismäßig kurzer Zeit ein Gesetz, dem der Bundestag und der Bundesrat zugestimmt haben würden, durchgehen könnte.

Das Gesetz muß mindestens sechs Wochen vor dem letzten Termin in Kraft sein, damit die Wahl ordnungsmäßig zustande kommt. Damit ergibt sich folgendes Ergebnis: Der Scharnberg-Entwurf hat den wesentlichen politischen Vorteil, für die jetzige Regierungskoalition 40 bis 50 Mandate mehr als bisher herauszuholen. Wenn er nicht durchführbar ist, dann wird kein größerer Nachteil eintreten als der, daß das 1949er Wahlrecht zum Zuge kommt. Das wäre dasselbe, was erreicht würde, wenn man auf die Durchsetzung des Scharnberg-Entwurfs verzichten wollte. Notwendig bleibt jedoch, daß die endgültige Entscheidung über das Wahlgesetz in der zweiten Juniwoche getroffen wird, damit die Vorbereitungen für die Wahl in die Wege geleitet werden können.<sup>36</sup>

*Adenauer:* Darf ich noch ein ergänzendes Wort sagen. Das Zentrum, die Bayernpartei und auch die FDP verlangen von uns Erklärungen darüber, ob wir bereit sind, Listenverbindungen mit ihnen einzugehen. Dann würden auch sie bereit sein, für den Scharnberg-Entwurf zu stimmen. Da die Entscheidung darüber in der zweiten Woche nach Pfingsten fallen wird, müssen wir jetzt von Ihnen darüber irgendein Mandat bekommen. Vielleicht nimmt zunächst einer der Herren aus Nordrhein-Westfalen das Wort. (*Johnen:* Vielleicht der Herr Lensing!) Er spielt Ihnen den Ball zu, Herr Lensing.

---

35 GG Art. 35 besagt: „Alle Behörden des Bundes und der Länder leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe“.

36 Der Bundestag verabschiedete das Bundeswahlgesetz in dritter Lesung am 25. Juni mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD sowie eines Teils der BP gegen die Stimmen von CSU, DP, Zentrum, KPD und der fraktionslosen Abgeordneten (vgl. Sten.Ber. 1. WP Bd. 17 S.13741–13784; BGBI I S. 470–493).

*Johnen:* Sie können aber da nicht Schwarzer Peter sagen! (*Heiterkeit.*)

*Lensing:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Situation, wie sie jetzt geschildert worden ist, ist für mich und ebenso für die ganze westfälische Landespartei in hohem Maße überraschend. Bei allen unseren Überlegungen über die Bundestagswahl sind wir davon ausgegangen, daß die 5%-Klausel nicht nur für das Land Nordrhein-Westfalen, sondern für das ganze Bundesgebiet wirksam sei.<sup>37</sup> Wir haben uns daher selbstverständlich bisher intensiv mit der Frage befaßt, wie werden wir mit dem Zentrum bei der nächsten Bundestagswahl fertig.

Ich kann hier in diesem Kreise sagen – ich bitte aber, daß es in diesem Kreise bleibt –, daß wir unverbindlich – auch in dem Falle, daß die 5%-Klausel wirksam wird – mit den Kirchen Fühlung genommen haben. Die Kirchen sehen die Situation in Westfalen so an: wenn die 5%-Klausel wirksam wird, daß dann ein großer Teil der christlichen Wählerstimmen bei der Bundestagswahl ausfällt. Aus diesem Gesichtspunkt heraus habe ich bei den Kirchen – vor allem bei der katholischen Kirche – eine große Bereitschaft feststellen können, auf das Zentrum einzutreten, daß es nun endlich diese Zersplitterung beseitigt.

Der erste Alarmschuß für die Dinge, die ich heute hier miterlebe, war für uns die Rede, die der Abgeordnete Brockmann auf dem Zentrums-Parteitag vorigen Sonntag in Düsseldorf gehalten hat.<sup>38</sup> Ich habe mich über diese Dinge vor einigen Tagen auch mit dem Herrn Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen unterhalten und habe seine Ausführungen in dieser Besprechung dahin aufgefaßt, daß es zum Fortfall der 5%-Klausel in der Praxis überhaupt nicht kommen würde. Ich bin heute in keiner Weise in der Lage ...

*Adenauer:* Darf ich Ihnen ins Wort fallen. Ich glaube, es liegt ein Mißverständnis vor. Wenn das Zentrum ein Mandat bekommt, kann die 5%-Klausel ruhig bestehenbleiben, auf deren Bestehenbleiben wir aus allen möglichen Gründen größten Wert legen.

*Lensing:* Herr Brockmann hat auf dem Landesparteitag am vergangenen Sonntag behauptet, er habe eine verbindliche Erklärung des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sich im

37 Zur Entwicklung der 5 %-Klausel JESSE S. 221–260.

38 Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumsparthei, Brockmann, hatte am 17. Mai 1953 behauptet, Ministerpräsident Arnold habe ihm schriftlich mitgeteilt, er wolle im Bundesrat den Antrag stellen, die 5 %-Klausel im Bundeswahlgesetz abzuschaffen (vgl. „Westfälische Nachrichten“ vom 19. Mai 1953: „Düsseldorf und die 5 %-Klausel“). Eine vergleichbare Nachricht verbreitete auch der NWDR am 17. Mai 1953 (vgl. Hennemann an Lensing vom 18. Mai 1953 in ACDP III-002-048). – Johannes Brockmann (1888–1975), 1925–1933 MdPrL (Zentrum), 1945 Schulrat im Kreis Münster-Land, 1945–1946 Mitglied der Provinzialregierung, 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (Vorsitzender der Zentrumsfraktion), 1948–1949 MdPR, 1953–1957 MdB (fraktionslos). Vgl. Paul LUDWIG in AUS DREISSIG JAHREN S. 152–171.

Bundesrat für die Aufhebung der 5%-Klausel einsetzen werde. Das sind die Dinge, über die ich mit dem Herrn Ministerpräsidenten gesprochen habe. Der Herr Ministerpräsident hat sich ungefähr so ausgedrückt – ich nehme an, daß er dazu gleich Stellung nehmen wird –, daß die Aufhebung der 5%-Klausel durch den Bundesrat praktisch nicht in Frage kommen würde. Der Herr Bundeskanzler hat vorhin gesagt, diese Frage dürfe man nicht nach dem Gefühl, sondern man müsse sie mit dem Verstand beurteilen.

Wenn uns auch das Zentrum in Westfalen in den Jahren nach 1945 allerhand angetan hat, so haben wir doch uns auch in der Vergangenheit immer bemüht, diese Dinge mit Verstand und nicht nach dem Gefühl zu beurteilen. Eine Erklärung möchte ich Ihnen hier klar abgeben; denn ich kenne meine Westfalen: Wenn etwa das Zentrum einen direkten Wahlkreis in Nordrhein-Westfalen garantiert bekommen sollte, so kann und wird das niemals in Westfalen sein. Dazu würde ich die Westfalen niemals bekommen. Es würde so sein, daß das Rheinland ein derartiges Zugeständnis leichter machen könnte; denn soweit ich im Bilde bin, hat Westfalen 14 direkte Mandate, während das Rheinland 27 direkte Mandate hat. Also müßte man dieses Opfer schon der rheinischen Partei zumuten. Ich bitte daher darum, diesen Antrag, der in Westfalen überhaupt keine Aussicht auf Erfolg hat, für uns fallenzulassen.

Wir haben am Sonntag in acht Tagen den westfälischen Parteitag.<sup>39</sup> Ich bin mir darüber klar, daß man auf einem Parteitag diese schwierige und delikate Frage so wie hier nicht behandeln kann. Aber ich werde die Gelegenheit wahrnehmen, dem Landesvorstand von Westfalen das, was ich hier gehört habe, zu unterbreiten und ihn um seine klare Entscheidung bitten. Ich werde sie Ihnen dann so rechtzeitig mitteilen, daß Sie ihre Verhandlungen zu Ende führen können.

*Johnen:* Wenn ich meine Auffassung sage, so tue ich das einmal als Landesvorsitzender von Nordrhein, ich kann dies aber nicht trennen von meiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender. Zunächst geht das Interesse des Bundes den Ländern vor. Dabei muß versucht werden, das Interesse des Bundes mit dem des Landes Nordrhein-Westfalen in dieser Frage irgendwie zu koordinieren. Das scheint mir durchaus möglich zu sein. Wenn man das Zentrum so vor den Kopf stößt, daß es eben k.o. wird in diesem Bundestagswahlkampf, dann ist die Koalition in Nordrhein-Westfalen mit dem Zentrum zu Ende. (*Wuermeling:* Und es geht ein Haufen Stimmen verloren!)

Mit der FDP ist z.Z. in Nordrhein-Westfalen eine Koalition wegen der Geschichte Middelhauve-Achenbach unmöglich. Es bleibt dann nur die SPD übrig. Von einem Minderheitskabinett vor den Landtagswahlen halte ich absolut nichts; dann können wir in Ferien gehen. Also, es bleibt nur übrig die SPD. Und das wollen wir nicht.

---

39 Am 31. Mai 1953 in Hamm (vgl. Kurzbericht in UiD vom 3. Juni 1953; ACDP III-002-035).

Infolgedessen versuchen wir, eine Lösung mit dem Zentrum herbeizuführen. Wir sehen die Wahlen in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr und was dahinter kommt. Es ist unbestimmt, ob nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen eine Koalition mit der FDP möglich sein wird; hier muß ich ein Fragezeichen setzen.

Wenn ich eine Koalition mit der SPD nicht für wünschenswert halte – so will ich mich einmal sehr vorsichtig ausdrücken –, dann bleibt nur das Zentrum übrig. Als der erste Entwurf des Bundestagswahlgesetzes bekannt wurde, habe ich sofort eine Rücksprache privater Art mit Herrn Brockmann gehabt und ihm gesagt, lassen Sie sich nicht aufhetzen. Warten wir zunächst ab, was aus diesem Entwurf wird. Je nachdem, wie sich die Dinge entwickeln, läßt sich mit uns durchaus darüber sprechen, daß wir Ihnen einen Wahlkreis zubilligen. Ich habe dafür keine Garantie übernommen, sondern gesagt, ich werde das beim Bund und beim Land unterstützen. Rein realpolitisch betrachtet müssen wir daher nach meiner Meinung sowohl im Interesse des Bundes wie auch im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen für die kommenden Jahre zu einer Lösung mit dem Zentrum kommen.

Nun kommt das Wichtigste. Bei der Bundestagswahl haben wir eine ganze Reihe von Wahlkreisen in Nordrhein und – das wage ich auch zu sagen – in Westfalen, die nicht zum Zuge für uns kommen, wenn wir nicht die Zentrumsstimmen in irgendeiner Form mitnehmen.

Es war geradezu Honig für mich, von Herrn Globke zu hören, daß das Zentrum evtl. auf die Aufstellung von Kandidaten in den Wahlkreisen verzichten würde, wo es den Ausschlag gibt zwischen CDU und SPD. Wenn dem so ist, werden wir eine Reihe von Wahlkreisen mehr gewinnen, als wir das bisher gekonnt haben. Wenn wir das mit Opfern erreichen können, sollten wir einer solchen Verabredung nicht aus dem Wege gehen.

Das Zentrum und die CDU haben in der letzten Zeit in Nordrhein-Westfalen in allen wichtigen Fragen zusammengestanden. Wenn Sie uns nicht zu einer Koalition mit der SPD zwingen wollen, müssen wir dahinkommen, mit dem Zentrum eine anständige Regelung zu finden. Das ist zwar theoretisch schön vorzutragen, aber in der Praxis etwas schwieriger. Wir werden nämlich dann einzelnen Leuten weh tun müssen. Wenn wir einen Wahlkreis dem Zentrum geben müssen, wird wahrscheinlich nur Oberhausen in Frage kommen, so daß die Bundestagskandidatur des Herrn Heix<sup>40</sup> ausfällt. (*Wuermeling: Es gibt die Listen!*)

---

40 Die CDU verzichtete zugunsten von Johannes Brockmann auf einen Kandidaten im Wahlkreis 87 (Oberhausen), so daß durch seine Direktwahl in den Bundestag dem Zentrum die Überwindung der Sperrklausel gelang. Martin Heix wurde auf den zweiten Platz der nordrhein-westfälischen Landesliste des Zentrums gesetzt; nach seinem Eintritt in den Bundestag wechselte er sofort wieder zur CDU/CSU-Fraktion (vgl. DATENHANDBUCH S. 107). – Martin Heix (1903–1977), 1933 Stadtverordneter in Oberhausen (Zentrum), Mitgründer und Kreisvorsitzender der CDU Oberhausen, nach 1946 Stadtverordneter in Oberhausen (1951 Fraktionsvorsitzender), 1946–1948 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948 Oberbürgermeister von Oberhausen, 1949–1965 MdB.

Ich glaube, daß an einzelnen Persönlichkeiten – egal wie sie heißen – dieses Problem nicht scheitern darf. Ich kann nicht beurteilen, ob man dem Landesverband Westfalen zumuten kann, einen Wahlkreis an das Zentrum abzugeben. Wir werden bei der Aufstellung der Kandidaten den Mut aufbringen müssen, einzelnen Leuten persönlich weh zu tun. Das ist mir ganz klar. Ich bin bereit, mich in Nordrhein dafür einzusetzen. Den Mut müssen wir haben. Ich habe bereits einem Kandidaten gesagt: Ich halte dich nicht für fähig, diesen Posten auszuführen.

Ich habe eine Bitte, Herr Bundeskanzler, wenn die Verhandlungen mit dem Zentrum weitergeführt werden. Man hat den Herrn Reismann als Delegierten gewählt. Ich halte es für unbedingt erforderlich, daß der Kanzler ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Bundespartei, Herrn Brockmann, führt. Herr Brockmann ist der CDU durchaus zugeneigt, so daß das Gespräch durchaus Aussicht auf Erfolg haben wird.

*Wuermeling:* Wir haben Herrn Reismann nicht ausgesucht!

*Adenauer:* Ein Wort zu den letzten Ausführungen. Herr Brockmann hat mir mitteilen lassen, daß er mich gern zu sprechen wünscht. Ich habe ihm geantwortet, vor dieser Sitzung des Parteivorstandes bedauerte ich es, ihn nicht sprechen zu können. Ich wollte in einer solch delikaten Frage – das werden Sie verstehen, weil es sich speziell um die Interessen von Nordrhein-Westfalen handelt – nicht in den Verdacht kommen, daß ich irgendwie eingegriffen hätte. Ich bin aber, je nachdem, wie sich heute die Waagschale neigt, selbstverständlich bereit, sofort nach Pfingsten Herrn Brockmann zu mir zu bitten. Das können Sie ihm sagen.

*Arnold:* Ich kann nicht mehr versprechen als das, was Herr Johnen gesagt hat. Die 5%-Klausel ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß es gelingt, eine tragbare Vereinbarung zu erzielen. Mir scheinen die Voraussetzungen dazu gegeben zu sein. Wenn eine solche Vereinbarung nicht zustande kommt oder wenn die CDU sie nicht haben will, dann tritt allerdings in Erscheinung, daß die 5%-Klausel vom Zentrum aus nie angenommen werden kann.

Es wird mit Recht darauf hingewiesen: Es geht nicht, daß eine Landesregierung eine solche 5%-Klausel im Bundesrat sanktioniert, ohne eine Koalition unmöglich zu machen. Denn dann tritt das ein, was Herr Johnen mit Recht gesagt hat, dann fliegt die Koalition auf. Man ist sich im Lande Nordrhein-Westfalen absolut darüber klar, daß die jetzige Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode durchgezogen werden muß, weil es eine andere Regelung einfach nicht gibt und im Interesse der CDU auch nicht geben kann. Deshalb hat unsere ganze Arbeit darauf abgezielt, diese Vereinbarung zu erreichen.

Sie dürfen auch folgendes nicht übersehen: Mit dieser Koalition CDU-Zentrum in Nordrhein-Westfalen ist ja nun doch einiges geleistet worden. Es sind mit dieser Koalition verabschiedet worden das Schulgesetz<sup>41</sup>, das ein erstrangiges Anliegen des

---

41 Erstes Gesetz zur Ordnung des Schulwesens im Lande Nordrhein-Westfalen vom 8. April 1952 (GV NW 1952 S. 61); vgl. BUCHHAAS: Gesetzgebung.

ganzen Landes gewesen ist, dann die Landschaftsverbandsordnung<sup>42</sup>, d.h. die über-kommunale Selbstverantwortung, was insbesondere für Westfalen schon ein Anliegen seit Jahren gewesen ist. Ich glaube, daß dieses Gesetz sich sehr fruchtbar aus-wirken wird. Schließlich ist durch diese Koalition möglich geworden – und das ist von besonderer Bedeutung –, im Kabinett zum EVG-Vertrag und zum Deutschland-Vertrag eine übereinstimmende Feststellung zu erhalten, obwohl der Bundespartei-tag des Zentrums beschlossen hat: Diese Verträge lehnen wir ab.<sup>43</sup> Zu einer solchen Ablehnung ist es im Kabinett nie gekommen.

Ich glaube, es wäre wirklich politisch klug, diese Koalition zu erhalten und alles zu tun, um keine Schwierigkeiten entstehen zu lassen.

Mein verehrter Freund Lensing hat gesagt, die Kirchen machten Schwierigkei-ten. Die Kirchen täuschen sich, wenn sie dieser Meinung Ausdruck geben. Das Zentrum wird nach den Bundestagswahlen vorhanden sein und eine politische, wenn auch nicht große, wesentliche Realität darstellen. Übersehen Sie bitte nicht den anderen Umstand, daß sowohl in Westfalen wie auch in Nordrhein eine ganze Reihe von führenden Geistlichen auch heute noch zum Zentrum stehen. Ich weiß nicht, warum wir uns in diese gefährliche Situation hineinbegeben sollen.

Die einzige Lösung, die wir überhaupt anstreben können, besteht in dem, was Herr Globke vorgetragen hat; wir müssen den Versuch machen, mit dem Zentrum zu einer Verständigung zu kommen, damit die Schwierigkeiten ausgeräumt werden. Wenn das nicht geschieht, leisten wir uns gemeinsam einen sehr schlechten Dienst.

*Adenauer:* Herr Lensing, ich habe die Tragödie mit dem Zentrum selbst jahre-lang mitgemacht, und ich verstehe durchaus, daß gerade in Westfalen, insbesondere in Münster und Umgegend, Schwierigkeiten zu überwinden sind. Aber wir haben uns bisher doch wirklich viel Mühe gegeben, gerade in Nordrhein-Westfalen das Zentrum auf irgendeine Weise an unsere Seite zu bringen mit dem Ziel, letzten Endes das Zentrum dadurch zum Verschwinden zu bringen.<sup>44</sup>

Wenn nun die Bundestagsabgeordneten des Zentrums im neuen Bundestag Hos-pitanten der CDU/CSU-Fraktion werden, dann ist doch damit schon ein sehr großer Schritt nach vorn gemacht. Wir sollten das Zentrum nicht einfach k.o. schlagen, sondern es zu gewinnen versuchen für unsere gemeinsame Politik. Ich muß geste-hen, daß ich es immer, auch von einem anderen Standpunkt aus, als sehr betrübend empfunden habe, daß zwei Parteien, die auf christlichem Boden stehen, sich so gegeneinander bekämpfen. Ich habe mich in der ganzen Frage, wie Sie eben gehört haben, absolut zurückgehalten; ich wollte zunächst von Ihnen, Herr Johnen und

42 Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1953 (GV NW 1953 S. 272).

43 Der Bundesparteitag des Zentrums hatte am 7./8. März 1953 in Köln stattgefunden (vgl. UiD vom 11. März 1953; „Kölner Rundschau“ vom 9. März 1953: „Parteitag ohne Über-raschungen“).

44 Zahlreiche Belege für Adenauers Haltung gegenüber der Deutschen Zentrumspartei in ADENAUER: Briefe; vgl. auch Korrespondenzen und Artikel in ACDP VII-004-194.

Herr Arnold, hören, was Sie davon hielten. Daher meine ich, Herr Lensing, sollten Sie doch versuchen, unsere westfälischen Parteifreunde dahinzubringen, daß sie sich – ich will nicht sagen freudig, aber auch nicht knurrend – fügen und die Sache aus höheren Gesichtspunkten heraus tolerieren und keine Geschichten dagegen machen.

Sie hören ja, daß Ihnen nicht zugemutet wird, einem Zentrumsmann einen Wahlkreis zur Verfügung zu stellen. Ich kann mir vorstellen, daß das bei uns Rheinländern etwas leichter geht als bei den Westfalen. Was Herrn Heix angeht, so muß – da wir mit Hilfe des Zentrums eine Reihe von Wahlkreisen mehr bekommen – für ihn irgendwie gesorgt werden.

Resümieren wir, Herr Lensing! Ihnen wird das Opfer nicht zugemutet, aber Ihnen wird zugemutet – das gilt wohl auch für die Beratungen innerhalb Ihrer Partei und für die Aussprache, die sicher kommen wird in der Landtagsfraktion –, daß Sie keine erheblichen Leibscherzen darüber zeigen, sondern daß Sie sich fügen und tolerieren.

*Lensing:* Herr Bundeskanzler! Ich möchte zunächst eines richtigstellen. Ich bin offenbar vom Herrn Ministerpräsidenten Arnold mißverstanden worden. Ich habe nicht gesagt, die Kirchen würden Schwierigkeiten machen bei der Aufhebung der 5%-Klausel, sondern die Dinge liegen umgekehrt, weil die Kirchen [...] (*Tillmanns*: Wen meinen Sie damit?) Die katholische Kirche der beiden Erzdiözesen in Westfalen. Ich kann mir vorstellen, sehr verehrter Herr Tillmanns, daß der Kirchenpräses in Westfalen nicht begeistert sein würde, wenn man den Vorschlägen, die hier gemacht werden, zustimmt. Die Vertreter der beiden Diözesen, mit denen ich verhandelt habe, haben mir nicht gesagt, sie würden Schwierigkeiten machen, sondern sie haben gesagt: Weil die 5%-Klausel im Hintergrund steht, würden sie es für unverantwortlich halten, wenn solch große Massen von Wählern verlorengingen. Deshalb wären sie für die endgültige Bereinigung des Verhältnisses zwischen CDU und Zentrum.

Die Dinge, die hier vom Herrn Ministerpräsidenten und von Herrn Johnen vorgetragen worden sind, sind letzten Endes vorgetragen worden aus dem Gesichtspunkt der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen. Ich kann Ihnen das eine sagen: Soweit ich die westfälischen Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtages gesprochen habe, sind sie absolut der Auffassung, daß bei dieser Bundestagswahl die Bereinigung dieser Geschichte Zentrum-CDU angeschnitten werden muß.

Es wird keine Möglichkeit sein in Westfalen, das Zentrum niederzuringen. In Lüdinghausen ist bei der Nachwahl das Zentrum verschwunden<sup>45</sup>, aber an dieser

---

45 Die Nachwahl in Lüdinghausen fand am 12. April 1953 statt. Sie war nötig geworden nach dem Tod von Wilhelm Deist. Gewählt wurde Bernhard Spetsmann (CDU) mit 31.496 Stimmen (letzte Wahl 30.845); auf die SPD entfielen 10.633 (16.181), auf die KPD 1.157 (2.327). Zentrum und FDP hatten keine Kandidaten aufgestellt (vgl. „Ruhr-Nachrichten“ vom 13. April 1953).

Auseinandersetzung kommen wir nicht vorbei. Ich habe nicht gesagt, ich will dieses und jenes tun, sondern ich habe gesagt, eine Entscheidung überschreitet meine Kompetenz; ich werde mich aber rechtzeitig mit meinem Landesvorstand besprechen und dann eine Entscheidung möglichst bald herbeiführen.

*Adenauer:* Können wir jetzt dieses Thema verlassen? Es ist eine weitgehende Annäherung erfolgt. Sie wird noch weiter erfolgen, wenn man sich die Dinge in aller Ruhe überlegt. Ich glaube, daß dieser Weg ein guter Weg ist, auch für die nächsten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, die von sehr großer Bedeutung sind. (*Arnold:* Die wir nächstes Jahr schon haben!<sup>46</sup>)

Es ist gar kein Zweifel, Herr Lensing, wenn die Leute vom Zentrum einmal Hospitanten der CDU/CSU-Fraktion eine gewisse Zeit gewesen sind, daß sich diese Dinge von selbst ergeben werden, die wir jetzt auf Anhieb nicht lösen können. Mein Wunsch war der, daß nicht ein Gegensatz besteht zwischen der rheinischen Partei bzw. dem Ministerpräsidenten Arnold als Chef der Landesregierung und der westfälischen Partei.

*Kaiser:* Ich würde bitten, daß einer unserer evangelischen Freunde zu dieser wichtigen Sache einige Worte spricht.

*Wehking:* Wir sind in Westfalen stärker als die Katholiken. Wenn hier so sehr die Landespolitik herausgestellt worden ist, dann muß ich feststellen, daß das, was erreicht worden ist, auf Kosten der evangelischen Wähler in der CDU Nordrhein-Westfalens gegangen ist. (*Widerspruch.* – *Arnold:* Inwieweit?) Weil wir das ganz deutlich bei den Kommunalwahlen festgestellt haben. In dem evangelischen Raum Ravensberg ist die CDU praktisch erledigt, und die Wähler wandern ab.<sup>47</sup> Die CDU muß sich entscheiden, ob sie das Zentrum retten will oder ob sie die Union – der evangelische Teil in den wichtigsten Landesteilen und der wichtigsten Landespartei – in Westfalen retten will. (*Erneuter Widerspruch und Unruhe.* *Zurufe:* Eine merkwürdige Auslegung. – *Wuermeling:* Was tun denn die Wähler bei der Stichwahl? – *Weiterer Zuruf:* Die haben abgenommen!) Das ist der Schwindel, der hier verkündet worden ist! (*Anhaltender Widerspruch und Unruhe!*)

*Adenauer:* Das ist der Schwindel, der hier verkündet worden ist! Bis jetzt ist gar nichts hier an Schwindel verkündet worden!

*Wehking:* Hier nicht! (*Anhaltende Unruhe.*)

*Johnen:* Darf ich mal eingreifen! Herr Wehking sieht das falsch. In seiner Heimat spielt das Zentrum keine Rolle. Natürlich wird von der FDP und der SPD verkündet: Die CDU ist eine katholische Partei. Sie finden damit einen fruchtbaren

46 Die Wahlen zum nordrhein-westfälischen Landtag fanden am 27. Juni 1954 statt (vgl. KAACK S. 228).

47 Die Kommunalwahl vom 9. November 1952 hatte der CDU in Minden, dem Wahlkreis Wehkings, eine Einbuße von 7,9 % erbracht, in Lemgo von 8,6 %, in Lübbecke sogar von 12,1 % bei erheblichen Gewinnen der FDP (vgl. Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vom 9. November 1952, Hrsg. Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen 1953).

Boden gegen die CDU. Die Schwierigkeiten scheinen mehr in der Struktur der dortigen Bevölkerung zu liegen, die entweder zur FDP oder zur SPD neigt.

*Tillmanns:* Ich weiß nicht, ob es notwendig ist, in diesem Zusammenhang das Problem in extenso zu behandeln. Wenn wir die Situation unter dem Gesichtspunkt der Bundespolitik sehen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß im kommenden Wahlkampf die Parole „Die CDU ist eine katholische Partei“ eine große Rolle spielen wird. (*Arnold:* Das ist sie aber nicht!) Das ist eine Frage für sich. (*Arnold:* Das ist eine entscheidende Frage!) Ich stelle ja nur fest, daß die Parole angewendet wird. (*Arnold:* Das ist aber eine falsche Parole!) Ja, wir müssen darlegen, daß diese Parole falsch ist. Das ist unsere Aufgabe. Ich würde in einer Listenverbindung mit dem Zentrum noch keine Bestätigung dieser Parole erblicken. Da die CDU beabsichtigt, eine Listenverbindung auch mit der FDP und der DP zu treffen, kann eine gleiche Maßnahme mit dem Zentrum nicht als eine Parole angesehen werden. Insofern würde ich gegen eine reine Listenverbindung mit dem Zentrum keinerlei Bedenken haben, wenn dadurch dieses Wahlgesetz gesichert werden kann.

Eine andere Frage ist, in welcher Art und Weise das geschieht. Wenn z.B. über eine reine Listenverbindung hinausgegangen wird und man garantiert dem Zentrum einen Wahlkreis, dann müssen wir uns darüber klar sein, was das in dem betreffenden Wahlkreis zur Folge hat. Sie können den evangelischen CDU-Wählern in dem betreffenden Wahlkreis nicht zumuten, den Zentrums-Kandidaten zu wählen. Das wird unmöglich sein. Das müssen wir uns also überlegen. Das wirkt sich auch auf die benachbarten Wahlkreise aus. Unsere Gegner werden es nicht versäumen, aus dieser Sache den Versuch zu machen, sich politische Vorteile zu verschaffen.

Herr Globke hat ausgeführt, daß sich hinsichtlich der 5%-Klausel verfassungsrechtliche Schwierigkeiten ergeben könnten. Ich wäre dankbar, wenn es gelänge, eine Verabredung mit dem Zentrum und der Bayernpartei zu treffen, die etwas anders lautet als das, was jetzt im Wahlrechtsausschuß angenommen worden ist.<sup>48</sup>

Im übrigen sollten wir bei nächster Gelegenheit – ich nehme an, daß wir bald wieder eine Vorstandssitzung haben – eine Aussprache über das Problem „Die CDU – eine interkonfessionelle Partei“ herbeiführen.

*Adenauer:* Es sind zum Wort gemeldet: Bach, Dichtel – ich weiß, was er fragen will – und Johnen. Können wir nicht die Frage des Zentrums in Nordrhein-Westfalen mit den Ausführungen von Herrn Tillmanns beenden? (*Johnen:* Die Frage der Listenverbindung!) Dazu kommen wir noch!

*Dichtel:* Wir haben das Zentrum bei der vorigen Landtagswahl zum ersten Mal erlebt. Das Ergebnis war, daß ein Wahlkreis nachweislich verlorengegangen ist; bei

48 Der Wahlrechtsausschuß hatte am 18. Mai 1953 den § 9 Abs. 3 des Regierungsentwurfs, der lautete: „Bei Verteilung der Sitze auf die Bundeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens in einem Wahlkreis einen Sitz errungen oder 5 von hundert der im Bundesgebiet abgegebenen gültigen Hauptstimmen erhalten haben“, ergänzt um den Satz: „Dabei gelten Parteien, die ihre Bundesliste miteinander verbunden haben (§ 10), als eine Partei“. Vgl. LANGE S. 545.

einem zweiten ist es nicht sicher.<sup>49</sup> Ich habe eine Verhandlung mit dem verantwortlichen Mann geführt. Es ist der Prälat Föhr<sup>50</sup>, der offiziell der Kirche treu ist, aber inoffiziell seinen Leuten etwas vorschreibt. Der Mann bemüht sich, die Dinge in Südbaden nach Nordbaden und Württemberg voranzutreiben.

Wir haben in Südbaden den eigenartigen Umstand, daß ein Prälat der katholischen Kirche seinen eigenen Erzbischof wegen bestimmter Dinge verklagt hat. Das ist Tatsache! Diese Tatsache hat ungeheuer ernüchternd auf den Erzbischof gewirkt. Seine Stimmung ist für das Zentrum nicht sehr gut. Wir haben darüber gesprochen, daß irgendeine Form gesucht werden soll, die Schwierigkeiten zu lindern. Das Zentrum wünscht die Führung des Prozesses, den wir übernehmen sollen. Ich werde mich schwer hüten, wegen der Gewinnung einiger neuer Freunde meine alten Freunde mit dem Holzhammer zu bearbeiten.

Wir würden es lebhaft begrüßen, wenn man irgendeine Form mit dem Zentrum fände, daß bei uns nicht überall Kandidaten aufgestellt werden. Wir haben einen Wahlkreis, wo das Zentrum 3000 Stimmen geholt hat. Deswegen unsere Bitte: Versuchen Sie darüber eine Verständigung herbeizuführen, daß das Zentrum in gefährdeten Gebieten keinen Mann aufstellt.

*Johnen:* Ich habe die herzliche Bitte an Herrn Lensing: Fassen Sie auf Ihrem Parteitag keinen Beschuß, ehe wir nicht genau wissen, was los ist. Wenn Sie einen Beschuß fassen, ist es bekanntlich außerordentlich schwer, ihn rückgängig zu machen, insbesondere dann, wenn man Westfale ist.

*Adenauer:* Lassen Sie mich rechtfertigen, warum ich diese Sache so vorweg habe diskutieren lassen. Der Grund ist der, weil wir innerhalb unserer eigenen Partei verschiedene Auffassungen gerade über dieses Problem hatten. Das wollte ich zunächst ausgemerzt haben. Ich möchte bitten, daß wir jetzt eine Pause machen.

(Pause von 13.15 Uhr bis 14.15 Uhr)

*Kaiser:* Der Kanzler hat anrufen lassen, daß er so schnell wie möglich herunterkommt. Wir möchten schon beginnen. Ich würde vorschlagen, jetzt unter dem Kennwort „Listenverbindung“ eine Aussprache zu führen. Darf ich Sie, Herr Globke, bitten, daß Sie ordnend eingreifen. Wir müssen zu einer klaren Vorstellung darüber kommen, was Listenverbindung heißt.

*Johnen:* Es muß dargestellt werden, ob eine Listenverbindung auf Bundesebene oder auf Landesebene erfolgt. (*Globke:* Nach den bisherigen Verhandlungen auf Bundesebene!)

49 Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. September 1952 gewann das Zentrum in Müllheim und Lörrach die Stimmen, die die CDU zum Sieg über die SPD benötigt hätte. Vgl. WEINACHT IN CDU IN BADEN-WÜRTTEMBERG S. 196.

50 Dr. Ernst Föhr (1892–1976), Päpstlicher Hausprälat, 1921–1933 MdL (Zentrum), 1928–1933 MdR, 1931–1933 Partei- und Fraktionsvorsitzender des badischen Zentrums, 1933–1943 Pfarrer in Sölden, 1943–1958 von St. Johann in Freiburg, 1958–1968 Generalvikar, 1945–1946 Mitglied der BCSV, 1951 Wiedergründung des Zentrums. Vgl. M. PLATE: E. Föhr. In: Anzeiger f. d. kath. Geistlichkeit 86 (Januar 1977) S. 18–20; Nekrolog in: Freiburger Diözesan-Archiv 102 (1982) S. 139–148.

In Nordrhein-Westfalen ist z.Z. eine Listenverbindung mit der FDP insofern schwierig, als mancher Wähler in einen großen Gewissenskonflikt käme, ob er seine Stimme der FDP geben soll. (*Zuruf: Braucht er nicht! – Kaiser: Die erste Stimme! – Tillmanns: Nur bei der Stichwahl!*) Es werden erhebliche Gewissenskonflikte entstehen.

*Kaiser:* Das muß klargestellt werden, damit wir wissen, was in bezug auf die Wahl gedacht ist.

*Müller:* Wenn die zweite Stimme nicht abgegeben wird, wirkt sich das nachteilig aus?

*Globke:* Gar nicht! Jeder Wähler hat zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme wählt er in seinem Wahlkreis einen bestimmten Kandidaten. Die zweite Stimme gibt er in der Verhältniswahl für die Liste seiner Partei ab. Das hat mit der alten Hilfsstimme nichts zu tun.

*Tillmanns:* Die Listenverbindung hat lediglich die Wirkung, daß diejenigen Parteien, die ihre Listen miteinander verbinden, nachher bei der Verteilung der Mandate nach dem internen Proporz die Verrechnung vornehmen. (*Albers:* Das ist die Rechtsfrage!)

Die Frage der Stichwahl ist von der Listenverbindung unabhängig. Es kommen in die Stichwahl die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen, und die Wählerschaft hat die Freiheit, einen der beiden Kandidaten zu wählen. Insofern ist die Listenverbindung nicht eine Angelegenheit, die nachher den Wähler in Konflikt bringen könnte.

*Arnold:* Welche Auswirkung ist bei der Listenverbindung auf der Bundesebene gegeben?

*Tillmanns:* Daß diejenigen Parteien, die die Listenverbindung vereinbart haben, ihre Mandate nachher insgesamt unter sich nach dem internen Proporz verteilen, d.h. wenn die CDU in der direkten Wahl mehr Mandate bekommen hat, als ihr nach dem reinen Proporz aller Stimmen zukommen würden, muß sie die Mandate an die Parteien abgeben, die weniger bekommen haben. Das wird in der Praxis dahin führen – Herr Scharnberg wird mir zustimmen –, daß die CDU Stimmen abgibt, aber nur von solchen Mandaten, die sie in der Stichwahl mit Hilfe der anderen Parteien bekommen hat.

Der interne Proporz ist nichts anderes als ein gewisses Entgelt für die Parteien, die uns in der Stichwahl wählen, wodurch wir mehr Stimmen bekommen als uns zustehen.

*Kaiser:* Das setzt voraus, daß wir zu dem System der Wahl mit Stichwahl kommen.

*Tillmanns:* Wenn die FDP und die DP bei der Stichwahl uns nicht wählen, dann wird das zu ihrem Schaden sein; denn dann bekommen wir nicht mehr Mandate, und infolgedessen brauchen wir nichts an sie abzugeben.

*Müller:* Wie ist es mit der Anrechnung der Stimme bei der Stichwahl? In einer Stichwahl stehen sich gegenüber ein FDP- und ein SPD-Kandidat. Die CDU-Wähler

sind aufgefordert, den FDP-Kandidaten zu wählen. Bekommt dann die CDU in diesem Falle auch etwas?

*Tillmanns:* Das entscheidet nur der erste Wahlgang. Die Stimmen der Stichwahl haben nichts zu tun mit der Berechnung auf der Liste.

*Scharnberg:* Es ist vielleicht wichtig, etwas darüber zu sagen, wie es zu dieser Erfindung des internen Proporzes gekommen ist. Wir hatten den Wunsch, ein Mehrheitswahlrecht in möglichst weitem Maße durchzusetzen. Das Mehrheitswahlrecht hat die Auswirkung, daß es die großen Parteien begünstigt und die kleinen benachteiligt. Es war aber nur mit Hilfe der SPD möglich, dieses Mehrheitswahlrecht durchzusetzen. Die SPD war aber dazu nicht bereit. Sie hat ihre strategische Linie, alles, was rechts von ihr ist, unter dem Motto *divide et impera* durcheinanderzubringen.

Die Listenverbindung ist im Grunde genommen nichts anderes als das, was wir schon im alten Wahlrecht hatten, nur daß dabei die Listenverbindung über alles ging. Es wird genauso verrechnet unter den listenmäßig miteinander verbundenen Parteien, wie es im alten Wahlrecht und im jetzigen SPD-Entwurf vorgesehen ist.

Es ist nicht richtig, wenn man sagt: Die CDU gibt etwas ab in der Listenverbindung. Tillmanns hat mit Recht gesagt, sie gibt nur wieder etwas zurück, was sie durch die Mehrheitswahl bekommen. In der Mehrheitswahl fallen uns als große Partei die Mandate zu infolge der Wahlhilfe, die uns unsere Vertragspartner geben. Wenn jemand behauptet, der interne Proporz sei verfassungswidrig, so ist das einfach eine Viecherei; denn es ist nichts anderes als eine interne Verrechnung unter den Parteien, die das miteinander verabredet haben, und zwar in der gleichen Weise, wie es beim letzten Bundestagswahlgesetz der Fall war. Was daran verfassungsmäßig zu beanstanden ist, weiß ich nicht, wenn man nicht unterstellen muß, daß das Verfassungsgericht die Sache nicht aus richterlichen, sondern aus politischen Gesichtspunkten entscheidet.

*Wuermeling:* Ich möchte eine Klarstellung geben, weil ein Mißverständnis obwaltet. Die Hilfsstimme von früher und die zweite Stimme von jetzt sind zwei Dinge, die überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Die frühere Hilfsstimme, die die spätere Stichwahl mehr oder weniger vorwegnehmen sollte, ist jetzt gefallen, und an deren Stelle ist die Stichwahl nach der absoluten Mehrheit getreten.

Wenn Wahlhilfe von anderen Parteien bei der Stichwahl geleistet wird, dann wirkt sich das dahin aus, daß das Mehr, was wir als große Partei durch diese Hilfe bekommen, über die Bundesliste den Helfenden wieder zugute kommt. Unsere Wähler sind nirgends genötigt, irgendeine Stimme für die FDP abzugeben, zumal nicht in Nordrhein-Westfalen. Deswegen ist die Frage des inneren Konfliktes für unsere christlichen Leute in Nordrhein-Westfalen nicht mehr akut; denn wenn sie wissen, daß sie in der Auswirkung ihrer Stimme nur für die CDU arbeiten und daß ein Verrechnungssystem dafür sorgt, daß die anderen ihre Wahlhilfe irgendwie ausgeglichen bekommen, dann ist das keinerlei Gewissensbelastung für sie.

Wir stehen vor folgender Alternative: Wenn wir dieses Wahlrecht, das zu 50 %

Mehrheitswahlrecht ist – mit seinem Kampf gegen die Splitterparteien, mit der Unterdrückung der radikalen Rechten und Linken usw. –, wünschen, dann müssen wir dafür eine Mehrheit haben im Bundestag. Die SPD gibt sie uns nicht. Die FDP und DP können sie nicht konzedieren, wenn sie nicht ihre Halbierung irgendwie ausgeglichen bekommen, die sie erleben würden, wenn der interne Proporz nicht wäre. DP und FDP fielen bei diesem Mehrheitswahlrecht, wenn sie allein marschieren müßten ohne Listenverbindung, im wesentlichen hinten herunter. Man kann praktisch nicht von ihnen erwarten, daß sie dieses Harakiri selbst mitmachen.

Es entsteht nun die Frage: Ist die politische Belastung, die lediglich die Tatsache der Listenverbindung mit der FDP in gewissen Landesteilen mit sich bringt, so schwer, daß wir alle die Vorteile des Mehrheitswahlrechts dafür opfern sollen, um dann letzten Endes auf dem Ergebnis des alten Bundestagswahlgesetzes zu landen? Da bin ich der Auffassung, daß wir aus staatspolitischen, parteipolitischen und koalitionspolitischen Gründen die Listenverbindung in Kauf nehmen müssen. Staatspolitisch – und das ist für mich die Hauptsache – bestehen zu große Gefahren bei der Aufrechterhaltung des Verhältniswahlrechts. Dann bekommen wir einen Bundestag, der nicht arbeitsfähig ist. Ich erinnere an Weimar und auch daran, daß jetzt Mayer mit diesem Verhältniswahlrecht wieder mal gestürzt ist.<sup>51</sup>

Wir haben die Verpflichtung, der demokratisch-parlamentarischen Ordnung einen dauernden Bestand zu verschaffen. Wir können das Mehrheitswahlrecht zwar nur zu 50 % fundieren, aber immerhin 50 %.

*Kaiser:* Ich glaube, jetzt ist die Sache klar genug. Es ist nur die Frage, dürfen wir christlichen Demokraten diesen Weg gehen für das ganze Bundesgebiet. Kann das für das ganze Bundesgebiet vor dem Bewußtsein unseres Volkes bekanntgegeben werden, daß wir in einer großen Wahlrede mit den beiden Koalitionspartnern und dem, was sich dazu findet, diese Listenverbindungen eingehen.

Was mir Sorge macht mit dem Blick auf breiteste Kreise unserer Wähler ist folgendes: Man wird sagen, das ganze bürgerliche Volk vereinigt sich gegen die Arbeiterschaft. (*Wuermeling:* Wenn das Zentrum dabei ist, sieht es besser aus.) Mit diesem Kennwort wird die Sozialdemokratie vorgehen. Ich war immer der Auffassung, in dem einen oder anderen Landesteil kann die Verbindung durchgeführt werden, aber insgesamt schließt das eine ganz große Verantwortung ein. Wir müssen uns daher Rechenschaft darüber ablegen, ehe wir uns dazu entschließen.

*Dichtel:* Kommt diese Listenverbindung nur auf der Bundesebene in Frage, oder ist eine Möglichkeit gegeben, daß auch in einzelnen Ländern oder Gebieten davon abgewichen werden kann? (*Wuermeling:* Technisch schon, aber politisch undurchführbar!)

---

51 Die Regierung René Mayer stürzte am 21. Mai 1953 über die von ihr verlangten Sondervollmachten im Rahmen des Finanzierungsgesetzes zur Bekämpfung der Inflation (vgl. AdG 1953 S. 3989, 4004).

Wenn eine Listenverbindung mit der FDP auf Bundesebene erfolgt, dann ist das für uns in Süddeutschland äußerst schwer.

*Lehr:* Verfassungsrechtlich gesehen hat der Scharnberg-Entwurf das Bundesverfassungsgericht nicht zu scheuen. Wesentlich ist für die Beurteilung, daß ein kombiniertes System in seinen beiden Arten folgerichtig für jede Art durchgeführt wird. Das ist hier der Fall. Sowohl die Mehrheitswahl mit dem Stichentscheid als auch das Proporzsystem ist einwandfrei.

Der interne Proporz ist lediglich ein Verrechnungselement. Die kombinierte Liste gilt – verfassungsrechtlich gesehen – als eine Partei; infolgedessen ist die Unterverteilung anzusehen, als ob sie innerhalb einer Partei erfolge. Wir können deshalb diesen Entwurf getrost der Anfechtungsklage der SPD entgegenhalten. Zu der Frage der Stimmenverrechnung möchte ich mich hier nicht äußern, sondern nur kurz sagen, daß dieser Entwurf aller menschlichen Voraussicht nach 40 bis 50 Mandate mehr erbringt, während das Verhältniswahlrecht unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Nachwahlen und der Landtagswahlen zweifellos die SPD an die Spitze bringen wird.

Endlich ist noch zu sagen, daß das relative Mehrheitswahlrecht etwa 40 % Mandatseinbußen bringen wird.

*Kiesinger:* Gegen die Darlegungen von Minister Lehr möchte ich Bedenken anmelden. Man sollte sich schon auf den möglichen Standpunkt des Bundesverfassungsgerichts stellen. Da wäre gerade die Formulierung, die Herr Dr. Lehr gebraucht hat, nach meiner Kenntnis der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die, aus der das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit herleiten würde, und zwar aus seiner bekannten Haltung heraus, daß wir nicht in einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie leben, sondern in einem sogenannten Parteienstaat, bei welchem eine Verwischung der Parteien durch die Listenverbindung zu einer Partei eben verfassungswidrig sei. Es müßte das parteiliche Herkommen klar dargelegt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat zwar die letzten Konsequenzen daraus noch nicht gezogen, aber im SRP-Prozeß hat es dies getan und auch in dem schleswig-holsteinischen Urteil.<sup>52</sup> Der Bundesverfassungsrichter Professor Leibholz<sup>53</sup> war hier schon der Meinung, daß ein solches System nicht ginge. Ich möchte daher einmal die Auffassung der Juristen zu diesen Dingen hören, damit wir hier nicht Gefahr laufen, sonst würden wir ein riesengroßes Risiko eingehen. Bis jetzt ist nur gesagt worden, daß man die Sache juristisch für stichhaltig hält, aber ich habe nie eine

52 Vgl. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 1952 betreffend Feststellung der Verfassungswidrigkeit der SRP, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Tübingen 1952; vgl. dazu auch LANGE S. 425–431. – Zum Urteil über das Landeswahlgesetz von Schleswig-Holstein vgl. Anm. 55.

53 Dr. Gerhard Leibholz (1901–1982), 1929–1935 Professor an den Universitäten Greifswald und Göttingen, 1947–1970 an der Universität Göttingen, 1951–1971 Richter am BVerfG. – Zu dem hier berührten Problemkreis vgl. LANGE S. 444–453.

Auseinandersetzung mit den Gedankengängen des Bundesverfassungsgerichts selbst und den Gedanken, wie sie Professor Leibholz ausgeführt hat, gehört.

*Dobelmann*<sup>54</sup>: Wenn wir in Niedersachsen eine Listenverbindung mit den übrigen Parteien eingingen, würde die Sache so aussehen, daß von 34 Wahlkreisen in der direkten Wahl die SPD nur drei bekäme, während sie, wenn wir keine Listenverbindung eingingen, rund 20 bekäme. Mit einem Wort: Wenn wir die Listenverbindung eingehen, wird die SPD eine ganz erhebliche Einbuße erleiden.

*Süsterhenn*: Ich möchte den Bedenken, die Kiesinger geäußert hat, durchaus zustimmen. Als Herr Globke die Dinge uns vorgetragen hat, hatte ich keine ganz klare Vorstellung, ob er eigentlich für oder gegen den Scharnberg-Entwurf gesprochen hat. Ich habe ihn nachher gefragt, und er hat mir bestätigt, daß er dafür gesprochen habe. Es bleiben immerhin Bedenken hinsichtlich der Schwierigkeiten, die auftauchen könnten. Und in diese Wunde hat Kiesinger den Finger gelegt. Wenn wir in absehbarer Zeit zu einem Gesetz entsprechend dem Vorschlag von Scharnberg kommen, dann aber mit ziemlicher Sicherheit eine Verfassungsklage zu erwarten haben, deren Ausgang zumindest nicht als ganz sicher bezeichnet wird, dann wird doch eine ungeheure Unsicherheit in unsere ganze Parteiorganisation hineingetragen. Insbesondere wird es dann auch außerordentlich schwer sein, in den einzelnen Wahlkreisen die personellen Entscheidungen zu treffen, wenn man überhaupt noch nicht weiß, wie die Dinge nun verfassungsrechtlich gestaltet werden. Das ist jedenfalls ein Bedenken, was sehr ernst gesehen werden muß.

Ich möchte ein Wort an das anknüpfen, was der Herr Bundeskanzler eingangs seiner Ausführungen zum Wahlrecht gesprochen hat, wo er sinngemäß sagte: Kein Festlegen der Koalition vor den Wahlen, oder vielleicht hat er abgeschwächt gesagt, man soll über die nach den Wahlen zu schließende Koalition vor den Wahlen nicht zuviel sprechen. Ich glaube, gegen diesen Grundsatz verstößt man mit der Annahme des Wahlsystems Scharnberg; denn damit wird nicht nur die Koalition festgelegt, sondern auch – wie Herr Dr. Lehr gesagt hat – wahlrechtlich sozusagen schon vor den Wahlen eine einzige Partei geschaffen. Das ist eine Entscheidung, die zumindest klar gesehen und getroffen werden muß.

Man kann sich aus staatspolitischen Gründen für diese Entscheidung im Sinne einer vorherigen Festlegung auf die jetzige Regierungskoalition aussprechen, aber wenn ich diese Entscheidung hier treffen soll, dann muß diese Alternative zumindest ganz klargestellt und gesehen sein, und wir müssen wissen, welche Entscheidung wir letzten Endes inhaltlich treffen.

Wenn der Herr Bundeskanzler die verlockende und staatspolitisch verantwortungsvolle Aufgabe der Opposition geschildert hat, so stimmen wir hier in diesem Kreise ihm alle zu, aber ob diese Ausführungen auf die SPD besonders werbewirksam sein werden, das erscheint mir mindestens zweifelhaft. Wenn man die Dinge

---

54 August Dobelmann (1876–1963), 1952–1960 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oldenburg.

etwas realistisch betrachtet, ist es heute so – das können z.B. unsere Freunde aus Hessen aus ihrer verantwortungsbewußten Opposition erzählen –, daß derjenige, der heute in der Opposition ist, einfach restlos machtlos ist. Das sieht selbstverständlich auch die SPD. Deshalb wird sie alles tun, um eine derartige Regelung, sei es auf dem Wege über die Verfassungsgerichtsbarkeit oder auf sonstigem Wege, zu verhindern, wobei durchaus auch angesichts der Haltung weiter Kreise des DGB mit sogenannten außerparlamentarischen Aktionen unter Umständen gerechnet werden muß. Jedenfalls wird sie in schärfste Opposition dagegentreten.

Ich will mich nicht gegen dieses System aussprechen. Aber wir müssen doch die Größe und den Ernst der Entscheidung hier sehen, die wir damit fällen, wenn wir uns für diesen Vorschlag Scharnberg in der neuesten Form aussprechen.

Außerdem sind die Listenverbindungen in ihrer psychologischen Wirkung in den einzelnen Landesteilen durchaus verschieden. Es ist mit Recht gesagt worden, daß es Landesteile gibt, wo das möglich ist, aber daß es auch Landesteile gibt, wo es eine erhebliche Belastung unserer Wählerschaft darstellt, so daß diese psychologische Belastung unter Umständen dazu führen könnte, daß die erhofften Erfolge von 40 bis 50 Mandaten – wenn ich richtig verstanden habe – wieder weitgehend kompensiert würden durch die Verdrossenheit weiter Wählerschichten, z.B. in Nordrhein-Westfalen, wo ich mir schwer vorstellen könnte, daß christliche Arbeiter bereit wären, FDP-Abgeordnete à la Achenbach zu wählen. (*Zuruf:* Brauchen sie nicht!) Aber die Verbindung ist doch da, die Vorstellung! Wir können die Dinge nicht rein wahljuristisch und wahlarithmetisch betrachten, sondern wir müssen sie besonders wahlpsychologisch nehmen. Psychologische Faktoren sind mitunter stärker als andere. Aus meiner Kenntnis der Verhältnisse im Südwestraum kann ich mir vorstellen, daß ein psychologischer Faktor sich als ein erhebliches Hindernis einstellen könnte.

Ich bitte deshalb zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, eine Form zu finden, diese Listenverbindung entweder auf Landesebene herzustellen, wobei den regionalen Verhältnissen psychologisch Rechnung getragen werden könnte, oder aber eine Formel in das Wahlgesetz hineinzubringen, die unter Umständen eine Listenverbindung auf der Landesebene mit abweichenden Regelungen zuläßt. Ich bin in den Dingen neu, um eine endgültige Stellungnahme abgeben zu können. Ich wollte aber doch einmal die erhebliche Verantwortung herausstellen, der wir uns bei einer Entscheidung in dem einen oder anderen Sinn zu unterziehen haben.

*Adenauer:* Lassen Sie mich ein paar Worte dazu sagen. Wir müssen nun endlich etwas tun. Solche Bedenken, wie sie Herr Süsterhenn geäußert hat, die zweifellos vorhanden sind, hören wir nun seit acht Monaten. Und weil immer nur Bedenken geäußert werden, kommen wir nicht zur Entscheidung. Man darf nicht immer nur die Bedenken sehen, man muß auch das Positive sehen, und man muß sich fragen, was geschieht, wenn wir den Bedenken Rechnung tragen. Dann werden Sie finden, verehrter Herr Süsterhenn, daß dann die letzten Dinge schlimmer sind als die ersten. Sie haben vollkommen recht, wenn Sie sagen, daß die Dinge in den einzelnen

Teilen des Bundesgebietes verschieden sind. Sie haben eben gehört, wie es in Niedersachsen ist, und Sie wissen, wie es in Baden-Württemberg ist. Wenn es zu dieser Verbindung kommt, wird in Bayern die CSU plus Bayernpartei sehr gut abschneiden.

Ich meine, man soll sich immer klarmachen, daß alles Stückwerk ist, was wir auf dem ganzen Gebiete des Wahlrechts machen. Das ist ganz selbstverständlich. Aber wir müssen doch versuchen, das Beste für uns zu erreichen. Und da muß man die Bedenken in Gottes Namen zurückstellen. Wenn ich mal von Nordrhein-Westfalen sprechen darf. Achenbach ist abgehängt. Davon können Sie Notiz nehmen. Er ist von seiner eigenen Partei abgehängt. Ich habe gehört, daß diese ganzen Vorkommnisse sich weiter auswirken werden. Wenn ein christlicher Arbeiter – ich weiß nicht, warum Sie den christlichen Arbeiter so betonen, Sie können geradesogut sagen: christlicher Handwerker – sich nicht entschließen kann, wegen der Einstellung des Herrn Middelhauve zur Wahlurne zu gehen und den FDP-Mann zu wählen, soll er dafür den Sozialdemokraten wählen? Glauben Sie, daß ein Sozialdemokrat im Durchschnitt auf kultureller Ebene für uns besser ist als ein Mann von der FDP? Das glaube ich nicht.

Wenn Sie einmal die Verhältnisse in den Ländern untersuchen, wo die Sozialdemokratie allein herrscht, dann werden Sie staunen. Gehen Sie mal nach Hamburg und nach Hessen, und sehen Sie, welch absolute schrankenlose Herrschaft die SPD dort ausübt. Da muß ich sagen, ist mir selbst ein FDP-Mann von diesem Kaliber noch lieber als ein so engagierter Sozialdemokrat. Wir haben nur die Wahl zwischen beiden, lieber Herr Süsterhenn.

Wenn tatsächlich die SPD die führende Partei in den nächsten vier Jahren würde, dann wird das eintreten, was der Herr Naumann geschrieben hat und was ich mit eigenen Augen in der Fotokopie gelesen habe. Das wäre dann die letzte Bundestagswahl, die von 1953. Stellen Sie sich vor, alles, was wir in den ersten vier Jahren getan und gesagt haben – nehmen Sie nur die Soziale Marktwirtschaft –, würde dann über den Haufen geworfen. Was glauben Sie, was der Teil des deutschen Volkes, der dem Staat infolge der Geschichte, die wir erlebt haben, sehr zurückhaltend gegenübersteht, dazu sagen würde. Oder nehmen Sie unsere Außenpolitik, die wir betrieben und als richtig dargestellt haben – sie ist auch richtig –, dazu würde eine sozialistische Regierung sagen, das ist alles falsch.

Was ich jetzt ausführe, sage ich aus sehr triftigen Gründen. Eine folgende sozialistische Regierung würde sagen: Wir müssen sehr viel stärker mit einem Auge nach Sowjetrußland sehen. Als Außenminister ist ausersehen von den Sozialdemokraten Herr Reuter. Herr Reuter hat mir in meinem Zimmer vor einigen Wochen gesagt: Lenin war ein großer Mann, den ich nach wie vor hoch verehre. Das müssen Sie alles bedenken. Und wenn Sie solche Dinge bedenken, kommen Sie, glaube ich, über diese Tagesereignisse und Gegensätze, die sich dort und hier gezeigt haben, wirklich hinweg.

Ich sage Ihnen, die nächsten vier Jahre werden über das Geschick des deutschen

Volkes und über die Geschicke der parlamentarischen Demokratie in Deutschland entscheiden. Die parlamentarische Demokratie ist in Deutschland nach all den Jahren des Nationalsozialismus und der Besatzung noch nicht so fundiert, daß man dem deutschen Volke einen solch fundamentalen Wechsel in der politischen Auffassung überhaupt zutrauen kann. Das macht das Volk einfach nicht mit.

Die Bedenken sind von uns allen gehegt worden. Wir haben sie herumgedreht nach rechts und nach links seit vielen Monaten. Ich bitte Sie aber nun sehr herzlich, zu einer Entscheidung zu kommen. Die Entscheidung muß man sich sehr einfach vorstellen. Sie ist auch sehr einfach. Sie müssen über folgendes entscheiden: Wollen Sie, daß die bisherige Politik, die wir in den letzten vier Jahren betrieben haben, fortgesetzt wird oder wollen Sie das nicht. Wenn Sie diese Politik nicht fortsetzen wollen – à la bonheur! –, dann begraben Sie damit gleichzeitig unsere Partei. Darüber müssen Sie sich klar sein.

Wollen Sie, daß die Politik der letzten vier Jahre fortgesetzt wird, dann müssen Sie über alle diese Unebenheiten hinwegzukommen suchen. Manchmal fällt es einem schwer, aber man muß, wenn man das große Ziel vor Augen hat.

Was nun das Wort „wahlrechtlich eine Partei“ angeht, so bin ich fest davon überzeugt, daß der Herr Kollege Lehr bereit ist, dafür einen anderen Ausdruck zu wählen.

*Wuermeling:* Wenn nach der Annahme des Gesetzes durch den Bundestag der Bundesrat den Vermittlungsausschuß anriete – das würde schon im Juni sein – und man wirklich umkippen wollte, dann könnte man immer noch im Vermittlungsausschuß auf das alte Wahlrecht zurückspringen. Ich plädiere in keiner Weise dafür, sondern ich schlage vor, daß wir auf dem schmalen Grat weitergehen, selbst über das Bundesverfassungsgericht hinaus. Denn politisch – abgesehen vom Terminmäßigen – liegen Gefahren beim Bundesverfassungsgericht insofern nicht, als das Bundesverfassungsgericht uns nach Lage der Dinge kein schlechteres Wahlrecht in irgendeiner Form aufzockt als das alte Bundestagswahlrecht. Also verlieren können wir politisch bei konsequenter Fortsetzung unseres Weges überhaupt nichts. Nachgeben oder den Gedanken fallenlassen, kann man immer noch. Terminlich ist die Sache etwas schwieriger, wenn wir in den Juli hineinkommen. Es ist aber für die Vorbereitung der Wahl fast gleich, ob das alte Wahlrecht oder das neue Wahlrecht kommt. Die äußerste Frist, die einzuhalten ist, liegt etwa drei Wochen vor dem eigentlichen Wahltag.

Und nun das Schlimmste angenommen! Wenn wir wirklich in echte Terminnot kämen und unter Umständen auf das alte Wahlrecht zurückgreifen müßten, dann würde sich m.E. auch mit der Opposition der geeignete Weg finden lassen, selbst wenn es eine vierwöchige Verlängerung der Wahlperiode wäre. Ich spreche das aus, um zu einer echten Wahl zu kommen.

Ich glaube, diese Erwägungen können auch die technischen Bedenken mildern. Man kann die Bedenken nicht beseitigen, aber über diese Dinge kommen wir hinweg, wenn wir wissen, daß wir politisch mit dem Weiterschreiten dieses Weges

nichts verlieren können. Den Rückzug auf das alte Wahlrecht können wir jeden Tag noch machen.

*Bach:* Dieses Wahlrecht ist für uns bedeutend besser als das alte Wahlrecht. Und darauf kommt es an. In Nordrhein-Westfalen kommt praktisch nur ein einziger Wahlkreis in Frage, wo der FDP-Mann anstelle des CDU-Mannes in die Stichwahl käme, nämlich in Bielefeld. In allen anderen Wahlkreisen kommt nur die CDU in die Stichwahl. Ähnlich ist es in Rheinland-Pfalz und auch im Südweststaat mit zwei, drei Ausnahmen. Schwierigkeiten bestehen in Hessen, in Schleswig-Holstein. Es ist eine Freude für uns, daß die Freunde aus Niedersachsen sagen, um des Himmels willen nur nicht das alte Wahlrecht!

Wenn wir den Herrn Bundeskanzler – und darauf kommt es an – in den Stand setzen wollen, seine Politik fortzusetzen, müssen wir im Wahlrecht alles tun, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, sonst besteht tatsächlich die Gefahr, daß die SPD die stärkste Partei wird, weil inzwischen eine Zersplitterung auf der anderen Seite eingetreten ist, die wir nicht ableugnen können.

*Von Hassel:* Herr Kiesinger hat bei seinen Bedenken auf Schleswig-Holstein Bezug genommen, das bekanntlich in eine Klage in Karlsruhe verwickelt worden ist, und zwar wegen der Sperrklausel, die der Landtag eingeführt hat. Wir gingen nicht auf 5, sondern auf 7,5 %, weil Schleswig-Holstein besonders anfällig für die Radikalen gewesen ist. Wir sind dann mit diesen 7,5 % hineingefallen.<sup>55</sup> Die Begründung brauche ich nicht zu geben. Wir haben 5 % als das normale Maß einer Sperrklausel anerkannt bekommen. Ich glaube, Ihr Gegenargument, Herr Kiesinger, kann sich nicht gründen auf die Klage in Schleswig-Holstein.

Wir haben zwei Wahlgesetze geschaffen, eines für den Landtag und eines für die Gemeinde- und Kreis-Vertretung. Vor einer Wahl können sich die Parteien zusammenschließen; sie können gemeinsame Kandidaten mit einer gemeinsamen Liste aufstellen. Diesem Wahlgesetz verdanken wir es, daß wir fast sämtliche Kreistage mit einer bürgerlichen Mehrheit haben ausstatten können, bis auf einen oder zwei.

Die SPD weiß, daß sie durch dieses Wahlgesetz haushoch verloren hat. Wäre es verfassungswidrig, würde sie längst eine Klage gegen dieses Gesetz eingereicht haben. Das sei als Beispiel genannt, um die Ausführungen der Herren Dr. Lehr und Dr. Wuermeling zu unterstützen.

Wir können von Schleswig-Holstein aus dasselbe sagen wie unsere niedersächsischen Freunde. Das gilt auch für Hamburg. Mit diesem Wahlgesetz kommen wir ein großes Stück weiter. Es hat nur einen geringen Nachteil im Gegensatz zu der großen Gefahr, vor die wir uns andernfalls gestellt sehen.

*Süsterhenn:* Ich glaube nicht, durch meine Ausführungen in diesem Kreise den

<sup>55</sup> Der SSW hatte gegen die 1950 neu in das Landeswahlgesetz von Schleswig-Holstein eingeführte 7,5 %-Klausel Klage vor dem BVerfG erhoben, das am 5. April 1952 dieses Quorum verworf (vgl. dazu LANGE S. 440–443). Zur Wahlgesetzgebung in Schleswig-Holstein vgl. auch UiD vom 23. Mai 1953.

Eindruck erweckt zu haben, als wenn ich mich für eine sozialistische Regierung, für einen Kurswechsel der Außen- oder Innenpolitik ausgesprochen hätte. Man darf auch nicht unterstellen, daß ich die kulturpolitische Eigenart der SPD nicht kenne. Aber ich wollte gerade doch diese klare Entscheidung, die von uns gefällt werden muß, herausstellen.

Der Herr Bundeskanzler hat erfreulicherweise in seinen jetzigen Ausführungen die Entscheidung präzisiert. Es geht darum, daß die Politik der jetzigen Regierungskoalition auch in den nächsten vier Jahren weitergeführt werden muß, wenn nicht das deutsche Volk allerschlimmsten Schaden leiden soll.

Damit ist die richtige Fragestellung auf den Tisch des Hauses gelegt worden. Ich wollte nur daran mitgewirkt haben, daß diese Fragestellung in dieser Deutlichkeit zum Vorschein trat. Ich bin bereit, auf diese Frage mit einem klaren Ja zu antworten.

*Adenauer:* Was Herr Süsterhenn gesagt hat, ist richtig. Lassen Sie mich das sogar noch klarer formulieren: Will man, daß der nächste Bundeswirtschaftsminister Nölting<sup>56</sup> heißt, oder will man, daß er Erhard heißt? (*Kaiser:* Nach Möglichkeit Erhard! – *Tillmanns:* Am liebsten keinen von beiden! – *Unruhe und Widerspruch.*) Da muß ich doch wirklich protestieren! (*Anhaltende Unruhe.* – *Schröder:* Sie wissen nicht, Herr Tillmanns, was Herr Erhard geleistet hat!) Ich hätte gewünscht, diese Kritik wäre nicht geübt worden. Sicher hat Herr Erhard, wie jeder von uns, seine Schattenseiten, aber seine Schattenseiten sind eine übertriebene Steigerung seiner Lichtseiten. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Aber alles in allem genommen, muß man doch das eine feststellen, daß Herr Erhard mit einer Courage und mit einem Mut und einer Überzeugungskraft und mit einem Erfolg – bei dem er auch Glück gehabt hat; gut, daß er Glück gehabt hat – zu einer Zeit durchgegriffen hat, als es sehr schlecht um unsere Wirtschaft aussah. Ich nehme an, daß Herr Tillmanns – der schon mal gerne scherzhafte Bemerkungen macht – das gar nicht so arg gemeint hat. Er hat ... (*Tillmanns flüstert dem Bundeskanzler etwas zu.*) Um Gottes willen, erzählen Sie es ihm selber; das ist das beste.

*Kiesinger:* Herr von Hassel, ich wollte nicht nähere juristische Ausführungen zur Klage von Schleswig-Holstein machen, es war nur ein zufälliger Gedanke, den ich in dem Zusammenhang erwähnte. Ich möchte nicht, daß das Ganze an einer Bestimmung scheitert. Deswegen meine Frage an die Juristen, ob sie sich wirklich auf den Standpunkt gestellt haben, daß wir durchkommen, oder ob hier nur der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Ich habe noch keine klare Darstellung gehört.

*Adenauer:* Lieber Herr Kiesinger! Ich finde, es hat gar keinen Zweck, was Sie verlangen. Das Bundesverfassungsgericht ist unberechenbar. Deswegen muß man sehr realpolitisch denken. Herr Globke hat sich vielleicht zu vorsichtig ausgedrückt.

---

56 Dr. Wilhelm Erik Nölting (1892–1953), 1923–1933 Professor an der Akademie der Arbeit bei der Universität Frankfurt, 1928–1933 MdPrL (SPD), 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen und Wirtschaftsminister, 1949–1953 MdB.

Sein Gedanke ist, glaube ich, der folgende gewesen: Er hat gesagt, der Scharnberg-Entwurf ist der für uns denkbar beste; wir wollen ihn durchsetzen. Wir laufen natürlich Gefahr, daß eine Klage kommt. Wir laufen auch Gefahr, daß diese Klage Erfolg haben wird. Aber wenn sie Erfolg haben soll, dann ist das Schlimmste, was uns treffen kann, daß auf irgendeine Weise – wie es Herr Wuermeling angedeutet hat – das Wahlrecht von 1949 zum Zuge kommt, vielleicht mit einer gewissen Modifikation.

Ich meine so: Wenn ich eine gewisse Chance habe, sagen wir 50 %, das bessere Wahlrecht nach dem Scharnberg-Entwurf zu bekommen, dann versuche ich doch zunächst einmal, diese 50%ige Chance wahrzunehmen, als daß ich mich sofort dem ergebe, was sowieso nachher kommt. Wenn man die Sache so sieht, werden Sie zustimmen, daß die Fraktion das tut, was sie zu tun in der Lage ist, damit der Scharnberg-Entwurf durchkommt. Das Weitere wird sich dann finden.

*Kaiser:* Ich bedaure aufrichtig, daß Süsterhenn einen Rückzieher gemacht hat. In seinen ersten Ausführungen hat er die Sache klar umrissen. Er hat dabei von den psychologischen Faktoren gesprochen. Daran müssen wir denken. Wir müssen bei dieser Entscheidung daran denken, daß die CDU eine andere Partei ist als die beiden Parteien neben uns. (*Zurufe:* Gott sei Dank!) Wir haben es in der Auseinandersetzung nicht nur mit den Sozialdemokraten, sondern auch mit den beiden anderen Parteien zu tun. Die Politik muß fortgesetzt werden, Herr Bundeskanzler, das ist klar. Ich glaube, das können wir auch erreichen ohne eine solche Bindung. Unsere Wählerschaft ist weitgehend anderer Art als die Wähler der FDP. Sie haben bestimmte Grundsätze und Auffassungen, die sie bei den Wahlen zum Ausdruck bringen möchten.

Ich habe vorhin in Ihrer Abwesenheit gesagt, Herr Bundeskanzler, es muß verhütet werden, daß es im Wahlkampf heißt, das vereinigte Bürgertum steht gegen die Arbeiter. Denn das ist eine Parole, mit der die Sozialdemokraten gegen uns kämpfen werden. Das würde die Sache unsagbar erschweren. Deshalb möchte ich wünschen, Herr Bundeskanzler, daß wir freier bleiben um der Stärke unserer Partei willen, wobei ich durchaus zugebe – das hat auch Süsterhenn gesagt, und der Herr Bundeskanzler hat es mit eigenen Worten bestätigt –, daß wir nicht so einheitlich im gesamten Bundesgebiet sind.

Was in Niedersachsen möglich, vielleicht sogar notwendig ist, ist in Süddeutschland noch lange nicht möglich. Deswegen möchte ich bitten, daß wir uns bei der Entscheidung, die wir treffen sollen, vollkommen darüber klar sind, was wir tun.

*Adenauer:* Herr Kaiser, was sollen wir denn tun? (*Kaiser:* Ich habe es angedeutet.) Also keine Listenverbindung?

*Kaiser:* Listenverbindung dort, wo sie möglich ist, aber nicht dort, wo wir sie nicht machen können.

*Wuermeling:* Dann bekommen wir keine Mehrheit!

*Kaiser:* Wir können die stärkste Partei werden!

*Adenauer:* Damit haben wir aber keine Mehrheit!

*Kaiser:* Alles, was ich gehört habe, ist sehr problematisch; ob die Entscheidung im Sinne Scharnbergs liegt oder sonstwie. Ich will absehen vom Bundesverfassungsgericht; denn das hat mit gesundem Menschenverstand nichts zu tun.

*Adenauer:* Ja, Herr Kaiser, Sie haben die Frage nicht beantwortet. Was empfehlen Sie denn zu tun.

*Kaiser:* Ich empfehle, daß wir uns so frei wie möglich halten.

*Adenauer:* Was heißt das?

*Kaiser:* Daß wir nur dort Verbindungen eingehen, wo es aufgrund der besonderen Verhältnisse möglich ist. Ich habe Niedersachsen genannt. Ich nenne Hamburg, ich denke im Bereich von Nordrhein-Westfalen an Wuppertal. Dort haben wir auch 1949 ein Abkommen getroffen.<sup>57</sup> Wir sollten uns aber sonst freihalten. In meinem Wahlkreis<sup>58</sup> muß ich mich mit den Liberalen genauso auseinandersetzen wie mit den Sozialisten.

*Adenauer:* Das sollen Sie auch tun, Herr Kaiser. Herr Kaiser meint, bei einer Listenverbindung dürfe man nicht gegen die Leute sprechen. Sie sollen und müssen dagegensprechen. Sie müssen – und jeder von uns muß das – dafür sorgen, daß wir möglichst viele Stimmen auf den CDU-Kandidaten vereinigen. Das geht nur dann, wenn wir gegen die anderen Parteien angehen und denen ihre Sünden vorhalten. Das ist ganz selbstverständlich. Im übrigen aber, sehr verehrter Herr Kaiser, können wir nach diesem Scharnberg-Entwurf nicht lokale Listen miteinander verbinden, sondern es geht nur auf der Bundesebene oder überhaupt nicht.

Sie müssen sich also darüber klarwerden, daß die anderen Parteien – die FDP, die DP, das Zentrum, die Bayernpartei – erklärt haben: Wir stimmen für den Scharnberg-Entwurf, wenn ihr euch für die Listenverbindung erklärt. Jetzt müssen wir die Entscheidung fällen. Wenn wir uns entscheiden, daß keine Listenverbindung stattfinden soll, dann ist der Scharnberg-Entwurf gefallen, und damit sind soundso viele Mandate weg. Daran läßt sich nichts streichen, Herr Kaiser.

Ich darf Ihnen aber folgendes sagen: Ich bin absolut dafür, daß die Interessen der Arbeitnehmer in der Politik berücksichtigt werden, aber zuerst muß ich mir doch den Boden dafür schaffen, von dem aus ich eine Politik treiben kann, die auch im Interesse der Arbeitnehmer ist. Das mache ich aber nicht jetzt vor der Wahl.

Sie verlegen jedoch den Zeitpunkt schon vor die Wahl und sagen, das sind Leute, mit denen können wir nicht zusammengehen. Wenn Sie also nichts erreichen, schädigen Sie doch damit am meisten die Interessen der Arbeitnehmer, so wie Sie und wie wir sie sehen.

*Cillien:* Ich habe den Eindruck, daß bei den vorgetragenen Erwägungen die

57 Im Wahlkreis Wuppertal I hatte die CDU 1949 zugunsten der FDP auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet. Gewählt wurde Karl Wirths (FDP) mit 39,4 %; auf die SPD entfielen 33,8 %. Dafür verzichtete die FDP auf die Aufstellung eines Kandidaten im Wahlkreis Wuppertal II. Dort wurde Eugen Huth (CDU) mit 37,5 % gewählt.

58 Wahlkreis 91 (Essen III).

rechtlichen Bedenken gar nicht entscheidend sind. Ich hoffe mich nicht zu täuschen in der Annahme, daß dahinter auch moralische Bedenken obwalten. (*Zurufe: Beides!*)

Ich teile nicht die Bedenken, daß wir etwas Unmoralisches tun. Wir gehen die Linie, die wir immer gegangen sind, wir wollten immer das Mehrheitswahlrecht haben.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das die letzte Chance ist, die wir überhaupt haben, um ein verbessertes Wahlgesetz zu machen. Herr Kaiser, mich befremdet, daß hier zum Ausdruck kommt, als wenn soziale Gesichtspunkte nur von der SPD verwirklicht werden könnten. Wenn das der Fall wäre, dann wäre ich nicht in der CDU. Ich glaube, wir haben allen Grund, gerade hier zu sagen, daß wir etwas geschafft haben. In Niedersachsen hat die SPD zweimal ein Wahlgesetz verabschiedet rein gegen uns.<sup>59</sup> Der General hat selbst zugegeben, daß es undemokratisch ist. Wir haben geglaubt, wir könnten die Wählerschaft aufputschen, weil wir darauf hingewiesen haben, daß es völlig undemokratisch ist. Aber es hat kein Mensch darauf reagiert, wie ich überhaupt davon überzeugt bin, daß die Wähler sich um die Einzelheiten des Wahlgesetzes absolut nicht kümmern werden. Also von da aus sehe ich keine Bedenken. Die Leute werden nach dem Modus fragen und dann wählen.

Für uns ist das günstige dabei, daß endlich einmal der Friede mit dem Zentrum angebahnt wird, auch für uns in Niedersachsen. Im übrigen ist es nur wohlgetan, wenn wir dem BHE keine besonderen Chancen in diesem Wahlgesetz geben. Man sollte nicht sein Gesicht verlieren in einem Wahlkampf. Das scheint mir völlig gewahrt zu sein. Wir können durchaus unsere Leute ansprechen, CDU zu wählen. Was nachher auf höchster Ebene verrechnet wird, das interessiert den Wähler gar nicht, so daß nach meinem Dafürhalten als einziges Bedenken bleibt, ob etwa in Karlsruhe eine Klippe zu umschiffen ist. Dazu kann ich nichts sagen. Vielleicht ist es richtig, wie der Bundeskanzler sagt, die Chance zu wahren und es dann darauf ankommen zu lassen. Es wäre nur peinlich, wenn man in einen Terminverzug käme. Im ganzen genommen können wir von Niedersachsen aus durchaus zustimmen, auch der Listenverbindung, wie sie geplant ist.

*Scharnberg:* Ich habe den Eindruck, daß Herr Kaiser etwas die Hoffnung hat, daß wir bei dem SPD-Entwurf trotzdem für die bisherige Regierungskoalition eine Mehrheit finden würden. Herr Kaiser, ich bin bereit, Ihnen nachher zu zeigen – selbst wenn wir einen Erfolg unserer Partei erzielen –, daß wir nicht damit rechnen können, die stärkste Partei zu werden. Die stärkste Partei allein nützt

---

59 Vgl. Niedersächsische Landeswahlordnung vom 31. März 1947. In: Die Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 20. April 1947 (hrsg. im Auftrag des niedersächsischen Ministers des Innern vom niedersächsischen Landeswahlleiter. Hannover 1947) sowie Fassung vom 5. März 1951 (Niedersächsisches GVBl 2 Nr. 6 vom 6. März 1951 S. 15) mit Änderung vom 1. April 1953 (Niedersächsischer Landtag 2. WP Drs. Nr. 1656 vom 18. November 1954).

nichts. Ich bin wirklich davon überzeugt aufgrund der vielen Berechnungen, die Herr Süsterhenn immer wieder angestellt hat, daß wir ein Parlament bekommen würden, in dem der BHE das Zünglein an der Waage wäre. Das wäre eine Situation, der wir die deutsche Demokratie nicht aussetzen sollten. Wir sollten eine Partei, die sich dazu bekennt, eine reine Interessentenpartei zu sein, die sich politisch nicht binden will, nicht in den Stand setzen, sich – so möchte ich mich mal ausdrücken – zwischen SPD und CDU amerikanisch versteigern zu lassen. Damit hätten wir der Demokratie einen schweren Schlag versetzt.

*Tillmanns:* Ich glaube, die Bedenken, die Herr Minister Kaiser geäußert hat, richten sich nicht nur gegen die Listenverbindung, sondern auch gegen das Prinzip der absoluten Majorität, im Gegensatz zum Prinzip der relativen Majorität. Wenn wir nach der absoluten Majorität wählen, führt das ohne weiteres dazu, daß bei der Stichwahl im Zweifel die nicht sozialistischen Parteien gegen die SPD stehen. (*Wuermeling:* Das wäre der Tod der SPD.) Ich wollte ja nur Herrn Kaiser antworten. (*Wuermeling:* Gott verhüte diese Sache, weil dadurch die ganze Staatspolitik gefährdet würde.) Die Bedenken von Herrn Kaiser richten sich auch gegen das Prinzip der absoluten Majorität.

Ich kann nicht einsehen, daß es undemokratisch sein soll, wenn wir dem Wähler die Möglichkeit einer echten Option zwischen einem SPD-Kandidaten und einem Nicht-SPD-Kandidaten geben.

Bedenklich an dem Wahlgesetz ist allein folgendes: daß durch die Listenverbindung und durch den internen Proporz praktisch schon die künftige Regierungskoalition gebildet wird. Dieser Vorwurf – ob mit Recht oder Unrecht lasse ich dahingestellt – wird uns gemacht. Das hat auch schon die Diskussion ergeben; das hat in labilen Kreisen der Öffentlichkeit eine ungünstige Wirkung; das ist nicht ganz sauber, und man hält das nicht für richtig. Ich würde in jeder Versammlung dem entgegentreten, aber wir müssen uns darüber klar sein, daß das weitgehend die Wirkung ist.

Wenn es dazu kommen sollte, daß das Bundesverfassungsgericht ein Wahlgesetz erläßt, so wird das in der Öffentlichkeit nicht gut aufgenommen. Man wird sagen, der Bundestag war dazu nicht in der Lage, und das Bundesverfassungsgericht mußte nun mit einem Kunstgriff eingreifen, damit es überhaupt zu einem Wahlgesetz gekommen ist. Ich glaube, eine solche Entwicklung wird der Demokratie in keiner Weise nützen, sondern sie wird sehr schwere Konsequenzen nach sich ziehen. Diese Möglichkeit müssen wir also ganz klar erkennen und berücksichtigen.

Wir können in der gegenwärtigen Situation nichts anderes tun, als zu versuchen, diesen Gesetzentwurf – der heute zum ersten Mal den Namen Scharnberg-Entwurf bekommen hat, ich habe geglaubt, es sei der Regierungsentwurf – (*Wuermeling:* Regierungsentwurf in Scharnbergscher Fassung!) in der zweiten Lesung im Plenum durchzusetzen. Wenn das nicht gelingen sollte, dann wäre es zweifellos günstiger, wir würden von uns aus zu einer anderen Lösung kommen, als daß hinterher diese schwierige Operation über das Bundesverfassungsgericht erfolgt.

*Adenauer:* Was das zuletzt Ausgeführte angeht, so urteilen die Menschen darüber sehr verschieden. Aber wenn es sein soll, dann würde ich diesen Giftbecher lieber durch das Bundesverfassungsgericht kredenzt trinken; denn dann sterben auch noch andere daran.

*Majonica:* Wir können aus psychologischen Gründen nicht gut von den Wählern verlangen, daß sie in der Stichwahl der FDP die Stimme geben, mit der wir uns vorher scharf auseinandergesetzt haben. Wir können auch die Wähler nicht angreifen, die wir nachher bei der Stichwahl nötig haben.

Wenn dieses Wahlrecht durchkommt, würde der BHE halbiert werden, weil er nur auf der Reserveliste Mandate bekäme. Das zwingt ihn, auf eines der rettenden Floße der Listenverbindung zu springen, entweder bei uns oder bei der SPD. Der BHE würde versuchen, mit der SPD eine Listenverbindung einzugehen; denn er bekommt von vornherein nur die Hälfte aller möglichen Mandate, die ihm aufgrund seiner Stimmenzahl zuständen, wenn es ein reines Verhältniswahlrecht wäre. Das ist ein erwähnenswerter Gesichtspunkt, weil er für Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern starke Auswirkungen auf das Wahlresultat haben muß.

*Arnold:* Wenn das Ziel erreicht werden soll, von dem der Herr Bundeskanzler sprach, dann kommt es darauf an, daß wir bei den Wahlen so viel Stimmen wie überhaupt möglich zur Wahlurne bringen. Nun haben wir heute erstmalig den konkreten Vorschlag von Herrn Globke gehört, der in dieser Form neu ist. Da ist es im Anfang schwer, mit einem Nein oder mit einem Ja sich zu entscheiden. Es sind nun einige verfassungsrechtliche Bedenken aufgetreten. Herr Lehr hat zum Ausdruck gebracht: Diejenigen Parteien, die eine Listenvereinbarung treffen, sind wahlrechtlich gesehen eine Partei. Wenn das richtig ist, setzt sich dieser Vorgang in Widerspruch zu den Bestimmungen des Grundgesetzes, wonach die Partei eine individuelle politische Gemeinschaft darstellen muß.

Wo dieses Merkmal nicht mehr gegeben ist, können Sie praktisch nicht mehr von einer individuellen Partei sprechen. Insofern könnte man das Bundesverfassungsgericht geradezu provozieren, hier einzugreifen. Aber das mögen die Fachleute von sich aus entscheiden.

Sie haben, Herr Bundeskanzler, mit Recht auf eine Unterredung anlässlich der Kommunalwahlen Bezug genommen. Ich darf in Erinnerung bringen, daß die damals und auch heute von gewerkschaftlicher Seite entfaltete Propaganda eigentlich weniger gegen die CDU gerichtet ist. Sie können hundertfach feststellen, daß die wirklichen politischen Leistungen der CDU auch in den industriellen Großbetrieben anerkannt werden. Aber eine psychologische Mißstimmung und ein gewisser Unterton des Mißtrauens schwebt bei all den Diskussionen mit, indem die Leute sagen: Die CDU ist zwar eine klare christliche Partei, und wir sind mit ihren Grundsätzen vollkommen einverstanden, auch mit ihrem ideellen und politischen Schwung, aber diese Partei ist in ihren letzten politischen Entscheidungen nicht frei, weil auf der anderen Seite Kreise wie Achenbach, Middelhauve usw. stehen – man könnte eine ganze Lauretanische Litanei anführen –, mit denen eine politische Gemeinschaft

hergestellt ist. Das erweckt ein gewisses Gefühl der Unsicherheit. Ich glaube, das sollte man ganz klar sehen.

Wenn also dieser Wahlvorschlag nach außen hin so publiziert werden soll, daß die Listenverbindung praktisch eine Wahlgemeinschaft zwischen CDU, FDP und DP bedeuten sollte, dann habe ich allerdings auch die Bedenken, die vorhin Herr Kaiser zum Ausdruck gebracht hat. Das würde psychologisch das unklügste und falscheste sein, was wir überhaupt tun können.

Wie wir über diese Schwierigkeiten hinwegkommen, weiß ich nicht. Wenn es nicht möglich ist, eine Listenverbindung auf regionaler Basis – also nicht nur auf Bundesebene – herzustellen, dann ist eine Bundesvereinbarung nur denkbar, wenn das Zentrum einbezogen wird. Wenn es nicht einbezogen würde, dann trieben wir dem Zentrum so viel Wählerstimmen zu, wie es bisher noch nie bekommen hat.

*Adenauer:* Darf ich mit einigen Worten Herrn Ministerpräsidenten Arnold antworten. Zunächst hat er vollkommen recht, wenn er sagt, daß die Verbindung mit der FDP in einer Koalitionsregierung für eine Reihe unserer Leute eine Belastung bringt. Das ist ganz klar. Aber wenn man staatspolitisch die Sache durchdenkt, dann ist mir – ich drücke mich jetzt etwas sehr konzentriert aus – eine FDP mit schwarz-weiß-roten Streifen noch lieber als eine große schwarz-weiß-rote Partei ohne demokratische Streifen. Sie verstehen, was ich damit sagen will. Auch auf dem Wege über die Koalition, verehrter Herr Arnold, haben wir gewisse Einwirkungsmöglichkeiten, daß nun diese nationalistischen Elemente in der FDP nicht zum Zuge kommen. Ich kann es hier sagen, wir haben sehr geholfen, daß innerhalb der FDP diese nationalistischen Elemente stark zurückgedrängt worden sind.

Ich gebe Ihnen ohne weiteres recht, das ist ein Fehler im ganzen, der aber – und das haben Sie mit Recht zum Schluß hervorgehoben – dadurch wieder in etwa wettgemacht wird, daß in einer solchen Listenverbindung nicht nur CDU, CSU, FDP, DP verbunden werden, sondern auch die Bayernpartei und das Zentrum. Daß das Zentrum in der Verbindung drin ist, ist sehr wesentlich. Dazu muß es natürlich kommen. Wenn hier eine Entscheidung gefallen ist, werde ich Herrn Brockmann für die nächste Woche einen Termin sagen, um mit ihm zu verhandeln. Ich glaube, man kann es als sicher annehmen, daß es dazu kommen wird. Herr Globke, das ist doch auch Ihre Meinung? (*Globke:* Ich glaube, daß es sicher dazu kommt.)

*Strickrodt:* Ganz offensichtlich hängen viele Hemmungen gegen ein solches Wahlverfahren mit dem Schlagwort „Bürgerblock“ zusammen. Dieses Wort ist vorhin genannt worden. Die Angst vor einer einseitigen Festlegung der jungen Demokratie ist durchaus vorhanden. Wir müssen gegen diesen Begriff „Bürgerblock“ angehen und ihn zu überwinden versuchen. Ich glaube, daß die Alternative, wenn dieses Wahlgesetz durchkommt, Bürgerblock oder sozialgerichtete Regierung für uns gar nicht besteht. Die Gefahr, daß der Staat in ein besitzbürgerliches Fahrwasser hineinkommt, ist keineswegs vorhanden. Es ist nicht so, daß die

Sozialdemokratie etwa den sozialen Staat garantiert. In England und in den nordischen Staaten hat der Sozialismus die Möglichkeit gehabt, die Dinge zu gestalten. Er ist daran gescheitert, insbesondere hinsichtlich der wirtschaftlichen Belange.

*Adenauer:* Die Vertreter der Presse stehen draußen. Wenn wir ihnen nicht binnen einer halben Stunde etwas geben, wird nichts mehr erscheinen. Darf ich bitten, daß wir uns kurzfassen und zu einer Entscheidung kommen.

*Lehr:* Ich weise nochmals darauf hin, daß der Wähler bei der Abgabe seiner Stimme nicht nur für seine eigene Partei zu stimmen hat, sondern auch für die Liste. Diese Stimmabgabe ist unstrittig rechtlich gültig und zulässig. Daran ist kein Zweifel. Es handelt sich nur noch um die Unterverteilung der gemeinsam errungenen Sitze. Diese Unterverteilung ist weiter nichts als ein Verrechnungselement. Deshalb haben wir im § 19 des Regierungsentwurfs vorgesehen: Die verbundenen Listen gelten im Verhältnis zu den übrigen als eine gemeinsame Liste, auf der nunmehr nach dem Proporz verrechnet wird.<sup>60</sup> Das ist eine einfache Sache, die ich für rechtlich ohne weiteres zulässig halte.

*Müller:* Ich möchte davor warnen, irgendwie in der Öffentlichkeit davon zu reden, daß hier gewissermaßen eine einheitliche Liste oder am Ende durch die Listenverbindung eine Partei geschaffen wird. Ich habe nicht den geringsten Zweifel daran, daß das Bundesverfassungsgericht dann erklären würde: Das widerspricht dem Grundgesetz. Praktisch wird bei der Listenverbindung individuell die Partei nach der Maßgabe der an sie abgegebenen Stimmen gewählt. Darum sollte man den oben genannten Ausdruck nicht wählen.

Ich teile auch insofern die Bedenken nicht, als ob das Bundesverfassungsgericht von sich aus ein Gesetz erlassen würde. Es hat einen Weg der Gesetzgebung beschritten bei der Verbindlichkeitserklärung des Gutachtens. Das wurde allgemein abgelehnt. Ich bin der Meinung, daß es im äußersten Falle im Wege der einstweiligen Verfügung den Wahltermin verlegt.

Herr Dr. Tillmanns hat erklärt, ein ungünstiges Urteil des Bundesverfassungsgerichts könnte das Ansehen des Bundestages erschüttern. Ich stimme ihm voll zu und glaube, daß Herr Dr. Wuermeling die Dinge etwas zu optimistisch sieht. Wenn das Wahlgesetz Scharnbergscher Prägung angenommen wird, dann wird es von der SPD mit massiven Mitteln der Propaganda bekämpft. Wenn das Bundesverfassungsgericht dieses Gesetz für ungültig erklären sollte, dann würde das unmittelbar vor den Wahlen einen außerordentlichen Erfolg, psychologisch und propagandistisch, für die SPD bedeuten, den sie weidlich ausnützen wird.

Daher gebe ich folgende Anregung, und zwar gewitzigt durch die Erfahrungen in einem anderen Fall – ich meine die Bonner und Pariser Verträge –: Es mögen nicht nur die Sachbearbeiter der Ministerien oder die Minister ihre Rechtsauffassung hier zugrunde legen, sondern man sollte auch Sachkundige und Sachverständi-

---

60 Vgl. BT-Drs. Nr. 4090 vom 19. Februar 1953.

ge vorher hören, die auf manches hinweisen können. Das würde sich lohnen; denn so unberechenbar sind die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts auch nicht.

Zu der Frage, kommen wir nicht in den Verdacht, einen Bürgerblock zu bilden, möchte ich folgendes sagen: Nachdem die Stichwahl gefallen ist, scheint mir die Bindung der in der Liste vereinigten Parteien nicht mehr so stark zu sein, zumal der Herr Bundeskanzler erklärt hat, es steht gar nichts im Wege, daß wir im Wahlkampf auch die in der Liste vereinigten Parteien bekämpfen.

Zu den Ausführungen des Herrn Minister Kaiser möchte ich sagen, ob wir die Listenverbindung haben oder nicht, das Gerede vom Bürgerblock wird so oder so kommen.

Ich gebe folgendes zu erwägen. Soll man, um wenigstens die Bedenken in unserem Kreise zu beruhigen, nicht eine erläuternde Erklärung geben: Diese Listenverbindung bedeutet für die künftige Koalition kein Bündnis auf Gedeih und Verderb; es kommt nicht auf die Koalition an, sondern darauf, daß man gemeinsame Ziele hat. Man könnte hinzusetzen, jeder, der in Zukunft bereit ist, die Grundlinie unserer Politik weiterzuführen, kann auch in einer Koalition willkommen sein.

Ich habe folgende Bedenken – Sie lachen mich vielleicht aus –, daß bei anderen Parteien, die sich hier verbinden, der Gedanke an eine künftige Koalition gar nicht so fest ist. Wenn ich an die Strömungen in der FDP denke, könnte ich mir vorstellen, daß die FDP, wenn sie durch die Listenverbindung verschiedene Mandate gewinnt, also Zünglein an der Waage wird, sich plötzlich für eine Koalition mit der SPD entscheidet. Daß das die Auffassung des Stuttgarter Ministerpräsidenten ist, ist zweifelsfrei. Er will diese Koalition auf Bundesebene. Daß er im Bundesrat gegen dieses Gesetz stimmen wird, erscheint mir auch eindeutig.

Ein Mitglied des Kabinetts, Herr Dr. Dehler, hat in Baden-Württemberg eine Rede gehalten. Das war der massivste und unverschämteste Angriff gegen die CDU, der jemals in der letzten Zeit dort gestartet worden ist.<sup>61</sup> Wenn der Herr Bundeskanzler an uns den Appell gerichtet hat, Herrn Maier mit Samthandschuhen zu behandeln, möchte ich an ihn die Bitte richten, auch Herrn Maier und seinen Genossen in der Bundesregierung zu sagen, daß das natürlich auf Gegenseitigkeit beruhen muß; denn dazu können wir uns niemals verstehen, daß wir uns zurückhalten, während die anderen hemmungslos seitens der FDP gegen die CDU losschießen.

Man sollte hier mit einer klaren Erläuterung die Dinge klären und darauf hin-

61 Dehler hatte bei der Tagung der Jungdemokraten am 10. Mai 1953 in Heidenheim u.a. erklärt, es sei die große Aufgabe der FDP, den Bürger zum Staat hinzuführen, denn weder die Christlichen Demokraten noch die Sozialisten seien dazu imstande noch willens. Für die Haltung Reinhold Maiers gegenüber der CDU in Baden-Württemberg habe er volles Verständnis, denn er glaube, daß auch dort „die schwarzen Kanonen schon mit schwarzem Pulver geladen werden“ (vgl. „Hamburger Anzeiger“ vom 11. Mai 1953; „Schwäbische Donauzeitung“ vom 11. Mai 1953).

weisen, daß diese Verbindung nichts anderes ist als eine sachliche Gemeinschaft zur Fortführung der bisherigen Politik.

*Adenauer:* Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir die Ausführungen von Herrn Dehler mitteilten. Sie haben etwas übersteigert; ich habe nicht gesagt: Samthandschuhe!

*Müller:* Damit es verständlicher wird!

*Scharnberg:* Das Primäre liegt nicht so sehr im Wahlrecht, sondern in der politischen Situation. Im übrigen ist bei diesem Wahlrecht keine Beeinträchtigung der Selbständigkeit der einzelnen Parteien vorgesehen. Es ist durchaus noch nicht gesagt, daß diese Parteien nachher gemeinsam in die Regierung gehen. Man kann weder von einer Bindung noch von einer Beeinträchtigung der Selbständigkeit noch von einer Wahlgemeinschaft, Herr Ministerpräsident Arnold, reden. Man würde eine ganz falsche Darstellung zulassen, wenn man diese Listenverbindung als eine Wahlgemeinschaft bezeichnete.

*Albers:* Es ist bekannt, daß ich gegenüber dem Scharnberg-Entwurf immer meine eigene Meinung hatte, die ich auch bis zuletzt im Vorstand der Fraktion vorge tragen habe. Auch bei der heutigen Debatte habe ich noch nicht die Sicherheit bekommen, daß Karlsruhe uns nachher nicht das Wahlgesetz aufkroyiert. Das ist der Gefahrenpunkt, vor dem wir stehen.

Die Bedenken beim internen Proporz waren in erster Linie gegen die FDP gerichtet; sie sind zum Teil behoben dadurch, daß wir zu einer echten Gemeinschaft mit dem Zentrum kommen.

Wenn allerdings durch diese Berechnung ein Herr Achenbach oder ein Herr Middelhauve oder sonst ein Exemplar von Nordrhein in den Bundestag einziehen sollte, dann haben wir draußen nicht das notwendige gute Gesicht. Deshalb muß mit der FDP festgelegt werden, daß die auf unsere Kosten aufrückenden Mandatsträger Persönlichkeiten sind, die uns in Nordrhein-Westfalen nicht das Leben sauer und schwer machen.

*Adenauer:* Das letztere läßt sich ohne weiteres erreichen. Nun darf ich noch ganz wenige Sätze sagen. Was den Bürgerblock angeht, so hat Herr Gebhard Müller mit Recht gesagt, wir können tun, was wir wollen, Listenverbindung oder nicht, in der Propaganda der SPD wird der Bürgerblock immer wieder erscheinen. Dabei muß ich sagen, besehen Sie sich einmal die Fraktionen der SPD und der CDU/CSU. Dann werden Sie sehen, wo der Bürgerblock ist. Bei uns sind mehr Arbeitnehmer als in der SPD-Fraktion. Wenn Sie das Wahlprogramm der SPD<sup>62</sup> studieren, mit dem sie jetzt auf den Mittelstand losgehen und versuchen, ihn unter allen Umständen zu bekommen, dann muß [ich] sehr nachdrücklich sagen, die jetzige Sozialdemokratie ist in keiner Weise mehr das, was sie vor 1933 gewesen ist; es sind ganz

---

62 Das Wahlprogramm der SPD vom 10. Mai 1953 war aus dem Programm des Dortmunder Parteitags vom September 1952 entwickelt worden und umfaßte 12 Thesen (vgl. AdG 1953 S. 3987; KLOTZBACH S. 283f.).

andere Schichten. Herr Albers, ich habe das Meinige getan, damit Herr Achenbach abserviert wird. (*Albers*: Herr Middelhauve ist auch noch da!) Herr Middelhauve ist nicht im entferntesten so schlimm wie Achenbach. Man muß sich darüber klar sein: Wir mögen ein Wahlrecht haben, was wir wollen, wogegen werden wir in der Hauptsache den Wahlkampf führen? Doch gegen die SPD! Wogegen ist der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen geführt worden bei den Landtagswahlen und bei den Kommunalwahlen? Gegen die SPD! Und wenn im nächsten Jahr in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen sind, wogegen wird der Wahlkampf geführt werden? Gegen die SPD! (*Albers*: Wir haben ihn auch gegen die FDP geführt!) Wieviel FDP-Leute haben Sie denn? (*Arnold*: 26!) Und wieviel SPD? (*Arnold*: 64!) Also, der Wahlkampf wird gegen die SPD geführt.

Ein Wort zum Bundesverfassungsgericht! Sie kennen die Geschichte vom Kaninchen und von der Schlange. Lassen wir uns doch nicht wie ein Kaninchen nach Karlsruhe schauen und uns hypnotisieren lassen vom Blick des Bundesverfassungsgerichts. Wollen wir doch abwarten, was es tut!

Wir wollen mal sehen, wenn der Bundestag ein Wahlgesetz beschlossen hat und die Frist bis zum Wahltermin sehr kurz bemessen sein wird, ob dann das Bundesverfassungsgericht es wirklich auf sich nimmt, uns ein Wahlrecht aufzuoktroyieren. Da bin ich ganz anderer Ansicht als Sie, Herr Albers. Das Bundesverfassungsgericht erfreut sich in der Bevölkerung wirklich keines großen Ansehens, und es hat auch keine Sympathien. Die Bevölkerung ist die Sache vollkommen satt mit dem Bundesverfassungsgericht. Wenn das Bundesverfassungsgericht es aber doch macht, dann ist der Pfropfen (*Arnold*: locker geworden!). Ja! Dann kommt der Ministerpräsident mit einem Antrag, den er in der Tasche hat.

Damit wir nicht aneinander vorbeireden, darf ich folgendes sagen: Wir wünschen vom engeren Vorstand, daß Sie uns bevollmächtigen, in der Frage der Listenverbindung zu verhandeln. Wir beschließen heute noch nicht die Listenverbindung, sondern zu verhandeln. (*Zurufe*: Gut!) Wir müssen verhandeln, damit uns die anderen auch garantieren, daß sie für den Gesetzentwurf stimmen und Rücksicht nehmen bei der Auswahl der Kandidaten in dem Sinne, wie es eben Herr Albers gesagt hat. So weit bevollmächtigen Sie den Vorstand?

*Arnold*: Herr Bundeskanzler! Wäre es nicht zweckmäßig, auch den BHE mit einzubeziehen? Ich gebe das nur als Anregung; ich weiß nicht, ob es politisch richtig ist. (*Widerspruch*.)

*Adenauer*: Damit haben Sie denen ein heißes Eisen in die Hand gedrückt! Das Wort hat Herr Kather. (*Heiterkeit*.)

*Kather*: Die Vertriebenen-Abgeordneten der Koalition würden diese Sache nicht mitmachen, wenn sie wüßten, daß der BHE einbezogen wäre. Man kann nach sieben Jahren sagen, die politische Absonderung ist nicht gut für die Vertriebenen. Die Einschließung des BHE würde von den Vertriebenen der CDU, die sehr viel mehr sind, als man allgemein annimmt, nicht verstanden werden; ganz abgesehen von den Bedenken, die eben Herr Albers vorgetragen hat, die ja beim BHE noch

stärker hinsichtlich der Persönlichkeiten gegeben sind. Ich habe gehört, daß man z.B. auch Herrn Schepmann<sup>63</sup> aufstellen will. Ich erinnere an die Dinge in Hessen, wo über die Verbindung der FDP acht BHE-Leute in den Landtag gekommen sind, von denen sieben inzwischen von der Sozialdemokratie praktisch kassiert worden sind.<sup>64</sup> Ich muß also dringend vor einem solchen Schritt warnen.

*Adenauer:* Ich möchte bitten, das Thema jetzt zu verlassen; denn es ist nicht gut möglich, daß wir jetzt noch mit dem BHE Fühlung aufnehmen. Da pflichte ich Ihnen bei, Herr Kather.

*Süsterhenn:* Kann mir einer der Herren Wahlrechtssachverständigen sagen, ob es möglich ist, dieses Prinzip der Listenverbindung evtl. auf der Landesebene stattfinden zu lassen?

*Wuermerling:* Politisch undurchsetzbar; es ist bei den anderen eine Conditio sine qua non!

*Adenauer:* Herr Süsterhenn, dann würde jede Partei sagen, das Land will ich nicht.

Sollen wir nun ausdrücklich darüber abstimmen, daß Sie uns bevollmächtigen, über die Frage der Listenverbindung in dem Sinne zu verhandeln, wie wir es besprochen haben? (*Albers:* Verhandeln!) Ja, verhandeln, aber auch, wenn diese Vorbereidungen erfüllt werden, daß wir dann auch Ja sagen. Verhandeln kann man immer. (*Bach:* Bevollmächtigen!) Daß Sie uns bevollmächtigen, wenn unsere Bedingungen erfüllt sind,

1. für den Scharnberg-Entwurf zu stimmen,
2. daß wir uns in der Frage der Benennung der Kandidaten gegenseitig – ich gebrauche jetzt den Ausdruck – konsultieren bei gewissen Kandidaten und
3. daß wir auch abschließen, und zwar mit allen, wobei die Bayernpartei mit der CSU abstimmt. Ich glaube, das ist schon so gut wie perfekt.

Dann darf ich diejenigen Damen und Herren, die dafür sind, bitten, eine Hand zu erheben!

Das ist doch wohl die übergroße Mehrheit.

Ich darf Ihnen mitteilen, daß Herr Lojewski<sup>65</sup> die Bundespressestelle unserer Partei übernommen hat. Er ist hier anwesend. Ich darf ihn vorstellen. (*Lojewski erhebt sich.*)

Ich schlage nun vor, daß wir über die Kandidaten uns aussprechen.

*Dichtel:* Ich halte die Erhöhung auf 480 Abgeordnete nicht für glücklich. Ich habe sogar sehr ernste Bedenken dagegen.

---

63 Wilhelm Schepmann (geb. 1894), 1932 MdPrL (NSDAP), 1933 MdR, 1943 Stabschef der SA, war am 9. November 1952 bei der niedersächsischen Kommunalwahl auf der BHE-Liste zum Stadtrat in Gifhorn gewählt worden (vgl. STOCKHORST S. 387; NEUMANN S. 80 und S. 113f.).

64 Vgl. dazu NEUMANN S. 58f., S. 94 Anm. 376.

65 Vgl. Nr. 21 Anm. 2.

*Scharnberg:* Die Erhöhung auf 480 liegt im wesentlichen in unserem Interesse, weil wir von der relativen auf die absolute Wahl übergehen. Eine Reihe von Wahlkreisen wird gewonnen; aber auch einige werden verloren.

In der Öffentlichkeit wird gegen die 480 Mandate sehr wenig abfällig kritisiert. Die SPD hat auch dafür gestimmt. Die FDP hat die Erhöhung beantragt, so daß also im Wahlkampf keine Partei sagen wird, daß ist eine Erfindung der CDU. Abgesehen davon ist auch der Umstand, daß viele Abgeordnete in europäischen Parlamenten verpflichtet sind, ein guter Grund, mit dem man sich vor der Öffentlichkeit verteidigen kann.

*Adenauer:* Zufrieden, Herr Dichtel?

*Dichtel:* Nein! Es wurde heute hier gesagt, man sollte möglichst seinen Prinzipien treu bleiben und nicht sein Gesicht verlieren. Schon im Königsteiner Kreis<sup>66</sup> haben wir die Meinung vertreten, das Parlament soll nicht in der Quantität seine wertvollste Eigenschaft besitzen, sondern in der Qualität. Es dürfte richtig sein, daß die Ausweitung damals auf 400 Abgeordnete sehr stark dem Prinzip der SPD entsprochen hat. Die SPD wird jederzeit für jede Erweiterung des Parlaments sein, weil sie gerade dort ihre Funktionäre sitzen hat, die die billigsten Mitarbeiter sind und auf Staatskosten dotiert werden. Wir sind damals auf 400 gedrängt worden, und jetzt haben wir sogar 480. (*Zurufe:* 484!)

Und nun, Herr Bundeskanzler, ein Wort in aller Offenheit. Die 400 Abgeordneten haben Ihnen genug Sorge gemacht; ob Sie mit 480 besser zureckkommen werden, weiß ich nicht. Draußen im Lande werden wir mit dieser Erhöhung bestimmt keinen guten Eindruck machen. Es wird zwar keine Revolution geben, aber ich bin der Meinung, wir werden damit unserem Prinzip untreu. Ich halte die Sache für unrichtig.

*Schröder:* Was Herr Dichtel gesagt hat, entspricht auch dem Grundsatz der Bundestagsfraktion. Mit 480 Abgeordneten haben wir das Ergebnis der Reichstagswahl, wo auf 60.000 Wähler ein Mandat kam. Wenn Sie dazunehmen, daß das amerikanische Repräsentantenhaus 435 Leute hat für das ganze große Amerika, dann zeigt sich um so deutlicher, wie richtig das ist, was Herr Dichtel vorgetragen hat.

Aber die Antwort ist einfach. Daß man jetzt auf 484 gekommen ist, ist ein rein rechnerischer Vorgang, zu dem wir deshalb genötigt werden, weil wir auf der Basis von 242 Wahlkreisen operieren müssen und die Zusammenlegung oder Streichung der Wahlkreise ein Problem wäre, was wir rein technisch nicht in diesen Monaten lösen könnten. Daraus ergab sich, um überhaupt einen Ausgleich auf der Bundes-

66 Am 5./6. Februar 1947 hatten Vertreter von CDU und CSU in Königstein/Taunus die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands beschlossen. In der Folgezeit fanden in Königstein mehrere Tagungen des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft und der Vorsitzenden der Landesverbände statt; in der Konferenz vom 20. August 1948, an der Dichtel teilnahm, wurde über Verfassungs- und Parlamentsfragen gesprochen (Bestand Dörpinghaus ACDP I-009-007).

ebene vornehmen zu können, daß wir tatsächlich ganz schematisch 50 plus 50 machen mußten.

*Majonica:* Es besteht die Gefahr, daß der BHE mit der SPD zusammengeht.

*Adenauer:* Es kann sein, aber ich glaube es nicht. (*Majonica:* Er wird halbiert!) Meinen Segen hat er zur Halbierung.

*Wiedemeier*<sup>67</sup>: Zu den 484 kommen noch die 22 Berliner Abgeordneten; das sind insgesamt 506.

*Dichtel:* Wird es bei dem Verhältnis 60:40 bleiben?

*Schröder:* Das reicht nicht aus. Wir können eine Verbindung auf der Bundesebene nur dann machen, wenn wir die größere Zahl haben. Das ist sorgfältig geprüft worden. Man kann die Landeslisten nicht isoliert machen, weil man die Gesamtverbindung der Listen braucht, um den Bundesausgleich herzustellen.

*Adenauer:* Sie haben vollkommen recht, Herr Dichtel, 200 bis 240 genügten, aber alle anderen Parteien sind für die Erhöhung. Man muß manchmal etwas passieren lassen, was einem keine Freude macht.

*Kaiser:* Diese Begründung ist mir neu.

*Schröder:* Es ist gesagt worden, daß wir die Leute für Straßburg usw. brauchen. Das Ganze ist aber eine reine rechnerische Frage. Nach draußen soll man aber ruhig die andere Begründung geben. (*Johnen:* Die glaubt sowieso keiner!) Das will ich nicht sagen.

*Adenauer:* Ich möchte einige Worte zur Kandidatenfrage sagen lassen; vielleicht Sie, Herr Kaiser? (*Kaiser:* Ich würde Sie bitten, Herr Bundeskanzler, zunächst einige Ausführungen zu machen.)

Es ist schade, daß Herr von Brentano nicht hier ist. Wir haben in der jetzigen Bundestagsfraktion für gewisse Gebiete der Gesetzgebung nicht genügend sachverständige Mitglieder. Infolgedessen kommen wir in den Ausschüssen nicht so zur Geltung, wie das an sich nach der Zahl unserer Mitglieder sein müßte. Ich drücke mich sehr vorsichtig aus.

Es kommt hinzu, daß häufig Mitglieder von uns verhindert sind, so lange in den Ausschüssen zu bleiben, wie das notwendig wäre. Zum Bundestagsabgeordneten gehören Fleiß, Pflichttreue und Kenntnisse.

*Schröder:* Wenn Sie sich schon sehr vorsichtig ausgedrückt haben, Herr Bundeskanzler, dann muß ich noch vorsichtiger sein. Das ergibt sich aus der Lage der Sache. Es ist ganz sicher, daß die Bundestagsfraktion eine so gute Arbeit geleistet hat, wie es nach den Umständen zu erwarten war.

Ich glaube, daß man sicher auf einige Lücken hinweisen kann. Es gibt keine

<sup>67</sup> Franz Wiedemeier (1890–1970), 1918–1933 Sekretär des Zentralverbands christlicher Fabrik- und Transportarbeiter, 1929 Stadtverordneter in Ulm, 1930–1933 MdR (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung Württemberg-Baden, 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (1948–1952 Fraktionsvorsitzender), 1954–1961 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Nordwürttemberg.

Mannschaft, die nicht vertragen könnte, verstärkt zu werden. Einen Mann wie Herrn Etzel haben wir praktisch bis heute nicht ersetzen können. Man glaubt nicht, wie groß der Ausfall von jemand sein kann, der sich voll und ganz in eine Sache hineinversetzt hat.

Das ist aber auch das einzige Beispiel, das ich mit Namen nennen möchte, weil es jemanden trifft, der ausgeschieden ist. Es ist sehr schwer, auch nur irgendwelche anderen Namen in eine solche Erörterung einzubeziehen. Ich glaube, daß wir eigentlich auf allen entscheidenden Gebieten – Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Steuer-Politik – eine gute Verstärkung vertragen können. Es gibt kaum ein Gebiet, bei dem wir nicht dankbar dafür wären, zusätzlich Kräfte in die Mannschaft hineinzubekommen. Der ideale Vorgang würde dabei sein, die bisherige Mannschaft um so viel Kräfte aufzufüllen, wie sich die Hoffnungen realisieren lassen, die wir an das Wahlrecht knüpfen.

Die SPD hat eine Mannschaft, die manchmal so wirkt, als ob sie nach Stunden bezahlt und engagiert wäre, die sehr treu ihre Zeit absitzt, während die Differenziertheit der Menschen und Berufe bei uns so groß ist, daß ein großer Teil der derzeitigen Fraktionsfreunde auf vielen anderen Gebieten mitarbeiten und sehr oft versuchen, das Unmögliche möglich zu machen, indem sie Dinge miteinander verbinden, die sich schwer miteinander verbinden lassen.

Eine gewisse Milderung wird dadurch eintreten, daß die Arbeitslast des kommenden Bundestages vermutlich etwas geringer sein wird als bisher. Aber soviel ist ganz sicher: Es ist nicht mit irgend jemand gedient, der nach irgendeiner Funktion sucht. Wir brauchen Leute, die wirklich entschlossen sind, den weitaus größten Teil ihrer Arbeitskraft – egal ob dankbar oder undankbar – auf diesem Gebiet zu investieren. Das ist das Problem, ohne ins Detail zu gehen.

*Adenauer:* Darf ich den Herrn Landesvorsitzenden Johnen bitten, einige praktische Vorschläge zu machen, wie man der Bundestagsfraktion helfen kann.

*Johnen:* Das ist außerordentlich schwierig, Herr Bundeskanzler. Jeder Abgeordnete, ganz gleich, in welchem Gremium, hält sich für den besten. Es ist ungeheuer schwer, einem klarzumachen, daß er sich für den Posten nicht eignet. Es ist tatsächlich so – ich sage das ganz offen –, daß diejenigen Persönlichkeiten, die man so häufig unter „ferner lieben“ bezeichnet, oft in den sichersten Wahlkreisen sitzen.

*Adenauer:* Verzeihen Sie, da muß ich persönlich reden! (*Heiterkeit.*)

*Johnen:* Sie sind nie „ferner gelaufen“ und nie Einzelgänger gewesen. Also, diese Abgeordneten sind in ihren Wahlkreisen nicht unbeliebt. Der Wähler wählt den Abgeordneten nicht danach, ob er in der Bundestagsfraktion wertvoll ist oder nicht, sondern er beurteilt den Bundestagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten so, wie sich dieser im Wahlkreis gezeigt hat. Manche Persönlichkeiten haben es nun außerordentlich geschickt verstanden, sich in den Wahlkreisen beliebt zu machen und ihre Fähigkeiten besonders herauszustellen.

Sie werden feststellen, wenn Sie mit den Kreisvorsitzenden verhandeln und nur in Erwägung ziehen, neben dem eigenen Kandidaten auch andere Persönlichkeiten

zu nennen, daß das rundweg abgelehnt wird. Aber man wird sich in dem einen oder anderen Fall durchsetzen müssen. Es geht nicht anders. Die Art, wie man das macht, scheint mir ebenso verschieden zu sein, wie die Struktur der Bundesrepublik verschieden ist.

Die Abgeordneten müssen etwas können! Und neben dem Können müssen sie auch das anwenden, was sie können.

Die Grundlage muß sein, eine echte CDU-Substanz herzustellen. Die Landesvorsitzenden sollten sich daher zusammenfinden und prüfen, welche Kategorien fehlen in der Gesamtliste, und was kann der einzelne Landesverband noch an Persönlichkeiten präsentieren.

*Müller:* Man wird außerordentlich skeptisch sein gegen alle Versuche, hier gewissermaßen eine Veredlung der Abgeordneten herbeizuführen, weil der Irrtum nicht auszurotten ist, als ob bäuerliche Interessen nur durch Bauern, Arbeiterinteressen nur durch Arbeiter, Mittelstandsinteressen nur durch das Handwerk usw. vertreten werden könnten. Kann denn nicht ein Mann, der ein umfassendes Wissen hat, die Interessen mindestens so gut vertreten wie ein anderer, der diese Kenntnis nicht hat? Aber dagegen kämpft man vergeblich an. Sie hätten die Möglichkeit, uns in der von Ihnen gewünschten Richtung eine Erleichterung dadurch zu geben, daß Sie in das Wahlgesetz die Bestimmung hineinbringen, daß für die Benennung der Kandidaten auch in den Kreisen gegenüber dem Wahlleiter der Landesvorstand zuständig ist. Dann hätten wir ein Druckmittel gegenüber den Kreisen, während wir jetzt den Leuten nur wie einem lahmen Esel zureden können.

Ich habe Herrn von Brentano geschrieben, aber wenig Gegenliebe gefunden. Man sollte uns die Möglichkeit geben, aus den Kreislisten bis zu drei Kandidaten aufzustellen. Dann könnten wir auch eine Reihe von Berufsinteressen berücksichtigen.

*Tillmanns:* Wenn wir die stärkste Partei bleiben wollen, sind wir darauf angewiesen, in dem einen oder anderen Fall Persönlichkeiten herauszustellen, die so stark wirken, daß sie uns neue Stimmen zuführen. Wenn das im ganzen Bundesgebiet nur zehn Fälle wären, würde das schon eine starke positive Wirkung für die Partei haben. Wir sollten zunächst von den Landesverbänden hören, wen sie präsentieren können.

*Lensing:* Um diese Angaben machen zu können, muß man zunächst das Wahlgesetz kennen. Wenn wir wissen, wir bekommen in Westfalen meinetwegen sechs Mandate mehr, können wir sagen, welche Leute wir benennen.

Es muß aber zunächst geklärt werden, wer die Kompetenz bei der Aufstellung der Kandidaten in Zukunft hat, ob das der Kreisparteitag oder der Landesparteitag ist. Wenn ich die Anträge sehe, die ich hinsichtlich der neuen Kandidatur bekomme, dann kann mir angst und bange werden.

Wir sind bereit, das Unsere zu tun, aber es muß uns auch die Fraktion helfen. Es geht nicht an, daß sich die Fraktion dauernd davor scheut, uns zu sagen, wer von den Abgeordneten nach ihrer Auffassung nicht wiederzukommen braucht.

Ich erinnere mich an die Bundestagswahl 1949. Damals hat der Fraktionsführer der CDU im Wirtschaftsparlament in Frankfurt<sup>68</sup> ganz klar die Abgeordneten, die in Frankfurt gewesen sind, klassifiziert, so daß wir sagen konnten, die Leute sind besonders wertvoll, und die und die brauchen wir nicht.

Wir müssen also von der Fraktion verlangen, daß sie uns eine klare Auskunft über die Qualität der jetzigen Abgeordneten gibt. (*Wuermeling*: Wer ist denn Fraktion?)

*Adenauer*: Damit hat Herr Lensing zweifellos recht. Das Geschäft ist natürlich sehr unangenehm in den Landesverbänden, aber Sie können sich darauf berufen, daß nach Ansicht der Fraktion der betreffende Abgeordnete nicht gerade unbedingt nötig ist. (*Wuermeling*: Wer ist denn Fraktion in diesem Falle?) Das muß ein kleiner Kreis des Fraktionsvorstandes tun.

*Kaiser*: Es ist zwar festgelegt worden, daß eine solche vertrauliche Mitteilung an die Landesvorsitzenden erfolgen solle, aber man ist etwas zu zaghaft. Ich habe noch das Wort in den Ohren, das Brentano damals drüben in der „Bürgerschaft“<sup>69</sup> ausgesprochen hat: Ich werde mir den Teufel tun, das wird bekannt, und dann gibt es Feindschaft.

Im übrigen bewegen mich die gleichen Gedanken, die ausgesprochen worden sind in bezug auf die zu wählenden Abgeordneten. Ich klammere mich an den Satz von Johnen: Die Fraktion muß ein wahrer Ausdruck der Struktur unserer Partei sein. Die Christlich-Demokratische Union ist im Grunde genommen die wirklich einzige Volkspartei in diesem Lande. Das Bild der Sozialdemokraten ist im wesentlichen die Arbeitnehmerschaft, auch wenn das Fraktionsbild damit nicht übereinstimmt. Es ist richtig, daß wir in unseren Reihen echte Arbeiterpersönlichkeiten haben. So sehr ich mit Ihnen übereinstimme, Herr Gebhard Müller, daß es natürlich falsch ist, daß nur ein Arbeitnehmer die Interessen der Arbeitnehmer und ein Bauer nur die Interessen der Bauern vertreten kann, sondern daß es Persönlichkeiten mit einem universalen Blick gibt, die das genausogut können, so sehr bleibt doch übrig, daß wir die großen Schichtungen unseres Volkes – weil wir eine echte Volkspartei sind – auch im Bild der Fraktion in Erscheinung treten lassen müssen.

Ich bin davon durchdrungen, daß der Wahlerfolg – ganz gleich, wie es mit dem Wahlgesetz wird – davon abhängen wird, ob es uns gelingt, in der Auseinandersetzung mit der SPD die Arbeiterschaft zu halten und neue Schichten zu gewinnen. Das ist nun einmal so in diesem Arbeitervolk, das wir Deutschen geworden sind. Wir werden eine echte Auseinandersetzung mit der SPD über die deutsche Arbeiterschaft führen. Wir werden das mutig anpacken.

Die Christlich-Demokratische Union würde ihre Mission für das deutsche Volk

68 Dr. Friedrich Holzapfel.

69 Gemeint ist der Bonner Bürgerverein, in dem 1949 die ersten Fraktionssitzungen stattfanden (heute Neubau Hotel Bristol). Druck der ersten Fraktionssitzungen in WENGST: Auf-takt.

nicht erfüllen können, wenn sie in steigendem Maße eine Partei der kleinen und mittelständigen Leute oder des flachen Landes würde. Es muß uns gelingen, uns in Großstädten und im Industriegebiet zu behaupten; wir müssen Köln und Düsseldorf und Essen bekommen. (*Zuruf:* Erobern!) Jawohl, erobern! Das gilt auch für das Industriegebiet. Es ist schmerzlich, daß wir in Gelsenkirchen, Dortmund und Bochum, wo wir in früheren Zeiten – im Sinne der Tradition gedacht – führend waren, ins Hintertreffen gekommen sind. Es kommt darauf an, daß die richtige Mannschaft in die Fraktion hineinkommt.

Arnold, Albers und ich, wir haben ein sehr deutliches Gespräch mit dem geschäftsführenden Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, mit Walter Freitag an der Spitze, geführt.<sup>70</sup> Es ist in Aussicht genommen, mit den großen Organisationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes – es sind die ganzen Industrieverbände dabei – das Gespräch weiterzuführen.

Wir werden ihnen dabei klarmachen, daß es aufhören muß, von seiten dieser Organisationen immer nur von der SPD zu sprechen. Wir sind mindestens ebensoviel wert. Wir haben ihnen dargelegt, was wir unter Konrad Adenauer geleistet haben. Das sage ich ohne jede Einschränkung. Wir haben zum Ausdruck gebracht, daß wir versuchen wollen, namhafte hauptamtliche Gewerkschafter ins Parlament zu bringen. Wir denken daran, daß es gelingen sollte in Westfalen, den besten Mann, der aus unseren Reihen kommt, den Johannes Platte<sup>71</sup>, ins Parlament zu bekommen. Er wird in einem umstrittenen Wahlkreis – in Gelsenkirchen oder Bochum – zur Wahl gestellt. Ebenso müßten wir eine vergleichbare Persönlichkeit in Nordrhein haben. Ich denke an Leute wie Giesberts<sup>72</sup> in Essen und Imbusch<sup>73</sup>.

Ich werde mich in Erfüllung meiner Aufgabe noch einmal an die Herren Johnen und Lensing wenden, damit wir das nicht übersehen. Ich bitte darum, daß man das auch in den anderen Landesverbänden nicht vergißt.

Ich habe vorigen Sonntag in Mainz sprechen dürfen und habe dort den Gedan-

---

70 Am 9. Mai 1953 in Düsseldorf (vgl. KOSTHORST S. 266).

71 Johannes Platte (1894–1960), 1925–1933 Sekretär des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Mitgründer der CDU Rheinland, 1950 Hauptvorstandsmitglied der IG Bergbau in Bochum, 1953 Mitglied des Beratenden Ausschusses der Montanunion, 1954–1956 Minister für Arbeit und Soziales von Nordrhein-Westfalen.

72 In der Vorlage: Giesberg. – Johann Giesberts (1865–1938), 1892–1918 Stadtverordneter in Mönchengladbach (Zentrum), 1905–1918 und 1920–1933 MdR, 1906–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1918–1919 Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsamt, 1919–1922 Reichspostminister (NDB 6 S. 375f.).

73 Heinrich Imbusch (1878–1945), 1905–1919 Redakteur der Wochenschrift des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands „Der Bergknabe“, 1919–1933 Vorsitzender des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, 1919–1924 Stadtverordneter in Essen (Zentrum), 1929–1933 Vorsitzender des DGB, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1933 MdR, 1920–1933 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates (NDB 10 S. 144f.).

ken des Volkscharakters unserer Partei zum Ausdruck zu bringen versucht.<sup>74</sup> Ich glaube, ich bin ganz gut verstanden worden. Ich weiß, daß in Rheinland-Pfalz der Kollege Junglas<sup>75</sup> nicht mehr kandidieren soll. Ich möchte wünschen, daß in den stark industriell durchsetzten Bereichen wie die Pfalz und andere Bezirke auch wieder eine Persönlichkeit – nicht irgendein Mann – zur Wahl kommt.

Es sind eine Reihe von Anregungen an mich ergangen. Ich werde den Landesverbänden noch schreiben. Ich habe den gleichen Wunsch Niedersachsen gegenüber. Es muß zu einer echten Auseinandersetzung über die Arbeiterschaft zwischen uns und der SPD kommen.

Wir haben in Hamburg aus voller Überzeugung gesagt, daß wir den sozialen Rechtsstaat verwirklichen wollen in einem geeinten Deutschland und in einem sich vereinigenden Europa. Dieses Wort verpflichtet uns. Wir müssen dieses Vorhaben erfüllen für die Bundesrepublik Deutschland und auch mit dem Blick auf das in absehbarer Zeit – so Gott will – vereinigte Deutschland.

*Albers:* Wenn das Wahlgesetz so durchkommt, wie es jetzt vorgesehen ist, müssen wir der SPD das Argument wegnehmen, als ob wir eine bürgerliche Partei wären. Wenn wir das nicht schaffen, sehe ich die Schwierigkeit, daß die SPD mit ihrer Parole Bürgerblock und Bürgertum bei der Arbeiterschaft in weiten Kreisen Anklang findet.

Ich möchte die Anregung von Kaiser weitgehend unterstützen; wir müssen auch Arbeitnehmervertreter aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen bekommen, die irgendwie einen gelben Anklang finden. (*Unruhe.* – *Zuruf:* Was ist denn das! Was heißt gelb?) Wenn die Herren es nicht wissen: mehr oder weniger arbeitgeberabhängige Persönlichkeiten.

Deshalb mein Appell an die Herren, auch an Herrn Scharnberg, nicht allein daran zu denken, daß von Hamburg, dieser großen Arbeiterstadt, nur die repräsentativsten Vertreter eines gut gesättigten Bürgertums erscheinen.<sup>76</sup> So muß ich es einmal sagen.

Der Kampf, den wir mit der SPD zu führen haben, wird insbesondere von der Arbeitnehmerschaft durchzustehen sein. Die Argumente für diesen Kampf gegen die SPD sind gegeben, wenn wir auf Kandidaten aus der Arbeitnehmerschaft verweisen können. Gegenüber dem DGB ist die Situation für uns nicht schlecht. Die

---

74 Vor dem Landesverband der CDU Rheinland-Pfalz am 17. Mai 1953.

75 Johann Junglas (1898–1963), 1933 Stadtverordneter in Mayen, Mitglied des Kreistags und Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags (Zentrum), Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz, 1946–1949 Minister für Gesundheit und Wohlfahrt, 1947–1950 MdL, 1949–1953 MdB, 1953–1963 Ministerialdirektor und Staatssekretär im Sozialministerium Rheinland-Pfalz.

76 Für die CDU wurden in Hamburg zum zweiten Bundestag direkt gewählt: Gerd Bucerius, Hugo Scharnberg, Hans Griem; über die Landesliste kamen Georg Schneider, Karlfranz Schmitt-Wittmack, Roland Seffrin und Paul Leverkuehn. Als Arbeitnehmervertreter konnte nur Georg Schneider (vgl. Nr. 24 Anm. 117) angesehen werden.

letzten Wahlen zur Angestelltenversicherung werden dem DGB Veranlassung geben, seine bisherige Haltung zu überprüfen. Das Ergebnis zeigt, daß auch die Bäume des DGB nicht in den Himmel wachsen.<sup>77</sup>

Wir sollten uns veranlaßt sehen, auch außerhalb des rheinisch-westfälischen Industriegebietes uns eine entsprechende Vertretung der Arbeitnehmerschaft zu sichern. Der Bundesparteitag in Hamburg hat draußen im Volke in den breitesten Schichten eine so starke Wirkung ausgeübt, wie das bisher noch bei keinem Parteitag der Fall gewesen ist. Wenn wir weiter so fortfahren, wie wir in Hamburg begonnen haben, dann hat die SPD noch lange nicht die Sicherheit, für ihre Kandidaten die meisten Stimmen zu bekommen.

*Adenauer:* Es ist keiner unter uns, der es nicht für berechtigt und notwendig hält, daß in einer wirklich stattlichen Schar die Vertreter der Arbeitnehmer in der Bundestagsfraktion sind. Darüber brauchen wir nicht zu sprechen. Ich möchte darauf hinweisen, daß aber jetzt schon die Vertreter der Arbeitnehmerschaft in der Bundestagsfraktion nächst der Grünen Front am meisten zu bedeuten haben. Sie rücken sogar an die Grüne Front ziemlich heran. Trotzdem können wir noch mehr gebrauchen; aber Sie müssen auch die richtigen Leute benennen.

Herr Kaiser sprach von Herrn Platte. Ich habe wegen Herrn Platte gestern mit Herrn Storch gesprochen. Ich kenne Herrn Platte. Er würde ein ganz ausgezeichneter Mann sein, aber Herr Platte hat Herrn Storch erklärt: Wenn ich jetzt weggehe aus der IG Bergbau und der August Schmidt<sup>78</sup> geht in wenigen Monaten weg, dann würde das ein kolossaler Fehler sein. Deswegen lassen Sie mich hier.

Sie dürfen also nicht ein Loch aufreißen, das überhaupt nicht mehr ausgefüllt wird. Da kommt kein zweiter Mann hin wie Platte. Ich möchte daher unsere Freunde, die den Gewerkschaften nahestehen, bitten, sich mit den katholischen und evangelischen Arbeitervereinen wegen dieser Frage zusammenzusetzen, damit auch da nicht gewisse Reibungsflächen entstehen zwischen Gewerkschaft, KAB und den evangelischen Arbeitern. Sie müssen zusammengehen und Vorschläge machen. Wenn Sie glauben, nicht durchzukommen, müssen Sie sich an den Parteivorstand wenden. Darüber sind wir uns klar, daß wir hinter Ihnen stehen, damit Sie wirklich die Leute hinbekommen.

Nun zu der Abgeordnetenfrage! Ich muß sagen, verehrter Herr stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion<sup>79</sup>, es hilft alles nichts, Sie müssen im Vorstand der Fraktion ein kleines Gremium wählen, das nun tatsächlich sich die ganze Gesellschaft vor Augen führt. Dazu bitten Sie am besten einige Landesvorsitzende hier-

77 Bei den Wahlen zur Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung erhielt die DAG 56 %, der DHIV 20 %, der DGB 17 % und der VWA 7 % der Stimmen. – Bei den Sozialwahlen für die Ortskrankenkassen erhielten in Westfalen die christlichen Kandidaten 28 %, in Hamburg 23,8 % der Stimmen (vgl. FAZ vom 20. Mai 1953).

78 August Schmidt (1878–1965) war von 1946–1953 Vorsitzender der IG Bergbau, er verzichtete 1953 auf seine Wiederwahl mit Rücksicht auf sein Alter.

79 Johannes Albers.

her, mit denen dann nicht schriftlich, sondern mündlich die Dinge erörtert werden. Vor allen Dingen muß man sich auf die Landesvorsitzenden verlassen können, damit kein unnötiges Getratsche und Gequatsche kommt. Aber das werden Sie tun müssen!

Es wird weiter notwendig sein, daß Sie sich einmal in einem vom Bundesvorstand zu bestimmenden Gremium hinsetzen und einen Katalog aufstellen, welche Sparten nicht genügend besetzt sind, um dies dann an die Landesvorsitzenden mitzuteilen. Sie sprachen von der Wirtschaft; das ist richtig. Sie haben an Steuerfachleuten nur den Herrn Neuburger, und der ist kolossal belastet. Auf finanziellem Gebiet haben Sie dringend Leute nötig. Ich kenne keinen im ganzen Bundestag, der dem Herrn Schäffer gewachsen ist. Und Sie müssen Leute haben, die ihm gewachsen sind. Sie müssen gute Finanzexperten haben.

Darf ich nun als Meinung des Parteivorstandes feststellen, daß in folgender Weise verfahren wird: Der Fraktionsvorstand richtet an die Landesvorsitzenden ein Schreiben, in dem auf diese Dinge aufmerksam gemacht wird.

*Albers:* Ich hatte mit dem Vorsitzenden von Nordrhein ein kurzes Gespräch über die Frage, was macht nun die Bundespartei, und mit welchen Mitteln und Möglichkeiten können wir bei der Wahl rechnen. Von Herrn Dr. Schreiber wurde die Auffassung bekundet, daß man im Lande draußen nicht genügend informiert sei über die Absichten der Bundespartei bzw. des Bundesparteivorstandes.

Ich wäre daher dankbar, wenn wir heute auf diese Frage eine konkrete Antwort bekämen. (*Unruhe.*)

*Adenauer:* Die Herren haben jetzt nicht richtig zugehört, was Herr Albers gesagt hat. Ich will daher seine Ausführungen nochmals zusammenfassen. Herr Albers möchte wissen, welche Mittel zur Verfügung stehen, was an Propaganda usw. für die Wahl vorgesehen ist.

*Heck:* Ich bin einigermaßen darüber erstaunt, daß Herr Dr. Schreiber nicht wissen will, was vorgesehen ist. Der Gesamteinsatz ist in der Landesgeschäftsführerkonferenz unter körperlicher Anwesenheit (*lebhafte Heiterkeit.*) von Herrn Dr. Schreiber sehr eingehend besprochen worden. Es wurde auch bei der vorletzten Vorstandssitzung hier eingehend darüber gesprochen, wie die Etatmittel aufgeteilt werden sollen.

Ich darf daher kurz wiederholen. Es ist vorgesehen, an Redner-Material zur Verfügung zu stellen:

1. einen sogenannten Sündenkatalog der SPD von 1946 an bis heute. Das hat ein kleines Werk von 240 Seiten Umfang ergeben. Die Sache wird in den nächsten Tagen in Druck gegeben<sup>80</sup>;
2. wird von der Regierungserklärung des Bundeskanzlers im Jahre 1949 ausgegan-

---

<sup>80</sup> Erschienen unter dem Titel „SPD-Spiegel“ (Hrsg. Bundesgeschäftsstelle der CDUD in Bonn o.J.).

- gen und unter Hinzuziehung des Berichts der Ministerien sämtliches Material über die geleistete Arbeit zur Verfügung gestellt;
3. wird das Hamburger Programm in einzelnen Punkten so weit ausgeführt, daß es von den Rednern im Wahlkampf verwendet werden kann.

Darüber hinaus werden, beginnend mit dieser Woche, tausend kleine Kreiszeitungen mit Material beliefert, wonach die Auswirkung der Bundespolitik auf die Kreise umgerechnet wird; z.B. über die Motorisierung.

Mit der ersten Juniwoche wird ein sogenannter „Mittwoch-Dienst“ mit 185 Kopfzeichen herausgegeben, und zwar wird die Regierungsresse und die Presse, die eine regierungsfreundliche Haltung einnimmt, beliefert. Es sind vorgesehen Karikaturen, satirische Gedichte und Fabeln, die illustriert werden können.

Weiter ist vorgesehen ein Drei-Fragen-Interview, d.h. an führende Politiker unserer Partei werden jeweils drei Fragen gerichtet, die abgesprochen werden. Wir haben jetzt 65 Tonausrüstungen in Arbeit, die ausgeliefert werden können bis Ende Juni. Zehn Wagen werden uns von einer Dienststelle des Herrn Lenz zur Verfügung gestellt. Es sind ferner vorgesehen zwei- oder dreiminütige Reden vom Bundeskanzler, von Herrn Erhard usw.

Um den Einsatz dieser Tonpropaganda sicherzustellen, haben wir bereits mit der Durchführung eines Lehrganges begonnen. Im Monat Juni werden wir zwei weitere Lehrgänge durchführen, damit in den Landesverbänden genügend Personal vorhanden ist, das die Geräte bedienen kann.

Auch die Filmpropaganda hat zu einem Teil eingesetzt. Für die Flugblätter ist ein Betrag von 360.000,-DM vorgesehen. Für die Flugblätter liegt bereits einiges Material an satirischen Gedichten vor, ebenso auch an Karikaturen. Wir sind der Meinung, daß wir nicht sämtliche Flugblätter todernst gestalten sollen.

Für den Monat August ist vorgesehen, daß zweimal je drei Plakate über das ganze Bundesgebiet angeschlagen werden. Darüber hinaus werden wir eine große Anzahl kleiner Plakate für die Dörfer herstellen. Von diesen je drei Plakaten soll eins das Bild des Bundeskanzlers bringen. Ein zweites Plakat soll sich auf Europa und die Außenpolitik beziehen; das dritte soll eine innenpolitische Frage behandeln.

Es ist weiter eine Wahl-Illustrierte vorgesehen. Diese Illustrierte hätte wiederum die Persönlichkeit des Bundeskanzlers herauszustellen und dann anhand von Fotos usw. in einer Gegenüberstellung die geleistete Arbeit aufzuzeigen. Diese Wahl-Illustrierte muß unbedingt eine gute Dosis Humor beinhalten. Der Bundeskanzler sagte gestern, daß es wichtig sei, wenn wir uns sicher und überlegen zeigten. Ich glaube, man kann dieser Sicherheit nicht besser Ausdruck geben, als den Wahlkampf mit einem guten Teil Humor zu führen.

Der Rednereinsatz soll insoweit zentral erfolgen, als Redner in einem anderen Landesverband sprechen. Ich habe von den Landesverbänden die Meldungen allerdings mit einiger Verzögerung bekommen. Sobald die Termine der Redner hier sind, müssen wir uns in einer Landesgeschäftsführerkonferenz damit beschäftigen, Angebot und Nachfrage einigermaßen auszugleichen, da anzunehmen ist, daß sich

viele Dinge nicht ganz decken werden. Es ist vorgesehen, daß der Herr Bundeskanzler zerstreut über das Bundesgebiet an größeren Orten spricht, soweit das für ihn tragbar ist. Damit sollen soweit wie möglich Besuche von Flüchtlingslagern verbunden werden, ferner Pressekonferenzen auch für kleinere Journalisten. Davon versprechen wir uns sehr viel. Es sollen weiter auf Marktplätzen usw. zwei- oder dreiminütige Reden stattfinden. Dann wird Propaganda gemacht: Der Kanzler kommt.

Außerdem soll eine Großkundgebung am 26. Juli in der Westfalenhalle stattfinden.<sup>81</sup> In den Filmtheatern ist eine Diapositivwerbung vorgesehen. Ich würde es aber für besser halten, wenn es gelänge, daß der Bundeskanzler bei dieser Gelegenheit die Bürger auf ihre Wahlpflicht anspricht und daß das in die Wochenschau kommt. Gegen die Diapositivwerbung werden nämlich Bedenken erhoben, weil wir damit in eine Propaganda zwischen Seidenstrümpfe und Büstenhalter kommen, was natürlich nicht gut ist. Im übrigen neutralisiert sich die Diapositivwerbung dadurch, daß sie von sämtlichen Parteien gemacht wird.

Es ist verabredet mit der Südflug AG ein Flugwerbeeinsatz. Das gesamte Bundesgebiet ist in 13 Gebiete eingeteilt. Es fliegen 13 Maschinen einen Monat lang täglich zunächst ein bis zwei Stunden und die letzten Wochen drei bis vier Stunden, und zwar im Schleppflug. Bei Tagesanbruch erfolgt ein Flugblattabwurf in den großen Industrieraumen, damit die Flugblätter vorliegen, wenn die Arbeiter in die Betriebe gehen. (*Wuermeling*: Das ist Monopol für uns!) Ja! Für diesen Einsatz ist eine Konzentration vorgesehen im Nordseeraum, im Allgäu und in den ausgesprochenen Erholungsgebieten wie Oberbayern usw.

Darüber hinaus haben wir einen besonderen Einsatz mit Studenten vor, die aus der Sowjetzone geflohen sind und reden können, und zwar in den gefährdeten Wahlkreisen. Wir würden jeweils eine Mannschaft von vier Leuten zusammennehmen, die vier Wochen lang in einem Wahlkreis angesetzt werden.

Das sind die Punkte, die mit den Landesgeschäftsführern abgesprochen worden sind und von der Bundespartei durchgeführt werden. Die Mittel hierfür sind vom Vorstand zunächst genehmigt worden. Ob sie vorhanden sind, weiß ich nicht. Darüber müßte der Bundesschatzmeister Auskunft geben.

*Lenz*: Es ist z.Z. so, daß der Trend der öffentlichen Meinung für uns so günstig ist, daß es einem angst davor werden kann, was wir alles tun müssen, um diesen Stand aufrechtzuerhalten. Sie haben die Karte gesehen, nach der die Kurve für die Zustimmung der Politik des Bundeskanzlers auf 48 % gestiegen ist. Vor zwei Jahren waren es noch 20 %. Die CDU liegt heute mit 37 % klar vor der SPD, die jetzt ungefähr 32 % nach Schätzungen in der öffentlichen Meinung hat. Die FDP hatte in den letzten Monaten eine ziemlich starke Einbuße; sie hat wieder auf 14 % aufgeholt. Der BHE schwankt zwischen 7 und 6 %.<sup>82</sup>

---

81 Vgl. UfD vom 29. Juli 1953; FAZ vom 28. Juli 1953.

82 Vgl. Institut für Demoskopie: Die Stimmung im Bundesgebiet, 88: Die Einstellung zur

Ich bin über die positive Entwicklung im letzten Jahr äußerst überrascht. Es ist so, daß heute in der öffentlichen Meinung die Leistungen der Bundesregierung – und damit auch der Partei – in einem ganz anderen Maß anerkannt werden, als das vor einem oder zwei Jahren der Fall war. Im Jahre 1951 gab es noch 76 % Menschen, die gesagt haben, es wird viel Geld von der Bundesregierung verschwendet. Dieser Prozentsatz ist auf 56 zurückgegangen.

Wenn der Bundeskanzler einverstanden ist, darf ich eine neue Frage aufgreifen, nämlich die, wie stehen Sie dazu: Soll der Bundeskanzler weiter Bundeskanzler bleiben? Dazu sagen 48 % der Bevölkerung – das ist noch nicht dagewesen – jawohl, er soll Bundeskanzler bleiben. Nur 6 % nennen überhaupt einen anderen Kandidaten, nämlich Herrn Ollenhauer. Selbst in den Kreisen der SPD ist also die Meinung so unsicher, daß sie keinen zugkräftigen Gegenkandidaten hat.

Auch die Popularität der Bundesminister, insbesondere des Herrn Erhard, ist erheblich gestiegen. Besonders wichtig ist, daß auch die öffentliche Meinung anerkennt, daß es der Bevölkerung jetzt sehr viel besser geht als früher. Auf die Frage, geht es Ihnen besser, antworten heute 57 % mit Ja, während es vor drei Jahren nur 19 % waren.

Wir haben auf überparteilicher Basis in den beiden letzten Jahren eine sehr konsequente Propaganda betrieben durch die „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“<sup>83</sup>. Wir haben 20 Wagen mit den modernsten Ton- und Filmgeräten, die im Wahlkampf eingesetzt werden können und den Parteien zur Verfügung gestellt werden. Ich habe sehr erhebliche Vorwürfe von seiten der FDP und der DP bekommen, diese überparteiliche Propaganda komme letzten Endes nur der CDU zugute. Ich kann auch daran nichts ändern, wenn das der Fall sein sollte; denn ich habe mich bemüht, die Werbung sehr unparteiisch durchzuführen, aber im Sinne der Regierungskoalition. Das ist ja schließlich meine Aufgabe, die Regierungspolitik populär zu machen.

*Bach:* Zu der Frage von Herrn Dr. Heck muß ich leider sagen, daß die Finanzen nicht ganz in Ordnung sind. Die Dinge, von denen Herr Heck sprach, kosten 2,6 Millionen; außerdem braucht die Bundesgeschäftsstelle für die laufende Arbeit 2 Millionen. Über 1 Million ist bereits ausgegeben. Es sind nun Versprechungen da, daß ich etwas bekommen soll, aber sie sind noch nicht eingelöst. Ich bin durch die Behandlung in der letzten Woche etwas skeptisch geworden.

Ich würde daher vorschlagen, daß wir durch die „Konrad-Adenauer-Schecks“ in Höhe von 2,-, 5,- und 10,- DM die Arbeiter, Angestellten und Handwerker heranziehen, die gern etwas geben. 50 % davon könnten im Wahlkreise bleiben, so daß

---

Politik des Bundeskanzlers Januar 1952 – April 1953 (Kurve), und 90: Entwicklung der Parteien (Kurve) Januar 1952 – April 1953 (NL Lenz ACDP I-172-035/2), auch zu den weiteren Umfragen).

83 1951 auf Initiative von Otto Lenz gegründete Public-Relations-Organisation zur Förderung der Demokratie in Deutschland (Hinweise bei Hans-Edgar JAHN: Gesellschaft und Demokratie in der Zeitwende. Köln 1955 S. 281f., 311, 368).

diese das Geld für ihre Propaganda auswerten könnten. Ich halte es für notwendig, daß wir durch kleine Wahlbeiträge einen Teil des Wahlkampfes finanzieren.

*Wehking:* Von unseren politischen Freunden wird uns dauernd der Vorwurf gemacht: Weshalb die Flugblattaktion erst im Wahlkampf, wenn die Bevölkerung damit überschwemmt wird? Die Flugblätter werden dann nicht gelesen. Ich würde daher vorschlagen, die Flugblätter schon jetzt zu verteilen.

*Wuermeling:* Es hat bisher am Geld gefehlt. Wir wollen zunächst die Ollenhauer-Briefe an die Rentner beantworten.<sup>84</sup> Ich bin auch der Meinung, daß es höchste Zeit ist, anzufangen.

*Bach:* Ich bitte, zu meinem Vorschlag wegen der Wahlschecks Stellung zu nehmen.

*Adenauer:* Was verstehen Sie unter Wahlschecks? (*Bach:* Das steht drauf.) Ich höre von Herr Wuermeling, daß die SPD eine Million Stück Schumacher-Gedenkmarken im Werte zu 1,- DM zum Aufkleben auf Briefmarken herausgibt. Ich meine, Herr Bach, fangen Sie doch auch mit 1,- DM an, vielleicht auch mit 50 oder 10 Pf.

*Bach:* Unsere Arbeiter geben gern 1,- DM und die Handwerker gern 5,- DM für diese Schecks. Das habe ich festgestellt. Eine Sache ist so viel wert, wie man dafür opfert. Die Leute, die dafür eintreten, geben gern etwas; sie fühlen sich dann besser verbunden.

Wir haben in unserem Bezirk von den Beiträgen kleiner Leute gelebt. (*Arnold:* Wer sind diese kleinen Leute in Siegen?) Meine Mitglieder sind meistens Arbeiter.

*Wuermeling:* Wir haben auch an Streichholzschachteln mit aufgedruckten Sprüchen gedacht.

*Zimmer:* Das Flugblatt von Wuermeling war ausgezeichnet.<sup>85</sup> Sie müssen bei einer Neuauflage unbedingt darauf achten, daß es in die Betriebe kommt und zum Gegenstand des Gesprächs unter den Arbeitern und Angestellten wird. Es muß darüber gesprochen werden; aber es muß jetzt geschehen, das ist wichtiger als vier Wochen vor den Wahlen; denn dann verdienen die Leute das nicht mehr, weil zuviel auf sie zukommt.

Ich bitte zu erwägen, ob nicht unsere christlichen Gewerkschafter dabei namentlich signieren, damit nicht gesagt wird, das ist eine reine Parteidpropaganda. Ich denke dabei an unsere prominentesten Gewerkschaftsmitglieder.

Die Landesparteien bestehen in diesem Sommer oder Herbst etwa acht Jahre. In dieser Zeit haben zahllose ehrliche kleine Leute sich ohne irgendein Entgelt für unsere Sache zur Verfügung gestellt. Wäre es nicht an der Zeit, daß wir in irgend-einer Form diesen Leuten von der Partei aus eine kleine Auszeichnung zukommen

84 Ollenhauer stellt die von den Regierungsparteien beschlossene Rentenerhöhung den Vorschlägen der Opposition gegenüber (Schreiben vom Februar 1953 in AdsD SPD-PV Bestand E. Ollenhauer Nr. 94).

85 Nicht zu ermitteln.

lassen würden. Sie glauben nicht, wie das wirkt. Wir stehen im Vordergrund. Die kleinen Leute aber sagen: Wir haben soundso viele Jahre lang idealistisch mitgearbeitet. Ich möchte folgendes zur Erörterung stellen: Könnte man ihnen nicht ein Bild des Bundeskanzlers, vielleicht eigenhändig signiert, übergeben. Die kleinen Leute draußen brauchen etwas Derartiges.

*Adenauer:* Sie haben vollkommen recht, Herr Zimmer, mit diesen Anregungen. Die Sozialdemokratie gibt goldene Parteiauszeichen aus!

*Bach:* Auf Veranlassung des Herrn Bundeskanzlers haben wir die „Geschichte der christlichen Parteien“ schreiben lassen.<sup>86</sup> Dieses Buch ist in 3.000 Exemplaren bestellt worden mit einer Widmung des Kanzlers. Die Landesverbände sollen dieses Buch ihren treuesten Mitgliedern übergeben.

*Zimmer:* Ein Buch können die Leute nicht einrahmen und nicht an die Wand hängen!

*Bach:* Ich halte es aber für sehr wertvoll.

*Adenauer:* Ja, meine Damen und Herren, jetzt bin ich noch gefragt, aber nach der Wahl bin ich vielleicht nur noch Brief. (*Heiterkeit!*)

*Bach:* Machen wir doch ein Bild!

*Wiedemeier:* Ich habe in meinem Wahlkreis meinen Mitarbeitern als Anerkennung ein Bild von Minister Erhard überreichen lassen. Wenn man in die Wohnungen der Leute kommt, stellt man dieses Bild auf dem Tisch des Hauses fest. Vielleicht kann man auch Tischstandarten für kleine Gruppen vorsehen.

*Adenauer:* An mich kommen sehr viele Bitten um signierte Bilder. In vielen Fällen wird ihnen gewillfahrt. Diese Bitten kommen meistens von jungen Leuten – das ist sehr charakteristisch –, von Frauen und aus dem Ausland. Ich bin gerne bereit, wenn man damit irgendwie der Partei helfen kann, mich einmal einige Stunden hinzusetzen und zu schreiben. (*Zimmer:* Jeder soll ein paar Vorschläge machen!) Also, die Herren werden das in die Hand nehmen! Es war noch angeregt worden, Fähnchen für Radfahrer zu nehmen. (*Majonica:* Wir haben schon Radfahrrwimpel!) Die haben Sie schon! Man sieht sie wenig. Wer gibt noch weitere Anregungen?

*Wuermeling:* Es besteht Einverständnis darüber, daß das in Hamburg gezeigte Symbol weiter kräftig propagiert wird.<sup>87</sup>

*Zimmer:* Es ist sehr eingeschlagen.

*Adenauer:* Das Wichtigste scheint mir zu sein der allseitig laut gewordene Wunsch, jetzt schon anzufangen!

*Kaiser:* Der Bundeskanzler hat heute ausgeführt, daß er vorgestern mit Ollen-

<sup>86</sup> Karl BUCHHEIM: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland. München 1953 (2. Aufl. 1966).

<sup>87</sup> Es handelte sich dabei um ein schwarzes Kreuz umrahmt in Gold auf rotem Hintergrund in Wappenform, dem ein Adler in Gold vorgelegt war (vgl. Nr. 13 Anm. 48; auch CDU, 4. Bundesparteitag S. 7).

hauer wegen des Wahlkampfes gesprochen habe. Dabei habe sich ergeben, daß es gut sei, wenn man hinsichtlich der Aufgaben, die der Bundestag noch zu erledigen hat, zu einer Einigung käme. Es sei auch gut, wenn es zu einer Abrede unter den großen Parteien darüber käme, den Wahlkampf nicht durch den ganzen Sommer hindurch zu führen, sondern ihn auf eine Reihe von Wochen zu konzentrieren. Ich halte das für gut.

*Adenauer:* So war es nicht. Es ist zwischen Herrn Ollenhauer und mir keine Absprache gewesen. Es war rein persönlich; Ollenhauer und ich kamen ins Gespräch, wobei Ollenhauer sagte, er wolle 14 Tage nach Beendigung des Bundestages in Erholung gehen und dann anfangen zu sprechen. Ich sagte, das will ich genauso machen wie Sie. Vor dem 3. Juli kann ich nicht fort. Ich will dann 14 Tage weggehen und dann sprechen. Aber diese vorläufige Arbeit kann nebenhergehen. Ich habe dann Frau Ollenhauer gesagt: Ihr Mann hat in Frankfurt den Wahlkampf begonnen. Sie hat dann geantwortet, nein, das war die Vorbereitung des Wahlkampfes.

*Dichtel:* Ist es nicht möglich, vor Schluß des Bundestages noch die Familienausgleichskassen zu regeln? Bei den letzten Arbeiten dieses Bundestages möchte ich den Familienausgleichskassen die Nummer 1 zuweisen.

*Adenauer:* Wir haben in einer mühsamen Arbeit eine Zusammenstellung gemacht. Herr Globke wird Ihnen gleich vorlesen, was noch erledigt werden kann. Dabei dürfen Sie nicht vergessen, daß es die größte Mühe kosten wird, in 14 Bundestagssitzungen das noch alles zu erledigen. Wenn Sie jeweils acht Sitzungsstunden bei 14 Tagessitzungen rechnen, dann sind das etwa 100 Stunden. Ich glaube, wir müssen uns bescheiden und in der Wahlpropaganda lieber sagen, die und die Probleme soll der nächste Bundestag lösen, als daß die Sachen einfach liegenbleiben. Sonst sagt die SPD: Das haben sie nicht fertigbekommen.

*Albers:* Im Wahlkampf wird die SPD mit dem Sozialplan kommen. Da nützen Flugblätter nichts. Hierzu müssen wir Stellung nehmen. Es wäre richtig, wenn der Bundesparteivorstand eine konkrete Meinung zu diesen Fragen festlegen würde, um sie den Rednern zur Verfügung zu stellen. Dasselbe gilt für die sogenannte Soziale Marktwirtschaft der SPD.<sup>88</sup>

Wir müssen ferner in den letzten 14 Tagen vor der Wahl auf die Flugblätter der SPD und der FDP unsere Antwort geben. Das braucht nicht von der Bundeszentrale mehr oder weniger druckfertig erledigt zu werden, sondern es kommt darauf an, daß ein Entwurf den Kreis- und Landesparteien zur Verfügung gestellt wird. Die Drucklegung kann an Ort und Stelle erfolgen. Außerdem müssen im individuell geführten Wahlkampf unseren politischen Gegnern individuelle Antworten gegeben werden.

*Globke:* Die noch vorliegenden Gesetze sind in vordringliche und in dringliche

---

88 Tatsächlich kritisierte die SPD Erhard's Wirtschaftspolitik mit aller Schärfe (zum Wahlkampf der SPD vgl. KLOTZBACH S. 281–286, dort weitere Quellen und Literatur).

aufgeteilt worden. Vordringliche Gesetze sind das Londoner Schuldenabkommen<sup>89</sup>, das Bundestagswahlgesetz<sup>90</sup>, das Beamten gesetz<sup>91</sup>, das Personalvertretungsgesetz<sup>92</sup>, das Versammlungsverordnungsgesetz<sup>93</sup>, das Haushaltsgesetz<sup>94</sup>, das Arbeitsgerichtsgesetz<sup>95</sup>, das Sozialgerichtsgesetz<sup>96</sup>, das Gesetz über die Errichtung einer Bundesversicherungsanstalt für Angestellte<sup>97</sup>, das Kriegsopfersorgungsgesetz<sup>98</sup>, das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Wohnungsbaugesetzes<sup>99</sup> – dann kommt eine Reihe weiterer dringlicher Gesetze. Hierunter sind auch die Familienausgleichskassen<sup>100</sup> aufgeführt.

Diese Gesetze sind also auf die noch verbleibenden 14 Sitzungstage des Bundes tages aufgeteilt worden.

*Wehking:* Ich möchte dringend darum bitten, auf dem Lande von Mitte Juli bis Mitte August keine Versammlungen abzuhalten. Ferner wäre es sehr wichtig, wenn wir besondere Flugblätter herausbrächten, die den Bauern ansprechen.

*Adenauer:* Der kleine Bauer erlöst jetzt sehr wenig für sein Vieh, so daß er z.Z. es sehr schwer hat.

*Kather:* Auch für die Vertriebenen muß der Wahlkampf in gewissem Umfang gesondert geführt werden. Für die Vertriebenen brauchen wir ein besonderes Sündenregister der SPD. Ich schlage deshalb vor, daß der geschäftsführende Vorstand die Anweisung bekommt, für die nötigen Mittel in dieser Hinsicht zu sorgen.

---

89 „Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslands schulden“ vom 24. August 1953 (BGBI II S. 331–514).

90 „Wahlgesetz zum zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung“ vom 8. Juli 1953 (BGBI I S. 470–492).

91 „Bundesbeamten gesetz“ vom 14. Juli 1953 (EBD. S. 551–585).

92 „Gesetz über die Verlängerung der Wahlperiode der Betriebsräte (Personalvertretungen) in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts“ vom 30. März 1953 (EBD. S. 108).

93 „Gesetz über Versammlung und Aufzüge (Versammlungsgesetz)“ vom 24. Juli 1953 (EBD. S. 684–687).

94 „Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1953“, am 1. Juli 1953 verabschiedet (zur dritten Lesung vgl. Sten. Ber. 1.WP Bd.17 S. 13838–13870, 13910–13913).

95 „Arbeitsgerichtsgesetz“ vom 3. September 1953 (BGBI I S. 1267–1286).

96 „Sozialgerichtsgesetz“ vom 3. September 1953 (EBD. S. 1239–1266).

97 „Gesetz über die Errichtung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte“ vom 7. August 1953 (EBD. S. 857–861).

98 „Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundesversorgungsgesetzes“ vom 7. August 1953 (EBD. S. 862–865).

99 „Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Ersten Wohnungsbaugesetzes“ vom 25. August 1953 (EBD. S. 1037–1046, 1047–1059).

100 Das Gesetz über die Errichtung von Familienausgleichskassen wurde erst in der 2. Legislaturperiode am 14. Oktober 1954 verabschiedet: „Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Errichtung von Familienausgleichskassen“ vom 13. November 1954 (BGBI I S. 333–334).

*Adenauer:* Ich habe noch einen Punkt, den ich erwähnen möchte. Die Großkundgebung in der Westfalenhalle am 26. Juli ist nicht etwa so gedacht, daß vorher nichts geschehen soll, sondern es ist vorgesehen, daß das die erste einer Anzahl von Großkundgebungen, die von den besten Leuten unserer Partei bestritten werden, sein soll. Ich halte die Anregung, die Flugblätter jetzt schon zu verteilen, für sehr wertvoll. Es ist unbedingt zu empfehlen, auf dem Lande vor der Ernte anzufangen. Während der Ernte hat es keinen Zweck.

Es ist dann noch die Frage der Ferien zu klären. Die Schulferien dauern in den einzelnen Ländern wie folgt:

Bayern vom 15. Juli bis 2. September, Nordrhein-Westfalen vom 30. Juli bis 3. September, Rheinland-Pfalz vom 28. Juli bis 2. September.

Wir müssen uns evtl. noch einmal an die Ministerpräsidenten dieser Länder wenden; je nachdem, wie die Wahltermine festgelegt werden, müssen wir unsere Parteifreunde bitten, dafür zu sorgen, daß die Schulferien anders gelegt werden.

*Schröder:* Was Sie jetzt sagen, geht von der Annahme des 30. August aus. Ist es nicht möglich, den 6. und 13. September zu nehmen.

*Adenauer:* Das halte ich gesetzlich für unmöglich. Dann würden wir ohne Bundestag sein.

*Schröder:* Es ist eine Differenz von vier Tagen. Das ist nicht unmöglich. Das Grundgesetz sieht für die Übergangstage an sich einen Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung vor.

*Wuermeling:* Es steht in der Verfassung, daß vor Ablauf der Legislaturperiode gewählt sein muß.

*Adenauer:* Nun wollen wir aber nicht wieder das Bundesverfassungsgericht her-aufbeschwören. Machen Sie die Sache von der Fraktion aus. Wir können das als Regierung nicht gut, sonst sagt man, die kleben am Amt fest.

*Schröder:* Es ist nicht gut, die Ferien zu verlegen.

*Lenz:* Wir schaffen nur neue Schwierigkeiten. Ich habe für Ihren Vorschlag volles Verständnis, Herr Schröder, aber es geht verfassungsrechtlich nicht.

*Adenauer:* Besprechen Sie das mal mit Ihren Leuten.

*Gradl:* Was Herr Kather für die Heimatvertriebenen gesagt hat, gilt ebenso sehr für die Ostzonenflüchtlinge. Das sind über eine Million Menschen, die auch besondere Flugblätter brauchen.

*Adenauer:* Sie wenden sich deswegen zweckmäßig an den geschäftsführenden Vorstand, Herr Gradl.

Und nun wollen wir zum Schluß kommen. Ich darf Ihnen noch einmal recht herzlich dafür danken, daß Sie so lange ausgehalten haben. Ich wünsche Ihnen allen miteinander ein schönes Pfingstfest.